Sprengung hätte sich die Sozialistische Aktion nur von der Masse der Kollegen isoliert - sondern die anstehende politische Auseinandersetzung über die Jugendhilfepraxis in Verbindung mit einer harten Kritik am geplanten Jugendhilferecht, das kaum dazu beitragen wird, die Situation der von Jugendhilfe Betroffenen zu verbessern.
Deutlich wird dies durch die Selektion der Teilnehmer (hohe finanzielle Eigenleistung und Abhängigkeit von Dienstbefreiungen sollten ein "Expertenghetto" schaffen) und die Auswahl der Redner; nur die sollten zu Wort kommen, die der AGJ politisch genehm sind und die verschleiern helfen, daß Jugendhilfe zukünftig mehr noch als bisher als ein Instrument des Staates zur politischen Kontrolle sozialer Konflikte eingesetzt werden kann. Als eine von der Bundesregierung abhängige Institution wendet die AGJ mit der Absage die ihr zur Verfügung stehenden Mittel institutioneller Gewalt an, um die "Fachbasis" mundtot zu machen.

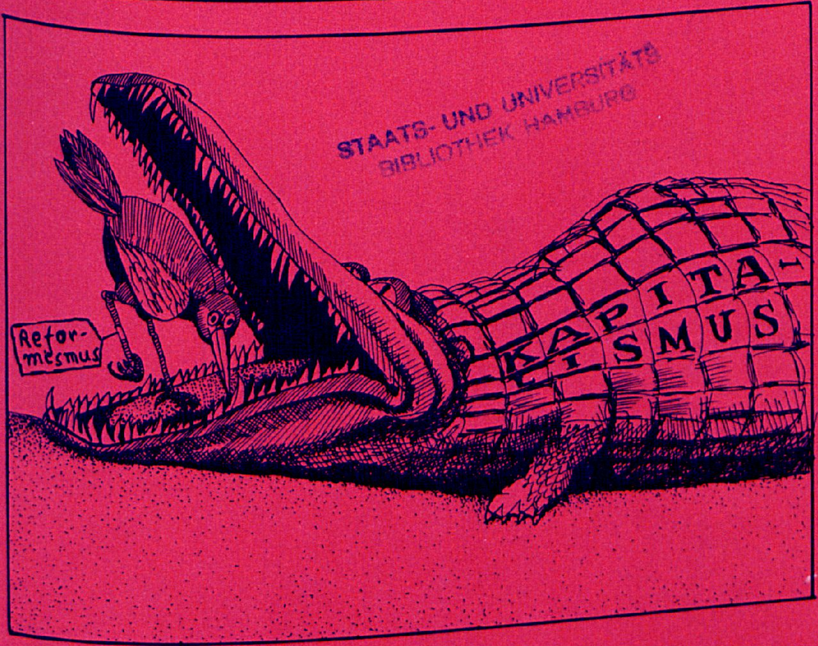
Die AGJ benutzt ferner die Absage, um kritische Sozialarbeiter zu disziplinieren und zu diffamieren, indem sie behauptet, die in der Sozialistischen Aktion repräsentierten Sozialarbeitergruppen wollten "die freiheitlich demokratische Ordnung unseres Staates" und die betreuten Kinder und Jugendliche "in Wahrheit doch nur für die Durchsetzung ihrer politischen Ziele mißbrauchen". Mit dieser Erklärung hat sich der AGJ-Vorstand zum Vorreiter der Kräfte gemacht, die seit dem Hamburger Radikalenerlaß fortschrittliche Pädagogen mit juristischen und polizeilichen Mitteln und Berufsverboten bedrohen. Damit hat auch der AGJ-Vorstand seine im "Offenen Brief an die Sozialistische Aktion" angekündigte Stellungnahme zum Thema "Berufsverbote, politische Disziplinierungen" abgegeben.

Die Verfolgung von Sozialarbeitern/Sozialpädagogen, die gemeinsam mit den von ihnen "betreuten" Arbeiterjugendlichen und -familien kollektive Arbeitsansätze gegen den politischen und administrativen Widerstand der Sozialbürokratien durchzusetzen versuchen, ist letztlich gegen das "Klientel" selbst gerichtet und ein Moment in der Unterdrückung der Arbeiterklasse durch den bürgerlichen Staat.

Das gesamte Täuschungsmanöver der AGJ wird allerdings von den Kolleginnen und Kollegen durchschaut werden, die Diffamierungen der in der Sozialistischen Aktion zusammenarbeitenden Sozialarbeiter/Sozialpädagogen wird nicht verfangen.
Wenn auch mit der Absage des 5. DJHT den Praktikern eine Möglichkeit vorenthalten wurde, ihre gemeinsamen Interessen und Forderungen zu artikulieren, so werden sie sich andere Artikulationsmöglichkeiten schaffen, um auf die Situation der Jugendhilfe, die miserablen Arbeitsbedingungen und die verschärfte Reglementierung durch Disziplinierungen und Berufsverbote aufmerksam zu machen und über die kontrollierende und disziplinierende Funktion der Jugendhilfe aufklären.

Die in der Sozialistischen Aktion zusammenarbeitenden Sozialarbeiter/Sozialpädagogen werden zum einen die regionale Arbeit verstärken und zum anderen alle Bestrebungen unterstützen, ein breites Diskussionsforum herzustellen. Sie fordert deshalb alle fortschrittlichen Jugend- und Elterngruppen, Jugendverbände und Sozialarbeitergruppen etc. auf, in entsprechenden Initiativen mitzuarbeiten.
KÄMPFEN WIR ZUSAMMEN FÜR EINE JUGENDPOLITISCHE PRAXIS, DIE DEN INTERESSEN DER UNTERPRIVILEGIERTEN KINDER UND JUGENDLICHEN WIRKLICH NÜTZT!

INFORMATIONSDIENST SOZIALARBEIT



Schwerpunktthema:
REFORM UND REFORMISMUS ALS PROBLEM PRAKTISCHER POLITIK IN DER SOZIALARBEIT

8
Offenbach im Oktober 1974
Preis vier Mark

Dieser Informationsdienst Sozialarbeit wird im Sozialistischen Büro von Gruppen, die im Sozialisationsbereich arbeiten, herausgegeben. Der Info dient der Kommunikation und Kooperation von Genossen, die mit sozialistischem Anspruch im Feld der sozialen Arbeit tätig sind.

Herausgeber: Sozialistisches Büro
605 Offenbach 4, Postfach 591

Verleger: Verlag 2000 GmbH Offenbach

Erste Auflage, Oktober 1974, 5000 Exemplare

Vertrieb: Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4
Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain)
Postscheck Frankfurt, Konto Nr. 61041-604

Preis: Einzelexemplar DM 4.--
bei Abnahme von mindestens 10 Stück 20 % Rabatt
Weiterverkäufer (Buchläden, Buchhandel) 40 % Rabatt
jeweils zuzüglich Versandkosten

Der Info kann auch im Abonnement bezogen werden. Bezugsgebühren für das Jahr 1974 DM 10.-- + DM 2.80 Versandkosten. Das Jahresabonnement enthält vier reguläre Ausgaben (Einfachnummern). Die Einfachnummer kostet DM 3.-- /DM 4.--, eine Doppelnummer DM 5.--.

Verantwortlich: Redaktionskollektiv Info Sozialarbeit
Presserechtlich verantwortlich: Günter Pabst Offenbach
Druck: hbo-druck Bensheim

INFO SOZIALARBEIT, Heft 8

INHALT

Informationsdienst Sozialarbeit

Der Info Sozialarbeit dient der Information und Zusammenarbeit zwischen sozialistischen Gruppen und einzelnen, die im Sozialbereich arbeiten und wendet sich an Sozialarbeiter, Sozialpädagogen, Heimerzieher, Kindergärtnerinnen, Sozialplaner, Psychologen, Dozenten und Studenten an Fachausbildungsstätten etc. – Der Info behandelt jeweils ein bestimmtes Schwerpunktthema und enthält aktuelle Nachrichten, Materialien etc. – Übergreifender Gesichtspunkt der Aufarbeitung von Praxiskonflikten und Modellen ist die kontinuierliche Diskussion über eine sozialistische Strategie im Sozialbereich.

Bisher sind erschienen:

Heft 1: „Fürsorgeerziehung“ – Editorial zur Herausgabe des Info – Sozialarbeit im Kapitalismus – Klassenlage/Soziopsychische Situation von Sozialarbeitern — Konzeptionen für der Aufbau eines Jugendwohnkollektivs mit Minderjährigen in öffentlicher Erziehung — Auszüge aus einer Kollektivzeitung — etc. – (DM 3.–)

Heft 2: Sozialarbeit in Institutionen – Geschichte des AKS (Arbeitskreis Kritische Sozialarbeit, Frankfurt) – Probleme der Sozialarbeit bei freien Trägern am Beispiel der evangelischen Familienberatung Frankfurt – Kollektivpraktikum im Heim – Gemeinwesenarbeit mit Obdachlosen – Hinweise, Nachrichten, Leserzuschriften – etc. – (DM 3.–)

Heft 3/4: Sozialarbeit zwischen Selbstorganisation und Bürokratie – Drei Aufsätze aus der englischen revolutionären Sozialarbeiterzeitschrift Case-Con – Fürsorgezöglinge nehmen ihre Sache selbst in die Hand – Das Lehrstück Brackwede oder die objektiven Grenzen fortschrittlicher Jugendamtspolitik im Recht – Kampf zwischen Eltern und Arbeiterwohlfahrt um eine Spielstube in Frankfurt – Materialien, Hinweise, Zeitschriftenbibliographie zur Heimerziehungen – etc. – (DM 5.–)

Heft 5: Zur Organisierung im Sozialbereich – Zur Problematik von Rolle und Funktion der Sozialpädagogik – Politische Disziplinierung von Sozialarbeit in der Familienfürsorge – 6 Kurzberichte über repressive Maßnahmen im Sozialbereich – etc. (DM 5,-)

Heft 6: Jugendhilferecht und Jugendhilfetag – Sozialtechnokratische Tendenzen im Jugendhilfegesetzentwurf – Analyse und Forderungskatalog zur Reform des Jugendhilferechts – „Genscher-Reform“ des öffentlichen Dienstrechtes – Sozialarbeit und Jugendhilfetag – Die Sozialistische Aktion auf dem Jugendhilfetag Nürnberg – Aktuelle Materialien zum Jugendhilfetag Hamburg – etc. (DM 3,-)

Heft 7: Jugendhilfetag – Materialien der Sozialistischen Aktion – Materialien zu den Sozialisationsfeldern „Außerfamiliäre Erziehung“, „Jugendarbeit und Freizeit“ und „Ausbildung und Beruf“ – Außerdem: Jugendliche zum Jugendhilferecht – Jugendhilfegesetz von Bürokraten – 8 Kurzberichte über repressive Maßnahmen im Sozialbereich – Erklärung der Sozialistischen Aktion zur Absage des Jugendhilfetags – etc. (DM 4.-)

Folgende Schwerpunktthemen sind für die nächsten Infos geplant:

Heft 8: Reformismus im Bereich der Sozialarbeit

Heft 9: Jugendzentren / Jugendclubarbeit

Der Info Sozialarbeit erscheint viermal im Jahr und kostet im Abonnement DM 10.– zuzüglich DM 2.80 Portokosten (das Jahresabonnement 1973 enthält die Ausgaben 2 – 5 und das Abonnement 1974 die Ausgaben 6 – 9); auch Probehefte können nur gegen Bezahlung abgegeben werden; Gruppen erhalten bei Abnahme von mindestens 10 Exemplaren 20 % Rabatt.

Bestellungen: Verlag 2000 GmbH des Sozialistischen Büros, 605 Offenbach 4, Postfach 591.

Arbeitskreis Kritische Sozialarbeit,Westberlin:

REFORM UND REFORMISMUS ALS PROBLEM PRAKTISCHER POLITIK IN DER SOZIALARBEIT

E i n l e i t u n g

Warum das folgende Papier etwas anders aussieht, als es ursprünglich aussehen sollte.

Nachdem bei der Seminar-Diskussion (21.-23.6.74) unseres Papiers darüber gesprochen worden war, daß die gegenwärtige Linke trotz tausend verschiedener "richtiger Linien" so tut, als wäre die jeweilige "richtige Linie" das Patentrezept, das wie das weiße Kaninchen aus dem Zylinder geholt wird, wollten wir mit unserem Papier einmal anders vorgehen: keine fertigen Lösungen vortäuschen, sondern eher den Stand der Diskussion wiedergeben. Wir haben aber festgestellt, daß es recht schwierig ist, einen Diskussionsansatz in Fragenform aufzubauen, und nun klingt alles doch wieder wie die fertige Lösung: 3 x umrühren, kalt stellen, anwenden. Darum sei noch einmal darauf hingewiesen, daß die Diskussion etwas anders verlaufen ist, als es letztlich hier im Papier erscheint. So wurden z.B. beim Abschnitt Mittelstand/Mittelschicht die verschiedensten Definitionen diskutiert: die kleinen und mittleren Angestellten gehören dazu oder aber die kleinen Angestellten gehören inzwischen zur Arbeiterklasse, weil die Unterschiede nur noch formal sind; Ärzte im Krankenhaus sind auch Lohnabhängige, frei praktizierende dagegen sind Selbständige usw. Einen anderen sehr umstrittenen Punkt entdeckten wir im Zusammenhang mit der Diskussion über Bürgerinitiativen. Die Frage, wie kommt es zu einer Politisierung, wenn den "objektiven Interessen" die "subjektiven Schwierigkeiten" im Wege stehen, wenn sich Nachbarn nicht entschließen können, z.B. in einer Mieterinitiative zusammenzuarbeiten, weil "der Hund des einen immer den Läufer des anderen bepinkelt"?

Nach längerer Diskussion standen sich im wesentlichen zwei Standpunkte gegenüber:

1. solche "subjektiven Terrorzusammenhänge" sind mit politischen Mitteln nicht zu erfassen und können daher auch nicht in eine Strategie mit eingebaut werden. Als Sozialarbeiter ist man überfordert, wenn man hier auch noch einsteigt.
2. Durch ihre Wirkung, nämlich daß die scheinbar persönlichen Querelen die politischen Aktivitäten verhindern, bekommen "subjektive" Probleme einen objektiven gesellschaftlichen Stellenwert und müssen deshalb in eine politische Strategie mit einbezogen werden. Wie konnte allerdings nicht gesagt werden.

Obwohl sich dieser Punkt in der Diskussion als sehr wichtig herausgestellt hat, konnten wir im folgenden Papier nicht näher darauf eingehen.

Zu dem Begriff "Reform" gab es zwei unterschiedliche theoretische Ebenen als Ansätze (beide sind miteinander zu vereinbaren):

1. wir wollen als Reformen alles bezeichnen, was den direkten Interessen der Arbeiter nützt. Solange diese Reformen im Zusammenhang mit einer sozialen Bewegung gedacht werden, können sie als Verbesserung der Bedingungen des Kampfes um die politische Macht angesehen werden.
   (Herleitung der Reformen aus dem Klasseninteresse)
2. Reformen leiten sich ab aus den Bedingungen der kapitalistischen Produktion. Das Prinzip der Profitmaximierung gefährdet tendenziell die Reproduktion der Arbeiter. D.h., die Arbeiter haben ein unmittelbares Interesse an Reformen.
   (Herleitung des Reforminteresses aus dem Kapitalverhältnis)

Während die erste Bestimmung jede Reform als Schritt im Kampf um den Sozialismus auffassen muß, ermöglicht die zweite, auch den Blick auf systemkonforme Reformen zu lenken.

Zum Schein "vorbeugender" Reformen:
Reformen sind immer eine Antwort "von oben" und prinzipiell reaktiv. Der Schein vorbeugender Reformen entsteht durch eine regionale Unterschiedlichkeit und Ungleichzeitigkeit der Entwicklung der Widersprüche des Kapitalismus und des Klassenkampfes (was in Hessen erkämpft und zum Gesetz wurde, erscheint in Bayern als vorbeugend...). Siehe 37 ff.

Bündnispartner für Reformen

Auf der Suche nach möglichen Bündnispartnern müssen Forderungen so gestellt werden, daß eine möglichst breite Basis sich damit identifizieren kann (Minimalkonsens).
Im zweiten Schritt ist es wichtig, bei Nichterfüllung der Forderungen den Bündnispartnern klarzumachen, daß man über diese Forderungen hinausgehen muß und warum sie nicht erfüllt wurden.

Bei dieser Darstellung einer politischen Aktion verzichteten wir bewußt darauf, das "Subjekt" dieses Handelns (in diesem Falle diejenigen, die sich Bündnispartner suchen) näher zu definieren. Das hängt damit zusammen, daß die politische Bewegung in der BRD sich vorläufig noch in einem derart diffusen Zustand befindet, daß es unmöglich ist, diese oder jene Gruppe verbindlich als Avantgarde o.ä. zu deklarieren. (Siehe auch Kursbuch-Artikel: Staatsgewalt, Reformismus und die Politik der Linken).

Reformstrategie und Reformismus

Die SPD stellt keinen einheitlichen Block dar.
Rosenthal, der "progressive Unternehmer" ist nicht in einen Topf zu werfen mit z.B. dem Strasser-Flügel der Jusos.
Die Stärke der Verknüpfung mit dem Staatsapparat oder der Gewerkschaftsspitze entscheidet beispielsweise darüber, ob ein SPD-ler streckenweise ein Bündnispartner im Kampf um Reformen sein kann. Grundsätzlich besteht das Dilemma der reformwilligen Teile der SPD darin, daß sie zwar die Interessen der Arbeiter und überhaupt weiter Kreise der Bevölkerung aufgreifen und sich dafür einsetzen wollen - das liegt im Interesse der Gesamtpartei, die ihre Basis nicht verlieren darf -, andererseits aber durch die Partei gezwungen werden, alle politischen Kämpfe auf den parlamentarischen Weg der SPD umzuleiten und alle Forderungen der Basis den parteipolitischen Tagesinteressen der SPD anzupassen. Eigentlich werden - von der Funktion einer reformistischen Partei im Kapitalismus her gesehen - Arbeiterkämpfe und Basisaktivitäten nur unterstützt, um sie politisch in den Griff zu kriegen, ihnen die Spitze zu brechen und sie wieder in den vorgegebenen Rahmen des Klassenfriedens zu integrieren.

Der Widerspruch, der in solchen Erwartungen der Partei einerseits und ihrer Mitglieder und deren Interesse andererseits besteht, den Kampf um Reformen zu unterstützen, schafft einen kleinen Spielraum, innerhalb dessen es auf unterer Ebene und in begrenztem Rahmen möglich und notwendig ist, Bündnisse mit Reformisten einzugehen. Solange es zur SPD keine wirkliche "linke Alternative" gibt, werden solche Bündnisse sogar einen ziemlichen Stellenwert haben.

Unsere Einschätzung in diesem Papier verstehen wir als eine vorläufige.
Sie soll keineswegs den Anspruch auf Endgültigkeit erheben, sondern eher einen Anstoß zur weiteren Diskussion bieten. Daß sich dies sprachlich noch etwas anders anhört, liegt an der eingeschliffenen Gewohnheit, den Diskussionsprozeß wegfallen zu lassen und ein scheinbar einheitliches Resultat zu präsentieren.

Kontaktadresse: Arbeitskreis Kritische Sozialarbeit
1 Berlin 41, Wielandstr. 26 c/o Hans Nootbaar

1. REFORMAUSEINANDERSETZUNG IM AKS

Die Beschäftigung mit Reformbewegungen in der Sozialarbeit ist für den AKS nicht neu. Verschiedene Reformmodelle wurden von uns vorgestellt und interpretiert (Sozialpädagogische Korrespondenz-SPK: 7; 12/13; 14; 17; 18; 19; 30), mit der Absicht, daß kritische Sozialarbeiter sich kritisch von diesen Modellen distanzieren sollten. Reformen, so sagten wir, sind ein Kompromiß zwischen der "Unruhe", die von Sozialarbeitern und Klienten ausgeht, und der angestrebten "Ruhe", die die Bürokratie erzwingen will. Reformen, insbesondere, wenn sie von oben kommen, sollen aufbrechende Konflikte wieder verschleiern und zu weit gehende Forderungen, d.h. Forderungen, die den Bestand des Systems gefährden könnten, unter Kontrolle bringen (darauf wird später noch ausführlich eingegangen).

Die Einschätzung über die Funktion der Reformen für den Staatsapparat hat sich nicht wesentlich geändert. Verändert hat sich die Einschätzung der Reformen für die Arbeit linker Sozialarbeiter. Wir fragen uns, ob es eine historische Notwendigkeit geworden ist, in Reformmodellen zu arbeiten.

Wie ist diese Einschätzung entstanden und welche politischen Intentionen sind in ihr enthalten? Eine Realisierung revolutionärer Veränderungen gesellschaftlicher Verhältnisse ist im Moment nicht greifbar. Das kann nicht zur Konsequenz haben, gar nichts zu tun und darauf zu warten, daß der Kapitalismus sich selbst liquidiert. Es kann auch nicht heißen, politische Aktivitäten auf das vorgegebene und erlaubte Maß zu reduzieren und weiterreichende politische Forderungen zu vergessen. In diesem Konflikt befinden sich alle Linken, die in Reformeinrichtungen arbeiten: wie ist es möglich, in Einrichtungen zu arbeiten, die eigens dazu dienen sollen, Konflikte zu isolieren und Scheinlösungen anzubieten, seine politische Identität zu wahren?

Antikapitalistische Reformarbeit?

Es kann in bestimmten historischen Phasen notwendig sein und zur Strategie gehören, scheinbar das mitzumachen, was von einem verlangt wird. Jedoch, so zeigt die Erfahrung, ist es auch eine Frage der Zeit, wie lange sich dieser Zustand als Strategie aufrecht erhalten läßt und wann er eine rationalisierende Funktion annimmt, d.h. nur noch eine verbale Distanzierung von dem täglich Praktizierten übrig bleibt, um sich dann vollständig anzupassen. Was für jede politische Arbeit gilt, gilt auch für die politische Arbeit in Reformeinrichtungen: erst die Solidarität der Kollegen macht eine wirkungsvolle politische Arbeit möglich. D.h., die Aufrechterhaltung politischer

Identität ist eng verknüpft mit der solidarischen Haltung der Sozialarbeiter untereinander. Diese Aussage ist wahrhaftig nicht neu, ist aber bisher nur dann zu einer Forderung geworden, wenn linke Gruppen um Solidarität für eigene Aktionen warben. Sich solidarisch zu verhalten mit denen, die in Reformeinrichtungen arbeiteten, galt als revisionistisch. Das soll nicht heißen , daß sich nun kritische Sozialarbeiter von vornherein mit Kollegen solidarisieren sollen, nur weil diese in Reformeinrichtungen arbeiten. Vielmehr sollten wir uns fragen, ob Reformeinrichtungen es uns ermöglichen, Kollegen zu politisieren; ob durch Reformen potentielle Bündnispartner gewonnen werden können.

An dieser Stelle soll noch einmal betont werden, daß die theoretische Beschäftigung und besonders die praktische Auseinandersetzung mit dem Reformismus auch aus Enttäuschungen resultiert, die die linke Bewegung durchmachen mußte. Wir möchten dazu die Geschichte des AKS anführen, nicht um resignativ die Zersplitterung der linken Organisationen aufzuzeigen, sondern, um aus den Erfahrungen für die zukünftige politische Arbeit zu lernen, d.h. Reformen nicht unreflektiert und unvermittelt von der bisherigen Geschichte verstehen.

Drei Positionen - zwei Spaltungen

Die Geschichte des AKS ist weitgehend identisch mit der Entwicklung der 'Linken Bewegung', die aus der Studentenrevolte erwuchs.
Es begann im August 1968, als sich einige Sozialarbeiter und Sozialarbeiterstudenten zusammenfanden, um ihre negativen Erfahrungen in den Berufsfeldern, die Erfolglosigkeit der Arbeit, die Behinderungen, die sich insbesondere aus der Parzellierung, der hohen Fallzahl und der Hierarchie zu ergeben schienen, zu beraten und Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln. Die weitverbreitete Unzufriedenheit führte zu einem mitgliedermäßig schnellen Anwachsen des AKS. Arbeitsgruppen wurden gebildet, in denen die einzelnen Berufsfelder analysiert und die Ergebnisse in einen Kongreß (analog zum Springer- und Vietnamtribunal) eingebracht werden sollten, um weitere Kollegen zu aktivieren.
Der Erfolg der Apo beflügelte auch uns, die Bürokratie durch Druck der Kollegen - je nach politischem Standort - völlig zu eliminieren bzw. zu demokratisieren, daß ein Arbeiten wieder möglich würde.
Die in den Plenumsdiskussionen auftretenden Differenzen bei der Zielbestimmung der Aufgaben und ihrer Durchsetzungsformen führten zur ersten Spaltung nach einem Go-in im Gesundheitsamt Wedding, als dessen Folgen vom Staatsapparat Strafanträge gestellt und disziplinarische Untersuchungen gegen die Teilnehmer eingeleitet wurden.
Für die beiden Gruppen im AKS (der 'demokratischen' und der 'radikalen') kam die Reaktion des Staatsapparates völlig überraschend. Sie widersprach jeder, bisher auf dem Kampus gemachten Erfahrung, von der ausgehend wir annahmen, die Bürokratie befinde sich bereits in der Agonie. Stattdessen zeigte sich der Staatsapparat durchaus present, wenn auch etwas unsicher. Eine weitere Überraschung stellte die Reaktion der Mehrzahl der Kollegen dar, die sich, anders als im Universitätsbereich, nicht solidarisierten.
Die damals einsetzende Erkenntnis, daß der Staat nicht in einem

großen Anlauf über den Haufen zu rennen ist, veranlaßte einen Teil der Mitglieder des AKS, unter dem Vorwand, die Aktion (Go-in) sei nicht durch demokratischen Willensbildungsprozeß zustandegekommen, seinen Austritt zu erklären und zu versuchen, zukünftig doch lieber mit, als gegen die Bürokratie Veränderungen zu erreichen.

Die Abspaltung der 'minimalistischen Reformisten' wurde von den verbleibenden Mitgliedern mit Befriedigung zur Kenntnis genommen: handelte es sich doch um eine zahlenmäßig kleine Gruppe, die die Möglichkeit eines geschlosseneren Handelns bisher behindert hatte. Die immensen Schwierigkeiten, die sich in der Arbeit für den Kongreß ergaben und die daraus resultierten, daß unser Anspruch, eine konkrete Analyse der Sozialarbeit unter kapitalistischen Produktionsbedingungen zu erarbeiten, nicht einzulösen war und zwar nicht nur deshalb, weil wir Praktiker erhebliche Schwierigkeiten hatten, kontinuierlich und 'wissenschaftlich' zu arbeiten; die Schwierigkeiten bei der Agitation der Kollegen in den Ämtern und die zunehmenden Repressionen gegenüber AKS-Mitgliedern zerstörten endgültig den Glauben an die Möglichkeit des 'langen Marsches durch die Institutionen', und zwar in so radikaler Weise, daß sich für einen großen Teil der Mitglieder nur noch die außerinstitutionelle Arbeit mit dem Proletariat, d.h. im Stadtteil,alternativ ergab. Die damals noch fehlende Erkenntnis, daß inner- und außerinstitutionelle Arbeit einander ergänzen müssen, führte dazu, daß die Anhänger der Stadtteilarbeit den AKS vor die Alternative stellten, sich ihrer Auffassung anzuschließen, oder sich abzuspalten.

In der Diskussion war der Teil der AKS-Mitglieder, die in der Institution weiterarbeiten wollten, argumentativ unterlegen, auch deshalb, weil innerhalb der studentischen Linken die Arbeit im Stadtteil als einzige Möglichkeit 'entdeckt' worden war.
Die 2. Spaltung des AKS, die im September 1969 erfolgte, bedeutete eine erhebliche Schwächung der Bewegung der linken Sozialarbeiter. Die Mitglieder der abgespaltenen Gruppe, die sich hauptsächlich im 'Roten Kinderkollektiv' organisierten, diese Arbeit und Organisation nach einigen Monaten aufgaben (auf die Gründe kann hier nicht eingegangen werden), kehrten auch später nicht - oder nur sehr vereinzelt - in den AKS zurück, sondern wurden in den verschiedenen Parteiinitiativen tätig.

Vorläufige Konsequenzen

Die verbliebenen Mitglieder des AKS konzentrierten sich auf die agitatorische Arbeit in der Praxis: "um der Auseinandersetzung am Arbeitsplatz eine stärkere Position zu verschaffen." (SPK, Nr.6,S.2)
In den vorhandenen Arbeitsgruppen wurden Papiere erwartet, die die Praxiskonflikte aufgriffen und zu systematisieren versuchten. Diese Papiere bildeten die Grundlage für Veranstaltungen in Westberlin (z.B. Behinderung der Sozialarbeit, Aussageverweigerungsrecht),an denen sich viele Kollegen beteiligten und für die Teilnahme an Großveranstaltungen (Fürsorgetag Essen, Jugendhilfetag Nürnberg).

Die in diese Veranstaltungen gesetzten Hoffnungen, möglichst viele

Sozialarbeiter zum Zusammenschluß in Organisationen zu bewegen, konnten nur sehr begrenzt realisiert werden, nicht zuletzt durch die Zunahme der Erkenntnis, daß die radikale Veränderung des Systems nur innerhalb eines langfristigen Prozesses unter persönlichen Opfern derjenigen, die diesen Prozeß zu forcieren trachten, zu erreichen ist. Diesem Ziel diente auch die Zeitung, die 1969 erstmalig erschien und sich neben der Veröffentlichung von Praxisberichten zunehmend mit Einzelproblemen der Sozialarbeit (z.B. Modellbewegung, Teamarbeit, Methoden der Sozialarbeit) befaßte, um über diese Probleme zur genauen Funktionsbestimmung von Sozialarbeit und der Entwicklung von Strategien, die eine, wenn auch begrenzte antikapitalistische Arbeit ermöglichen sollen, zu gelangen.

In dieser Arbeit wurde zunehmend deutlich, daß ein gewisses Grundwissen der politischen Ökonomie unabdingbar ist, weshalb die Gruppe mit der Schulung begann, in dem sie sich marxistischen Texten zuwandte. Diese Art der Schulung erwies sich jedoch nach kurzer Zeit als unbefriedigend, weil der Bezug zur Praxis nicht hergestellt werden konnte, so daß sich das Redaktionskollektiv entschloß, an jeweils in der Arbeit auftretenden Problemen allgemeine Kenntnisse zu vermitteln. Bald stellte sich jedoch heraus, daß die Linke inzwischen einen Stand erreicht hatte, innerhalb dessen sehr detaillierte Analysen erforderlich wurden, die sowohl hinsichtlich der Gruppenmitgliederzahl neben der kontinuierlichen Arbeit an der SPK nicht zu leisten war, als auch deshalb, weil der notwendige überregionale organisatorische Zusammenhang fehlte. Der AKS Berlin schloß sich deshalb 1974 als Mitglied dem Sozialistischen Büro Offenbach an und brachte seine Arbeitskraft in das "INFO Sozialarbeit" ein.

Ohne sich dessen von Anfang an bewußt zu sein, vertrat die Mehrheitsfraktion des AKS in der Bestimmung der Politik des Arbeitskreises eine Position der Nutzung von Reformen.
Der Artikel im Kursbuch und unsere Arbeitserfahrungen, sich "Reformen" aller Couleur stellen zu müssen, führten dazu, uns intensiver mit ihnen zu beschäftigen und diesen Artikel zu schreiben.

Aus den Erfahrungen ergeben sich Konsequenzen für die zukünftige Arbeit. Die Solidarität der Kollegen wurde immer dann erschüttert, wenn Konflikte ausgetragen, wenn theoretische Einsichten praktisch werden sollten. Reformen, selbst, wenn ihnen ein theoretisches Konzept zugrunde liegt, werden durch die praktische Arbeit bestimmt. Gerade dadurch kann sich zweierlei entwickeln: einmal arbeiten in Reformeinrichtungen Kollegen, die sonst nicht mit linken Gruppen zusammen arbeiten würden. Ihre Gründe, Reformen zu unterstützen, sind, daß sie sich eben auch nicht blind machen können gegen das Elend und die Ungerechtigkeiten, die sie täglich durch die Klienten erfahren; die Bestätigung von oben, daß durch Reformen die Lebensbedingungen der Klienten verbessert werden können, gestattet ihnen, in solchen, als fortschrittlich geltenden Einrichtungen zu arbeiten. Aufgabe kritischer Sozialarbeiter wäre es, die Gründe des Elends der Klienten nicht in der moralischen Empörung zu belassen, sondern die Widersprüchlichkeiten, die im kapitalistischen System notwendig angelegt sind, hervorzuheben. Um die Widersprüche deutlich zu machen, eignen sich Reformen ganz besonders. Denn "...mit dem Reformismus (ist) ein Widerspruch innerhalb des kapitalistischen Staatsapparates an-

gelegt..." (1). Die Effektivität der Heimerziehung wird von der Bürokratie bezweifelt. Unter anderem - die ständigen Proteste kritischer Sozialarbeiter dürfen dabei nicht unberücksichtigt gelassen werden - gestattet sie auch deswegen die Einrichtungen von Wohngemeinschaften. Gehen die Forderungen der Reformeinrichtungen zu weit, d.h. stellen sie das System in Frage, wird versucht, die Zugeständnisse wieder rückgängig zu machen. (Georg-v-Rauch-Haus)

Konstatieren wir nun, daß der Staatsapparat repressiv reagiert, wenn er in seinem Fundament angegriffen wird, so bleiben wir in einem "Reiz-Reaktionsschema" stecken. Von größerer politischer Tragweite ist für die Kollegen, die in Reformmodellen arbeiten, das Sichtbarwerden von Widersprüchen. Die Erfahrung, daß das Elend durch Reformen höchstens reduziert, aber niemals beseitigt werden kann, muß zu der Einsicht führen, daß Reformeinrichtungen keine Lösung der Konflikte und Widersprüchlichkeiten sein können. Das zweite wäre, inwieweit sich eben gerade die praktischen Erfahrungen auf die Klienten übertragen und auswirken, zumal, wenn sie selbst an Reformen beteiligt sind.

Um die politische Bedeutung von Reformen vorstellbar und anschaulich zu machen, scheint es uns notwendig, sie in ihrer historischen Entwicklung zu betrachten.

2. REFORM UND REFORMISMUS -Historischer Abriss-

Die marxistischen Theoretiker der sozialen Bewegung haben ökonomischen und politischen Kampf stets als Einheit aufgefaßt. Eine Äußerung Lenins mag das - stellvertretend für viele - zunächst verdeutlichen. "Der Kampf für den Sozialismus besteht aus der Einheit des Kampfes für die direkten Interessen der Arbeiter (dementsprechend für Reformen) und des revolutionären Kampfes um die Macht." (2)
In gleichem Sinne stellt sich im Erfurter Programm von 1891 die SPD die Aufgabe, sowohl den ökonomischen als auch den politischen Kampf zu führen.

Die theoretisch für richtig erkannte Einheit von politischem und ökonomischem Kampf hat sich in der wirklichen Geschichte der sozialen Bewegung nicht jederzeit realisieren lassen. Wir wollen hier nicht die Gründe dafür untersuchen, weshalb die SPD von ihrem programmatischen Anspruch abgewichen ist, wir können nur den Prozeß kurz skizzieren und daraus einige Schlüsse zur Einschätzung von Reformen ziehen. Zunächst wollen wir als Reformen all das bezeichnen, was den direkten Interessen der Arbeiter nützt, was ihre politische und ökonomische Position stärkt.
Solange Reformen im Zusammenhang mit einer sozialen Bewegung gedacht werden, können sie als Verbesserungen der Bedingungen des Kampfes um die politische Macht gesehen werden.

Reform als Bestandteil sozialistischer Strategie

Seit Bestehen der organisierten Arbeiterbewegung wurden im Kampf für Reformen teilweise erhebliche Erfolge erzielt. Insbesondere die Sozialversicherungsgesetze der 80er Jahre sind ohne die Kampfbereitschaft der Arbeiter nicht denkbar. Ein Ausspruch Bismarcks macht das exemplarisch deutlich: "Wenn es keine Sozialdemokratie gäbe, und wenn nicht eine Menge Leute sich vor ihr fürchteten, würden die mäßigen Fortschritte, die wir überhaupt in der Sozialreform bisher gemacht haben, auch noch nicht existieren." (3)

Die Tatsache, daß die nach 1890 einsetzende Prosperitätsperiode des Kapitalismus auch für die Arbeiter Vorteile brachte (steigende Reallöhne, zunehmende Stärke der Gewerkschaften) mag mit dafür verantwortlich sein, daß die SPD, abweichend von ihrem Programm, sich mehr und mehr auf den Kampf für Reformen konzentrierte. Das umso mehr, als man annehmen kann, daß gerade die reformerische Arbeit der Partei steigende Stimmenzahlen einbrachte. Der Kampf um die politische Macht wurde gleichermaßen vernachlässigt bzw. nur verbal geführt.

Das Problem des Reformismus in der Arbeiterbewegung

Aus der Geschichte der SPD ist zu lernen, daß der "Kampf um die politische Macht" zur Phrase gerät, wenn nicht angegeben werden kann, wie, d.h. mit welchen Kräften und mit welchen Mitteln er zu führen ist. Eduard Bernstein, der theoretische Vater des Revisionismus, hat seiner Partei genau dies vorgehalten: Ihr abstraktes und unbestimmtes Festhalten an radikalen Parolen, was letztendlich eine Stagnation der praktischen Reformpolitik verursache. Nur durch ein Bekenntnis zur reformerischen Arbeit, die ohnehin längst die Praxis der Partei sei, könne diese weiter an Einfluß gewinnen. (Bernstein hatte dabei vor allem ein Bündnis mit liberalen Kräften im Sinn). (4)

Trotz aller Ungereimtheiten und Illusionen über die Liberalisierungsmöglichkeiten des parlamentarischen Systems hat Bernstein darin recht, daß er den Verbalradikalismus im Interesse der praktischen Politik angreift. (Was den Verzicht Bernsteins auf den politischen Kampf angeht, wollen wir in diesem Zusammenhang nicht die Kritik von R. Luxemburg, K. Kautsky und Lenin wiederholen. Wir stimmen ihr zu.)

Solange nicht die Bedingungen der Eroberung der politischen Macht konkret benannt werden können, bzw. wenn die historische Situation solche Konkretion nicht zuläßt, müssen die Arbeiter selbstverständlich für ihre direkten Interessen kämpfen.
Sozialpolitik und Wahlrecht waren die hauptsächlichen Gegenstände der SPD-Politik vor 1914. Die hier erreichten Erfolge schienen der revisionistischen These von der Möglichkeit der schrittweisen Verbesserung der Lage der Arbeiter durch Reformen recht zu geben.

Als zu Beginn des 1. Weltkrieges die herrschende Klasse gezwungen war, das Bündnis mit der Arbeiterklasse zu suchen, verzichteten ihre Organisationen auch auf den Kampf für Reformen. Die beiden führenden Gremien der deutschen Arbeiterbewegung faßten am 2. August den Beschluß, alle Lohnkämpfe sofort abzubrechen, keine Streikunterstützung mehr zu zahlen und gemeinsam mit Regierungsorganen eine Arbeitsvermittlung aufzubauen. (5)
Die auf diese Weise von den Organisationen der Arbeiterklasse unterstützte Burgfriedenspolitik leitet die "Zusammenarbeit der Klassen" ein, die als Modell der Institutionalisierung des Klassenkampfs angesehen werden kann. Die "Zusammenarbeit der Klassen" ist der ideologische Ausdruck der Tatsache, daß die herrschende Klasse unter dem Druck der starken Position der Arbeiterklasse im 1. Weltkrieg zu einer Reihe von Zugeständnissen gezwungen ist. Die Anerkennung der Gewerkschaften und die Zulassung von Betriebsräten kommen unter staatlicher Vermittlung zustande. Während des Krieges wächst - bedingt durch die Besonderheiten der Kriegswirtschaft - der Einfluß des Staates auf allen gesellschaftlichen Bereichen.

Um die Voraussetzungen für die höchste Anspannung der Produktion zu sichern, griff der Staat auf vielfache Weise in das Verhältnis von Arbeit und Kapital ein. Alles neue in der Sozialgesetzgebung steht in irgendeiner Weise auf dem Boden des Weltkrieges. Hier liegen die eigentlichen Anfänge des "Sozialstaates". Insbesondere die Tatsache, daß der Staat die "Zusammenarbeit" von Arbeit und Kapital in Form

der Tarifverträge sichert und der Arbeiterklasse in der Erwerbslosenfürsorge ein bestimmtes soziales Existenzminimum garantiert, läßt den Staat als Vermittler gesellschaftlicher Gegensätze erscheinen. Die unter dem Einfluß des Krieges erzwungenen Zugeständnisse werden begleitet von Ideologisierungen des Klassenverhältnisses.

Seitens der herrschenden Klasse ist von "Klassenzusammenarbeit" und von "Versöhnung von Arbeit und Kapital" die Rede. Vertreter der MSPD sehen im sogenannten "Kriegssozialismus" die unmittelbare Vorstufe des Sozialismus. Die wirtschaftsdemokratischen Vorstellungen, die davon ausgehen, daß die von den Kapitalisten unter Mitwirkung des Staates organisierte Wirtschaft in eine durch den demokratischen Staat geleitete Wirtschaft umzuwandeln sei, haben ihren Ausgangspunkt im 1. Weltkrieg. Die reformistische Vorstellung, daß die Lage der Arbeiter sich durch schrittweise Reformen vermittels des demokratischen Staates verbessern ließe, wird nach 1918 zur offiziellen Doktrin der Sozialdemokratie. Der Reformismus wird in der Weimarer Republik Alternative zur Revolution.

Den Staat als Organ der Klassenversöhnung erscheinen zu lassen, ist der Kern aller reformistischen Theorie. Diejenigen oppositionellen Führer der Arbeiterklasse, die dem Reformismus am entschiedensten entgegengetreten waren - unter vielen anderen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht - waren 1919 unter Mitwirkung des sozialdemokratischen Ministers Noske ermordet worden. Nach wie vor gilt, was R. Luxemburg schon 1899 dem Reformismus entgegen gehalten hatte: "Der heutige Staat ist eben keine Gesellschaft im Sinne der aufstrebenden Arbeiterklasse, sondern Vertreter der kapitalistischen Gesellschaft, d.h. Klassenstaat. Deshalb ist auch die von ihm gehandhabte Sozialreform nicht eine Betätigung der "gesellschaftlichen Kontrolle", d.h. der Kontrolle der freien arbeitenden Gesellschaft über den eigenen Arbeitsprozeß, sondern eine Kontrolle der Klassenorganisation des Kapitals über den Produktionsprozeß des Kapitals. Darin, d.h. in den Interessen des Kapitals, findet denn auch die Sozialreform ihre natürliche Schranke." (6)

Fassen wir das bisherige zusammen: Für die Arbeiter ist es zu jeder Zeit eine Notwendigkeit, für ihre direkten Interessen, also für Reformen einzutreten. Notwendig einmal, um die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen aufzuhalten, andererseits notwendig, um ihre Position im politischen Kampf für die ökonomische Emanzipation zu stärken. Reformen sind Zugeständnisse, die die herrschende Klasse unter dem Druck der organisierten Arbeiterbewegung machen muß. Machen muß, weil nur so ihre Herrschaft sich verlängern läßt. So ist die Reformpolitik des Staates zugleich Strategie des Klassenkampfes von oben und seit Bismarcks Sozialversicherungen ein Mittel, um die Organisationen der Arbeiterklasse zu desavouieren.

Dieser Doppelcharakter der Reform soll nun anhand der Entwicklung der Vorform der Sozialarbeit in der Weimarer Republik verdeutlicht werden.

Reform als Strategie des Klassenkampfs "von oben"

Der Staat beginnt, in der Weimarer Republik insofern eine völlig neue Rolle zu spielen, als er den Arbeitern ein gewisses Existenzminimum garantiert. Die Fürsorge wird in diesem Zusammenhang zum wichtigen Instrument. Während der Inflationsperiode, aber auch danach, werden die in Form von Notstandsunterstützungen durchgeführten Fürsorgemaßnahmen wesentliches, teilweise einziges Instrument der auf Existenzsicherung gerichteten Sozialpolitik. Die Erwerbslosenfürsorge der Nachkriegszeit war zunächst eine Demobilisierungsmaßnahme. Sie sollte, wenn nicht früher, ein Jahr nach ihrer Verkündung außer Kraft treten. Bekanntlich hat die Erwerbslosenfürsorge statt dessen fast 9 Jahre bis zu ihrer Ablösung durch das Gesetz über Arbeitslosenversicherung und Arbeitsnachweis 1917 bestanden. Durch Krieg und Inflation war in Deutschland der Prozeß der Deklassierung bürgerlicher Mittelschichten enorm vorangetrieben worden. "Schätzungsweise 15 Millionen Mark in Form von Sparguthaben, Hypotheken, Obligationen, Aktien, Rentenkapital bei Versicherungsgesellschaften sind im Orkus der Inflation verschwunden. Die Besitzer sind enteignet." (7)
Eulenberg schätzt die Zahl der Deklassierten auf 3-4 Mill. (8)
Die Fürsorgemaßnahmen zielen nicht nur auf die Erhaltung der - in der Nachkriegsperiode knappen und dringend benötigten - Arbeitskraft, sondern sind vor allem auch politisch begründet. Die Radikalisierung eines Teils der Arbeiterklasse, der sich schon während des Krieges von der SPD abgewandt hatte, und der Erfolg der russischen Oktoberrevolution ließen die Furcht vor revolutionären Aktionen wachsen. Unter politischen Gesichtspunkten erscheint daher die Reform des Armenrechts, seine Umwandlung in Fürsorgerecht als Präventivmittel gegen drohende Revolution. Das gilt für die gesamte Dauer der Weimarer Republik. Als auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise das "soziale Sicherungssystem", einschließlich der eben eingerichteten Arbeitslosenversicherung, völlig zusammenbrach, blieb die Fürsorge als einziges Mittel der notdürftigen Existenzsicherung damit als Pazifierungsmittel übrig. Auf dem Höhepunkt der Krise 1933 wurden 4,7 Mill. (7,2 % der Gesamtbevölkerung) regelmäßig unterstützt. (9)
Die Geschichte der Fürsorge in der Weimarer Republik illustriert, wie dem politischen Kampf der Arbeiter um die ökonomische Emanzipation Reformpolitik als Strategie des Klassenkampfes von oben entgegengesetzt wird.

Das Instrumentarium der Reformpolitik, das im 1. Weltkrieg entwickelt und in der Weimarer Republik ausgebaut wurde, die Dämpfung des Klassenkampfes zum Lohnkonflikt vermittels Anerkennung der Gewerkschaften und die minimale Existenzsicherung durch Fürsorgemaßnahmen hat freilich nicht augereicht, um den Klassenkampf als politischen Kampf von unten zu liquidieren. Es bedurfte der Zerschlagung der Organisationen der Arbeiterklasse durch den Faschismus und nach 1945 der gewaltsamen Niederhaltung und Diffamierung erneuter Organisationsansätze durch die alliierten Militärregierungen und der anschließenden Regierung Adenauer, um die deutsche Arbeiterklasse zu "entpolitisieren". Erst nach dieser Periode der gewaltsamen Unterdrückung des Klassenkampfes, nach der von massiver antikommunistischer Propaganda begleiteten Zerstörung von Organisationsformen und Traditionen

der Arbeiter konnte der als "demokratischer Sozialstaat" reorganisierte Kapitalismus wieder mit friedlichen Mitteln auskommen. Solange der gesellschaftliche Fortschritt während der Periode des "Wirtschaftswunders" handgreiflich schien, solange aus Trümmern wieder Wohnungen wurden und Lebensmittelkarten durch ständig steigende Warenfülle ersetzt wurden, solange Vollbeschäftigung garantiert schien, solange viele Arbeiter durch unmäßige Überstunden sich bescheidene Teilnahme am "Wirtschaftswunder" sichern konnten und solange die vom Faschismus überkommene Volksgemeinschaftsideologie nachwirkte, brauchte der Staat sich nicht einmal um Reformpolitik zu kümmern. Die freie Marktwirtschaft schien alles aufs Beste zu besorgen.
Die materielle und ideologische Integration der Lohnabhängigen schien gelungen. Ideologien von klassenloser, pluralistischer oder nivellierter Mittelstandsgesellschaft, wie sie von Sozialwissenschaftlern pünktlich geliefert wurden, konnten unter diesen Umständen eine Zeit lang real wirksam werden. Mit der ersten Krise wurde der schöne Traum brüchig (1966/67).

Die Farce der Volksgemeinschaft

Nicht zufällig fällt mit der Krise die Bildung der Großen Koalition zusammen. Diese versuchte, "eine Interessenidentität herzustellen zwischen der Partei der Herrschenden und der Partei, die zumindest den Anspruch erhob, die Partei der Unterdrückten zu sein. Unmaskierte Herrschaft ist auch in Deutschland diskreditiert (trotz gegenteiliger Trends), Herrschaft über Massen muß sich immer als Herrschaft dieser Massen ausgeben. Der Staat bedarf der ständigen Legitimierung". (10)

Die Medien Presse und Fernsehen haben in dieser Situation die wichtige Funktion, die Zustimmung der Massen zur offiziellen Politik zu erreichen. In Krieg und Krise wird deutlich, wer eigentlich der Staat ist. Die berühmten Worte Kaiser Wilhelms II "Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche" hatten zu Beginn des ersten Weltkrieges die Burgfriedenspolitik eingeleitet, die die Klassengesellschaft in eine nationale Schicksalsgemeinschaft verwandeln sollte. In der Krise des Kapitalismus nach der Weltwirtschaftskrise hatte der Faschismus die "Volksgemeinschaft" propagiert. In dieser unseligen Tradition ist die Bildung der nun von den Massenmedien beschworenen Großen Koalition zu sehen:

Bild am 8.11.66: "Wir brauchen eine starke Regierung unter einem starken Kanzler. Nur eine starke Regierung kann unsere Wirtschaft wieder ankurbeln und unser Staatsschiff wieder ankurbeln."

Bild am 15.11.66: "Hoffentlich finden die großen Parteien, die noch manches trennt, aber die schon vieles verbindet, einen gemeinsamen Weg. Selbstlos und geduldig. Für Deutschland!"

Bild am 26.11.66: "BILD hofft auf einen Sieg der Patrioten über die Parteitaktiker. Für unser Land ist in der gegenwärtigen Lage die beste Regierung gerade gut genug! Die Große Koalition in Bonn und an Rhein und Ruhr - das wäre ein Weihnachtsgeschenk für Deutschland."

Bild am 1.12.66: "Der kleine Mann wird geschont. Die Große Koalition ist da." (11)

Gleichzeitig häufen sich Berichte, die die Opferbereitschaft erhöhen sollen ("Löhne sind auch Kosten, zu hohe Kosten bedrohen Wettbewerbsfähigkeit und Investitionen, damit Arbeitsplätze und Preise", "Es muß mehr gearbeitet werden" (Bild 12.11.66), "Ohne Steuererhöhungen geht es nicht" (Bild 14.12.66). So wird, wieder einmal, die Klassengesellschaft zur Krisengemeinschaft erklärt. Selbstverständlich gehört dazu - ebenfalls nach bewährtem Muster - eine "starke Regierung". An den in der Krise zutagegetretenen Widersprüchen des Systems, die jetzt erfahrbar werden als Lohnkürzungen, Angst vor Arbeitslosigkeit und sozialem Abbau, Steuererhöhungen etc. vollzieht sich die "Politisierung der Öffentlichkeit". Erster sichtbarer Ausdruck dafür sind außerparlamentarische Opposition und Studentenbewegung. Sie signalisieren die Zunahme sozialer Konflikte auch zwischen Arbeit und Kapital. Mit der einsetzenden politischen Bewegung, die ihren Ausgangspunkt nimmt von den Mängeln des Systems, wird Reformpolitik wieder zu einer politischen Notwendigkeit, durch die sich der spätkapitalistische Staat seine Massenloyalität sichern muß. (12)

Hinzu kommt, daß unter der restaurativen CDU-Herrschaft lange Zeit liegen gebliebene Reformprojekte dringend in Angriff genommen werden müssen. Hochschulreform, Schulreform, Reform der Sozialarbeit sind zeitlich etwa zusammenfallende Bestrebungen der spätkapitalistischen Gesellschaft, ihre Einrichtungen der erreichten Entwicklungsstufe des Kapitalismus und der ihr entsprechenden Veränderung der sozialen Probleme anzupassen.

Der Doppelcharakter von Reformen

In einer Situation, in der auf Grund schrumpfender Wachstumsraten die Einhaltung der Versprechungen auf ständige Erweiterung des Konsums und des Lebensstandards an objektive Grenzen stößt, verläßt sich der Staat jedoch nicht auf Reformpolitik allein. Für den Konfliktfall wird wenig später in Form der Notstandsgesetze ein Instrument des Klassenkampfes von oben bereitgestellt, daß jederzeit unter Wahrung demokratischer Spielregeln gegen die aufkommende Opposition einsetzbar ist. (13)

Die jetzt seitens des Staates forciert eingeleiteten Reformanstrengungen führen zum Aufbrechen der lange Zeit latent gebliebenen institutionellen Konflikte. Je mehr diese Konflikte öffentlich werden, d.h. über den innerinstitutionellen Rahmen hinausgetragen werden und zu teilweise breiter Mobilisierung und Politisierung der Betroffenen führen, desto restriktiver gerät die staatliche Reformpolitik. Sie konzentriert sich im wesentlichen darauf, die in der breiten Mobilisierung sich ausdrückenden weitergehenden Ansprüche der Betroffenen auf Mitbestimmung ihrer Arbeits-und Studienbedingungen zurückzudrängen und sie mit bloß formalen und in diesem Sinne konsequenzlosen Änderungen abzuspeisen. (14)

Zum bestimmenden Moment der Reformauseinandersetzungen wird der fundamentale Widerspruch zwischen den von unten kommenden Forderungen nach Selbstbestimmung der eigenen Lebensverhältnisse und der von oben vorgesehenen Reform unter Wahrung des gesellschaftlichen Status quo.

Reformen sind die Reaktion der kapitalistischen Gesellschaftsordnung auf aus ihrer Produktionsweise (gesellschaftliche Produktion bei privater Aneignung) resultierenden Widersprüche.
Durch Reformen soll die Kontinuität eben dieser widersprüchlichen Gesellschaftsordnung gesichert werden. Dies kann die Gesellschaft selbst als produzierende nicht leisten. Sie bedarf dazu der scheinbar von den ökonomischen Widersprüchen abgehobenen Organisation des Staates.
"Der bürgerliche Staat (ist) das Resultat der entwickelten, warenproduzierenden, also der kapitalistischen Gesellschaft und ihrer auf dieser Form der Produktion beruhenden Widersprüche ... und daher auch eine durch diese Widersprüche geprägte Institution." (15)
Der Staat kann daher bezeichnet werden als ein "Produkt der Gesellschaft auf einer bestimmten Entwicklungsstufe; er ist das Eingeständnis, daß diese Gesellschaft sich in einem unlösbaren Widerspruch mit sich selbst verwickelt und in unversöhnliche Gegensätze gespalten hat, die zu bannen sie ohnmächtig ist. Damit aber diese Gegensätze, Klassen mit widerstreitenden ökonomischen Interessen, nicht sich und die Gesellschaft in fruchtlosem Kampf verzehren, ist eine scheinbar über der Gesellschaft stehende Macht notwendig geworden, die den Konflikt dämpfen, innerhalb der Schranken der Ordnung halten soll; und diese aus der Gesellschaft hervorgegangene, aber sich über sie stellende, sich ihr mehr und mehr entfremdende Macht ist der Staat." (16)

Garantie der gesellschaftlichen Reproduktion bedeutet aber vor allem: Dämpfung des Klassenkampfes auf ein Maß, daß die Ordnung der Produktion nicht gefährdet.

Wie der vorangestellte geschichtliche Exkurs zeigt, waren die Zugeständnisse des Kapitalismus (Reformen) ursprünglich fast ausschließlich das Ergebnis des Kampfes der Arbeiterklasse um die Verbesserung ihrer Lage. Mit der weiteren Entwicklung des Kapitalismus und den sich damit verschärfenden Widersprüchen nicht nur im Verhältnis Proletariat/Kapital, sondern auch im Zuge des Imperialismus und der Monopolisierung entwickelte sich die Notwendigkeit zur laufenden staatlichen Intervention, (17) um die schlimmsten Auswirkungen der kapitalistischen Produktionsweise zu mildern und eine Weiterentwicklung des Kapitalismus zu ermöglichen, die Zunahme von 'Reformen' von 'oben'. Da der grundsätzliche Widerspruch mittels Reformen nicht aufzuheben ist, erwachsen aus den Reformen notwendigerweise neue Widersprüche, auf die abermals reformerisch reagiert werden muß.
In jeder, die Situation der werktätigen Bevölkerung verbessernden Reform liegen deshalb systemstabilisierende und tendenzielle systemverändernde Faktoren eng beieinander. Die Reform als einzelne oder mehrere in einer gewissen Abfolge haben allein selbst niemals systemsprengenden Charakter. Daraus resultiert die häufig anzutreffende These, daß alle Reformen vergeblich sind, wenn der kapitalistische Staat dabei überlebt. Die Vertreter dieser Auffassung haben recht,

wenn es sich um institutionalisierte Reformen handelt, nicht jedoch dann, wenn es sich um solche handelt, die im aktiven Kampf von unten abgerungen worden sind: "Man kann eine Reform nicht von der Aktion, aus der sie hervorgeht, trennen." (18)

Der Staat reagiert in der Reformpolitik auf den Druck gesellschaftlicher Konflikte. Der wesentliche Inhalt dieser Politik ist: die zunehmend möglich werdende Beherrschung der objektiven Lebensbedingungen durch die Gesellschaft zu verhindern, die Wirklichkeit der Unterdrückung gegen das Potential der Freiheit zu verteidigen. Das kann nicht anders gelingen, als daß der Staat gesellschaftliche Kräfte selbst zur Unterstützung der kapitalistischen Produktionsweise heranzieht. (19) (Wir gehen hier davon aus, daß es mit der bewaffneten Macht des Staates - Armee und Polizei - auf Dauer nicht gelingt, die kapitalistische Produktion zu stützen. Allerdings darf nicht vergessen werden, daß die offene Gewalt das in Geschichte und Gegenwart stets praktizierte Mittel ist, wenn es gilt, den Kapitalismus zu "retten".)
Dazu kann die Reformpolitik ein hervorragendes Mittel sein, wenn es gelingt, den gesellschaftlichen Kräften, deren Anspruch auf Freiheit erst die Reform notwendig machte, die fortbestehende Wirklichkeit der Unterdrückung ideologisch zu verschleiern.

In der Wahrnehmung dieser Funktion zeigt sich der kapitalistische Staat durchaus widersprüchlich, umso stärker dann, wenn er von Leuten repräsentiert wird, deren subjektiver Anspruch nicht die ausschließliche Interessenvertretung des Kapitals darstellt, wie am Beispiel der verschiedenen, in Westeuropa regierenden sozialdemokratischen Parteien deutlich wird. Das Wirken des Staates besteht nicht in der Realisierung eines irgendwie von vornherein existierenden Gesamtinteresses des Kapitals (was schon wegen der unterschiedlichen Interessenlage der Einzelkapitalisten und -gruppen nicht möglich ist), sondern das, was als Ergebnis in Form von Gesetzen usw. in Erscheinung tritt, ist stets das Resultat eines vorangegangenen Prozesses von Konflikten, Auseinandersetzungen und Kompromissen, sowohl zwischen den Fraktionen des Kapitals selbst, den unterschiedlich motivierten Kräften im Staatsapparat, aber insbesondere dem Kräfteverhältnis im Kampf zwischen werktätiger Bevölkerung im Kapital." (20)

Die Entwicklung des Kapitalismus zu gewährleisten und zugleich den Kapitalismus in seinem Bestand zu festigen, läßt zwei grundsätzliche Möglichkeiten staatlichen Handelns zu; die totale Repression (in ihrer ausgeprägtesten Form als Faschismus) und die systemkonforme Veränderung durch Reformen. Beide Möglichkeiten treten jedoch nie völlig voneinander getrennt auf, sondern bilden eine Einheit, innerhalb derer das eine oder das andere Element überwiegt. Reformen ohne implizite Sanktionsandrohungen sind deshalb nicht denkbar, d.h. jede Reform zeigt die Grenzen, innerhalb deren Veränderungen zugelassen sind, auf und benennt die Sanktionen, die die Überschreitung des vorgegebenen Rahmens auslöst (im Regelfalle in Form von Gesetzen). Deutlich wird dies zum Beispiel in der sogenannten Tarifautonomie, die mit der Friedenspflicht verbunden ist, aber auch in anderen Bereichen, wobei Repression sich auch 'nur' in dem Zwang zur Einhaltung der sogenannten demokratischen Spielregeln äußern kann.

Die klare Abgrenzung des Rahmens, innerhalb dessen Veränderung zugelassen wird, versucht, Reformen kalkulierbar zu machen, d.h. aus der Sicht des kapitalistischen Staates den Mangel zu beheben, der darin besteht, daß vorab nur begrenzt bestimmbar ist, welche weitergehenden Forderungen und Folgerungen daraus resultieren. In den Fällen, in denen der anvisierte Rahmen aus der Reform selbst überschritten wird, wird versucht, diese zurückzunehmen (wie z.B. in der Hochschulgesetzgebung), so daß der Kampf um Reformen zugleich auch immer ein Kampf um das Erreichte ist. Reformen bleiben notwendigerweise in ihrem Ergebnis immer hinter dem zurück, was sich die Reformen Fordernden bzw. Reform Versprechenden davon erhofft haben. Dies sogar häufig dann, wenn es sich um Reformen handelt, die auch dem Staat - als ideeller Gesamtkapitalist - dienen, weil die Finanzierung einen starken Kapitaltransfer vom privaten auf den öffentlichen Sektor voraussetzt, was nur im Rahmen einer Planung möglich wäre, die vor den übergewichtigen Tendenzen der privaten Kapitalakkumulation nicht halt macht. Bei der Durchsetzung von Reformen stehen in ihrer Mehrzahl die langfristigen Interessen des Kapitals den kurzfristigen (Profitmaximierung um jeden Preis) gegenüber. So resultiert die quantitativ und qualitativ notwendige Veränderung der Bildung, insbesondere der Berufsausbildung, aus der monopolistischen Expansion. Ihre Notwendigkeit, im Interesse einer verbesserten Wettbewerbsfähigkeit, wird sowohl von einzelnen Kapitalisten und -gruppen als auch vom Staat anerkannt, trotzdem ist sie nur begrenzt realisierbar, weil die Aufbringung der erforderlichen Mittel zu einer vorübergehenden Profitbeschneidung führen würde, die auch durch eine noch verstärkte Ausbeutung nicht voll aufgefangen werden kann.

Es ist bereits dargestellt worden, daß die Reduzierung der Klassenkämpfe auf den Lohnkonflikt in der BRD weitgehend gelungen ist. Die institutionalisierte Tarifautonomie und die im Art. 9.3 Grundgesetz verankerte Koalitionsfreiheit sind vor dem Hintergrund ständiger Wirtschaftsprosperität seit dem 2. Weltkrieg von den Gewerkschaften soweit ritualisiert worden, daß sie im Regelfall nur dann in ihrer Politik von der Basis Kritik erfahren, wenn die Lohnerhöhungsprozente den realen Kaufkraftverlust nicht ausgleichen: so bei den sogenannten spontanen Streiks 1969 und 1973/74. Wirtschaftliche Stagnation und erste Krisenanzeichen, die permanente Gefährdung von Arbeitsplätzen durch Absatzschwierigkeiten und Verlagerung der Produktion in sogenannte Billiglohnländer, die auch von der bürgerlichen Öffentlichkeit nicht mehr zu unterschlagenden 'Schönheitsfehler' des Kapitalismus (z.B. die sogenannte Ölkrise) lassen zunehmend Zweifel aufkommen und die Forderung nach staatlicher Intervention laut werden. Die zunehmende Zerstörung der Fiktion von der Klassenharmonie wird auch für die BRD in naher Zukunft Formen von Klassenauseinandersetzungen erzeugen, wie sie in Italien und Frankreich (Fiat und Lip) seit längerem existieren und im letzten Streik bei Ford ansatzweise erkennbar sind.
Das schon jetzt formulierte allgemeine Unbehagen, die Forderung nach staatlichen Eingriffen, kann z.Zt. jedoch nicht als bewußt antikapitalistisch interpretiert werden. Nach wie vor sehen weite Teile der lohnabhängigen Bevölkerung und des Proletariats selbst, trotz der Zunahme des Einflusses ihres bewußtesten Teils, keine Alternative zum Kapitalismus.

Neben dem Ausbau des 'Systems der sozialen Sicherung', das selten über den zur Reproduktion menschlicher Arbeitskraft hinausgehenden Rahmen Leistungen zusichert und zudem noch von der werktätigen Bevölkerung durch Beitragszahlungen und Bezuschussung aus dem Lohnsteueraufkommen von ihr selbst finanziert wird, ist es vor allem die gelungene Verankerung der Ideologie von der Reformierbarkeit des kapitalistischen Systems, die den beschriebenen Zustand erklärt. Die Schwächung der Arbeiterklasse durch die Nazizeit, die Politik des militanten Antikommunismus, die seit 60 Jahren konsequent von der SPD betriebene systemstabilisierende Politik, die mit einer zunehmenden Theoriefeindlichkeit verbunden ist und eine entsprechende Ergänzung durch die Gewerkschaften, haben dazu geführt, daß ein Klassenbewußtsein im Proletariat nur rudimentär vorhanden ist.

"Solange die große Mehrzahl der Bevölkerung im Elend lebte, d.h. solange ihr alles Lebensnotwendige vorenthalten wurde, mochte sich die Notwendigkeit eines revolutionären Umsturzes der Gesellschaft von selbst verstehen. Das Schlimmste war die Gegenwart, sie hatten nichts zu verlieren. Aber heute ist es in den reichen Ländern nicht mehr so sicher, was das Schlimmste ist. Die Unterträglichkeit des Systems ist nicht mehr absolut, sie ist nur noch relativ", schreibt Gorz. (21) Die tatsächliche Verbesserung der Lage der Arbeiter (bei gleichzeitiger Verschlechterung im Verhältnis zu den Möglichkeiten auf Grund der Entwicklung der Produktivkräfte) scheint die Richtigkeit der Politik der Sozialdemokratie zu bestätigen, wonach es keinerlei Veranlassung gibt, "die Bude in die Luft zu jagen" (Gorz), sondern sich geduldig und verantwortungsbewußt zu zeigen und im übrigen den Staatsmännern zu vertrauen.

Es scheint, daß trotz der verankerten Ideologie im Bereich der Produktion ein Punkt erreicht ist, über den hinaus weitere Zugeständnisse an die Arbeiterklasse nicht möglich sind, ohne auf ernsthaften Widerstand des Kapitals zu stoßen. Nur so kann die hysterische Reaktion auf die Mitbestimmungsforderung verstanden werden.
Hier scheint ein eklatanter Widerspruch zu unserer These einer entpolitisierten Arbeiterklasse in der BRD zu liegen: denn wie soll ein solches Proletariat systemgefährdende Forderungen stellen und durchsetzen?

Mit diesem Phänomen haben wir uns in der Arbeitsgruppe lange befaßt, können aber keine befriedigende Antwort, sondern nur den Versuch einer Erklärung geben: Wir meinen, daß zwei Faktoren, neben denkbar anderen, von Bedeutung sind:
einerseits zwingt die objektive Lage der Arbeiterklasse jedes einzelne ihr angehörende Individium, Forderungen zu stellen und durchzusetzen (Reformen), die aufgrund des fehlenden Klassenbewußtseins als individuelles, nicht als Klasseninteresse begriffen werden;
andererseits werden in Krisensituationen selbst die "traditionellen" gewerkschaftlichen Forderungen (Lohnforderungen) als direkter Angriff auf die Stabilität und Lebensfähigkeit des kapitalistischen Systems erscheinen und deshalb auf den verstärkten Widerstand der Unternehmer stoßen, so daß der gewerkschaftliche Kampf seine eigentliche, politische Dimension erhält.
Damit ist keinesfalls gesagt, daß eine derartige Reform allein zur Überwindung des Kapitalismus geeignet ist, wohl aber wesentlicher

Bestandteil innerhalb einer Reformstrategie sein kann.

Im Vorwort zum Kommunistischen Manifest (22) heißt es, daß das Wahlrecht nur das Recht zum Regieren, aber nicht die Macht dazu gibt. Dieser Tatsache ist sich auch die internationale Sozialdemokratie bewußt, die auch dort, wo sie ursprünglich weitergehende Ziele verfolgte, die Macht des "Faktischen", d.h. die Macht des Kapitals anerkennen und diese Macht zu akzeptieren lernte, indem sie die kapitalistische Wirtschaftsordnung als Grundlage für materielle Verbesserung der Lage der Werktätigen im Außerproduktionsbereich (Verbesserung der Qualität des Lebens usw.) ansieht. Aus dem Widerspruch des eigenen Anspruchs und der Umsetzungsabhängigkeit vom Kapital resultiert die gesamte widersprüchliche Politik der Sozialdemokratie.

3. ÜBER DIE NOTWENDIGKEIT DER EINBEZIEHUNG DER MITTELSTANDSFRAGE IN EINE LINKE POLITIK

In ihrem Selbstverständnis, als Verbündete des Proletariats die bestehenden Widersprüche aufzugreifen und den Klassenkampf wieder in Gang zu setzen, ist die westdeutsche Linke im Produktionsbereich und im Reproduktionsbereich tätig.
Im Produktionsbereich muß sie feststellen, daß die Arbeiterklasse sich erst jetzt tendenziell von den Gewerkschaftsführern zu lösen beginnt, die nicht eine konsequente Interessenvertretung, sondern eine beschwichtigende und abwiegelnde Politik betreiben und daß dieser Prozeß der Bewußtwerdung eine langfristige und kontinuierliche, mit vielen Rückschlägen verbundene politische Arbeit verlangt.

Außerhalb des Produktionsbereiches (hier ist die Mehrzahl der Linken aufgrund ihres Herkommens, ihrer Sozialisation und der daraus resultierenden Berufsentscheidung tätig), trifft sie - wiewohl die Folgen kapitalistischer Produktionsweise in diesem Bereich für alle Lohnabhängigen besonders sichtbar sind - überwiegend auf Aktivitäten der Mittelschicht.

Über die Schwierigkeiten, die wir in der Arbeitsgruppe bzgl. des Mittelstandes hatten, ist einleitend berichtet worden. Wenn wir den Begriff Mittelstand/Mittelschicht verwenden, muß außer Betracht bleiben, ob es sich dabei um eine eigene Klasse handelt (so Lenin, Werke, Bd. 32, S. 5) oder nicht.
Wir verwenden ihn für einen erheblichen Teil der Bevölkerung, der zwischen Bourgeoisie und Proletariat steht, der in sich heterogen und für den Gegenstand unserer Arbeit nur zum Teil, wenn auch zum größeren, relevant ist.

Die allgemeine Unsicherheit über die Zuordnung der Mittelschicht im Klassenantagonismus führt häufig zu einem ablehnenden, zumindest aber ambivalenten Verhältnis gegenüber derartigen Aktivitäten (z.B. Bürgerinitiativen).
Die Tatsache, daß erhebliche Teile des Mittelstandes Lohnabhängige sind, erscheint einigen linken "Theoretikern" ausreichend, um sie einfach dem Proletariat als "technisch-wissenschaftliche Lohnarbeiter" zuzuordnen.
Von anderen linken "Theoretikern" wird der Mittelstand (Mittelschicht) in seiner Gesamtheit als mit der Bourgeoisie ideologisch und von seinen objektiven Interessen her identisch angesehen; jede Aktivität von Teilen der Mittelschicht hat systemstabilisierenden Charakter und entsprechend wird danach politisch regide reagiert.

Beide Positionen erscheinen falsch, da erhebliche Teile der Mittelschicht proletarisiert sind, ohne Proletariat zu sein und zu einem erheblichen Teil verbürgerlicht sind, ohne Bourgeoisie zu sein.

"Da die Mittelschicht keine historische Mission zu erfüllen hat, im Gegensatz zur Bourgeoisie und zum Proletariat, erscheint die Beschäftigung mit ihr müßig. In gewisser Weise spielt sie jedoch eine ganz entscheidende Rolle: Denn die herrschende Klasse bzw. Gruppe kann ohne die Gefolgschaft der Kleinbourgeoisie ihre Herrschaft nicht ausüben - und die Arbeiterklasse kann nur im Bündnis mit dem Kleinbürgertum - den Angestellten und der Intelligenz, den Bauern und den Handwerkern - die Macht erobern." ((22a)

Alter und neuer Mittelstand

In der bürgerlichen Literatur wird einer sogenannten alten eine neue Mittelschicht gegenübergestellt.
Dabei ist davon auszugehen, daß der alte Mittelstand (Kleinproduzenten, Kleinhandel, Klein- und Mittelbauern) durch den Zwang zur Profitmaximierung, den damit verbundenen größeren Produktionseinheiten, der Weiterentwicklung der Technik usw., im Konkurrenzkampf hoffnungslos unterliegen und damit proletarisiert wird, also ständig abnimmt (23), der neue Mittelstand hingegen (Angestellte/Beamte und Intelligenz) ständig zunimmt. Letzterer betrug bereits 1969 in der BRD 27,7 % der erwerbstätigen Bevölkerung.

Diese Unterteilung ist, trotz des bedenklich Formalistischen, für unsere Arbeit insoweit brauchbar, als sie den Schluß zuläßt, daß die politischen Aktivitäten des "alten Mittelstandes" vornehmlich auf die Erhaltung und Restaurierung eines aufgrund der Produktivkraftentwicklung überholten Zustandes gerichtet sind und deshalb für eine Strategie der Nutzung von Reformen nicht in Betracht kommen.

Aber auch der "neue Mittelstand" teilt sich in mindestens zwei Schichten: die Spitze der Angestellten/Beamten (das Management/höheres Offizierskorps, leitende Beamte usw.), die von ihrer Lebensweise und ihrer Ideologie her zur Bourgeoisie zu rechnen sind, sowie der grossen Zahl der kleinen und mittleren Angestellten/Beamten.
Letztere sind es, mit denen wir uns in der Mittelstandsfrage befassen.

Zwischen Bourgeoisie und Proletariat

"Die Situation des Angestellten (u. Beamten, die Verf.) ist eine Situation, die die Identifikation mit der Welt der herrschenden Klasse ermöglicht... Aber zugleich ist sie eine Arbeitssituation, die an der Mehrzahl der Beschränkungen leidet, denen auch die Arbeiter sowohl hinsichtlich ihres Einkommens als auch des Fehlens von Autonomie und der Unterordnung unterworfen sind." (23a)

Wenn sich dieser Mittelstand vornehmlich im Außerproduktionsbereich (in Form von Bürgerinitiativen) und nicht am Arbeitsplatz organisiert, hat dies mehrere Ursachen:
Im Gegensatz zum Proletariat übt der überwiegende Teil des Mittelstandes keine manuell mehrwertschaffende Arbeit aus, wiewohl natür-

lich der Angestellte in einem Kaufhaus durch den Verkauf seiner Arbeitskraft Mehrwert realisiert.
Die bewußte Einräumung von Privilegien gegenüber dem Proletariat und die Abhängigkeit von dessen produktiver Arbeit begrenzen die Möglichkeiten der Organisierung am Arbeitsplatz. Die völlige Abgehobenheit erheblicher Teile der Mittelschicht von der Produktion (insbesondere im Bereich der Öffentlichen Verwaltung) erschweren die Solidarisierung und damit das Bündnis mit der Arbeiterklasse.

Diese Aussage wird nicht schon dadurch widerlegt, daß konkrete Erfahrungen, die einzelne Gruppen (u.a. Sozialarbeiter) am Arbeitsplatz machen, sich, in Erkenntnis der Notwendigkeit radikaler Veränderungen, in ihrem Bewußtsein verändern, zu Verbündeten der Arbeiterklasse und damit zur Gefahr für den Staat werden lassen, worauf dieser entsprechend - z.B. mit dem Berufsverbot - reagiert.

Für die Mehrzahl der Angehörigen der Mittelschicht werden die sich verschärfenden Widersprüche des Systems außerhalb ihres Arbeitsplatzes sichtbar.

Wie sind Bürger-Initiativen einzuschätzen?

Die Durchkapitalisierung aller Lebensbereiche führt auch zur Verschlechterung der Lebensbedingungen des Mittelstandes, weil die objektiven Entwicklungsnotwendigkeiten des herrschenden Wirtschaftssystems auch auf ideologisch verbundene Gruppen und Schichten keine Rücksicht nehmen kann. (23b) Die Zersiedlung der Städte, unzureichende Bildungseinrichtungen, Umweltverschmutzung usw. stellen fehlende Dienstleistungen dar, auf die die Mittelschicht einen Anspruch zu haben glaubt. Während das Proletariat aufgrund der Gewerkschaftspolitik "lernte", seine "Bedürfnisse" über die Lohnforderung zu realisieren und zu suchen, sieht sich der Mittelstand um seine Privilegien gebracht, Sozialisations- und Kommunikationszusammenhänge werden zerstört. Adressat der Forderungen ist nicht das Kapital, weil die Zusammenhänge nicht durchschaut werden, sondern der Staat aufgrund der herrschenden Staatsideologie.

Der Kampf des Mittelstandes ist nicht selten ein Kampf um die Erhaltung und Rückgewinnung von Privilegien.
Bürgerinitiativen deshalb rundweg als mittelständische Angelegenheit abzutun, erscheint unzulässig und politisch gefährlich.
Viele Forderungen der Mittelschicht sind aufgrund der sich allgemein verschlechternden Lage im Außerproduktionsbereich objektiv mit denen des Proletariats identisch, zugleich machen die Mitglieder-Initiativen entsprechende Erfahrungen mit dem Staatsapparat:
"Wenn sich im Laufe des Bestehens der Bürgerinitiativen Veränderungen ergaben, dann entweder zur Kooperation oder zur Gegnerschaft. Neutralität als Endstadium war praktisch ausgeschlossen." (24)

Da der Staat immer nur bedingt in der Lage ist, Disparitäten, die sich aus der kapitalistischen Produktionsweise ergeben, zu beseitigen, wobei sich durch viele Bürgerinitiativen die Möglichkeit der Realisierung der Forderungen reduziert und bei gleichzeitiger wirtschaftlicher Rezession noch mehr verschlechtert, ergeben sich hier für die Linke Möglichkeiten, derartige Lernprozesse zu unterstützen, gesellschaftliche Zusammenhänge zu verdeutlichen. Die linke Strategie muß die Verschärfung von Widersprüchen nutzen und kann deshalb auf die Einbeziehung von Bürgerinitiativen nicht verzichten.

Die Einheit des politischen Kampfes im Produktions- und Außerproduktionsbereich

Die Tatsache, daß insbesondere auch Angehörige der Mittelschicht von der mit Hoffnungen bedachten Politik der sozialliberalen Koalition enttäuscht sind und sich verstärkt der CDU/CSU zuwenden - und die in der Geschichte das Rekrutierungsreservoir des Faschismus stellten -, macht die Notwendigkeit einer Einbeziehung der Mittelständler in die Arbeit der Linken besonders deutlich, um sie bei zunehmenden Klassenauseinandersetzungen, innerhalb derer auch die SPD weiter nach rechts rücken wird, nicht von vornherein auf der anderen Seite der "Barrikaden" zu wissen.

Es kommt deshalb darauf an, an den für die Angehörigen der Mittelschicht sichtbaren Disparitäten im politischen Kampf den Zusammenhang von Disparitäten innerhalb des Außerproduktionsbereichs als Folge der Produktionsverhältnisse herzustellen, die objektive weitgehende Interessenidentität mit der Arbeiterklasse zu vermitteln, um die subjektive Bereitschaft zur Veränderung der Gesellschaft als Notwendigkeit zu entwickeln und zu stärken und die Mittelschicht damit für die Arbeiterklasse bündnisfähig werden zu lassen.

Insoweit ist die politische Arbeit mit nicht-proletarischen Gruppen im Außerproduktionsbereich keine Verlegenheitslösung, sondern Ergänzung zur Arbeit in der Produktion.

4. ZUR FUNKTIONSBESTIMMUNG DER SOZIALARBEIT INNERHALB STAATLICHER REFORMPOLITIK

Um die Besonderheiten, die die gegenwärtige Reformauseinandersetzung innerhalb der Sozialarbeit bestimmen, herausarbeiten zu können, scheint es uns notwendig, im Anschluß an die vorangehenden Teile die Funktionen der Sozialarbeit in ihrer historischen Entstehung und Kontinuität kurz zu skizzieren.
In dem Maße wie der Kapitalismus in Deutschland zum gesellschaftlich herrschenden Verhältnis wird, bringt er zwei Probleme hervor, die den Inhalt der - bis heute ungelösten - "sozialen Frage" ausmachen: Einmal muß die Arbeitskraft in Perioden ihrer durch die Kapitalakkumulation bedingten Freisetzung vom Arbeitsprozeß erhalten werden (25), zum anderen muß die revolutionäre Potenz des vom Kapital als neue Klasse hervorgebrachten Proletariats unter Kontrolle gebracht werden. Noch bevor der Staat hier mit Maßnahmen zur Sicherung der Reproduktion der Arbeitskraft und Repression organisatorischer Ansätze eingreift, übernahm das Bürgertum "aus dem sicheren Gespür für die Bedrohlichkeit der Lage und der Bedrohtheit seiner eigenen Existenz" (26) diese Aufgabe in Form der Armenpflege unter Aufsicht kommunaler Exekutivorgane wahr.

Die Sonderstellung der Sozialarbeit und ihre historische Kontinuität

Aus der Armenpflege entwickelte sich, bekanntlich über die Zwischenschritte Wohlfahrtspflege und Fürsorge, die Sozialarbeit. Die ökonomischen und politischen Motive, die der bürgerlichen Armenpflege des 19. Jhd. zugrundelagen, sind dabei im wesentlichen unverändert gültig geblieben: Versorgung der Armen bzw. psychisch Verelendeten mit möglichst geringen Mitteln und Kontrolle der "Abweichler" (27).
Armenpflege, Wohlfahrt, Fürsorge, Sozialarbeit waren und sind gegen die soziale Bewegung, die auf ökonomische Emanzipation des arbeitenden Teils der Bevölkerung gerichtete Bestrebungen, Teil der Strategie der herrschenden Klasse zur Dämpfung des Klassenkampfes.
Die Entwicklung der Sozialarbeit ist zu sehen innerhalb einer Tradition von sozialen Reformen, in der "soziale Sicherheit nicht um der zu Schützenden willen angestrebt wird, sondern als Mittel gegen die soziale Revolution." (28)

Die Veränderungen der sozialen Arbeit im Verlauf ihrer Geschichte bezogen sich niemals, wie die Ideologen gern glauben machen möchten, auf die veränderten Bedürfnisse der Klienten, sondern sind als taktische Änderung des Vorgehens dem sich organisierenden Proletariat gegenüber anzusehen bzw. als Anpassung der Arbeitsformen an die im

Verlaufe des Akkumulationsprozesses produzierten gesellschaftlichen Konflikte.
Als klar wird, daß mit Repression allein die soziale Bewegung nicht aufzuhalten ist, treten die bürgerlichen Sozialreformer und "Staatssozialisten" auf den Plan. Für sie ist die soziale Frage eine Frage der Integration der Arbeiter in die bestehende Gesellschaft, der Klassenversöhnung unter Auslassung der Revolution. Durch kluge Reformpolitik sollen die Herrschenden die Revolution verhindern. (29)
In diesem taktischen Konzept von Reformpolitik hat Sozialarbeit ihren Platz.

Die besondere Stellung der Sozialarbeit innerhalb des Staats- bzw. kommunalen Verwaltungsapparats resultiert aus ihren besonderen Aufgaben. Wo Kontrollaufgaben wahrzunehmen und Ansprüche zu prüfen sind, ist ein enger Kontakt mit den Betroffenen notwendig. Würde der Sozialarbeiter nur als Funktionsträger auftreten, könnte er nicht das Vertrauensverhältnis herstellen, das eine Informationsbeschaffung - ohne daß der Betroffene etwas merkt - ermöglicht.
Klienten, deren Probleme durch Sozialarbeit nicht zu lösen sind, müssen wenigstens beschwichtigt werden. Auch das gelingt desto besser, je weniger der Sozialarbeiter als Funktionsträger auftritt. Der Einsatz bei neu auftauchenden Problemen, wie z.B. der Zunahme von Trebegängern, erfordert eventuelle neue Arbeitsformen und unkonventionelles Vorgehen (z.B. Einrichtung von Beratungsstellen, Zulassung von Wohnkollektiven).

Diesem besonderen Inhalt der Sozialarbeit entspricht die besondere Form ihrer Arbeitsweise. In dem Maße wie die Mittel der alten Armenpflege, Repression und Androhung von Sanktionen abgelöst wurden von den Zielvorstellungen der Resozialisierung und Sozialpädagogik, kommt dem sogenannten "Vertrauensverhältnis" zwischen Sozialarbeiter und Klient eine besondere Bedeutung zu. Die Fiktion des Vertrauensverhältnisses - Fiktion deshalb, weil jede rechtliche Grundlage dafür fehlt - macht Sozialarbeit erst möglich. Möglich dadurch, daß der Klient, der den Vertretern der staatlichen Sozialarbeit mit eben jenem Mißtrauen begegnet, das angebracht ist in einer Gesellschaft, in der er auch sonst keine uneigennützige "Hilfe" erwarten kann, über den wirklichen Zweck von Sozialarbeit, der nicht Hilfe, sondern Kontrolle ist, getäuscht wird.
Aber nicht nur das: Erst wenn der Sozialarbeiter selbst an das "Vertrauensverhältnis" glaubt, kann er das leisten, was er leisten soll: einerseits den Klienten zum Ertragen seiner schlechten Realität überreden, und gleichzeitig Informationen sammeln über ihn (und aktenkundig zu machen, womit sie seiner Verfügung entzogen sind), die stets abrufbar die Disziplinierung des Klienten ermöglichen." (30)

In der Fiktion des Vertrauensverhältnisses, die auf diese Weise sehr real wirksam ist, drückt sich der für die Sozialarbeit charakteristische Konflikt aus.
Würde der Sozialarbeiter das Vertrauensverhältnis ernst nehmen, tatsächlich von "Mensch zu Mensch helfen", "so bestünde Gefahr, daß Klient und Sozialarbeiter sich solidarisieren und gemeinsam gegen die gesellschaftlichen Ursachen des Elends der Klienten kämpfen würden. Dank der Parzellierung ist der Sozialarbeiter jedoch nur für ein Symptom und nicht für dessen gesellschaftliche Ursachen zuständig

(und mit einem Symptom kann man sich kaum identifizieren.) Würde sich der Sozialarbeiter umgekehrt zynisch auf das ihm zugewiesene Symptom beschränken, würde er wie ein Bandarbeiter nur die Schraube anziehen, für die er zuständig ist, so würde der Klient bald merken, daß der Sozialarbeiter ihm nicht wirklich hilft. Sowohl "die Menschlichkeit" als auch die unverhüllte Methode schneller Abfertigung hätten, für sich allein genommen, eher revolutionäre Wirkung. Erst die Kombination von Menschlichkeit und schneller Abfertigung hat zur Folge, daß der Klient beschwichtigt wird, ohne daß dabei für ihn etwas abfällt." (31) Das menschliche Engagement des Sozialarbeiters ist kein unerhebliches privates Akzidenz, es ist das "Schmieröl, das eine Sozialarbeit braucht, die die Klienten in "Fälle" verwandelt und im Fließbandverfahren abfertigt." (32/33)

Um die Funktion der Sozialarbeit durchzusetzen, muß der Funktionsträger selbst dazu gebracht werden, sich und dem Klienten blauen Dunst vorzumachen.
Das gelingt jedoch nur teilweise. Das fingierte Vertrauensverhältnis läßt den Sozialarbeiter nicht unberührt. Konfrontiert mit dem Elend des Klienten und gehalten, diesem gegenüber nicht als bloßer Funktionsträger aufzutreten, entwickelt er ein Selbstverständnis, das der objektiven Funktion entgegengesetzt sein kann. Um die mögliche Solidarisierung mit dem Klienten zu verhindern, war die Integration der Sozialarbeit in die Verwaltung und die Verpflichtung zur Staatsloyalität historisch notwendig geworden. Sozialarbeit als Berufsarbeit in größerem Umfange und in der noch heute gültigen Konstruktion ist eine "Errungenschaft des Sozialstaates der Weimarer Republik." (34) Die Integration des neuen Berufs in die Verwaltung bereitete von Anfang an Schwierigkeiten. Seither ist dieser Konflikt zwischen institutionellem Zweck und Selbstverständnis der Sozialarbeiter permanent. (35)

Unter kapitalistischen Bedingungen wird dieser Konflikt zwar immer zugunsten der Institution entschieden werden. Aufgrund ihrer aufgabenbedingten Sonderstellung im Staatsapparat haben Sozialarbeiter jedoch die Möglichkeit, in bestimmten Situationen ihr Selbstverständnis den etablierten Interessen gegenüberzustellen. Das gibt insbesondere dann, wenn der Reformbedarf den Sozialstaat vor die Notwendigkeit stellt, einen Teil seines wissenschaftlichen und technischen Potentials zur Steuerung sozialer Probleme einzusetzen. Um das zu können, ist der Staat auf die Mitarbeit der Sozialarbeiter angewiesen, und in diesem Zusammenhang auch genötigt, kritische Initiativen der Sozialarbeiter zuzulassen. (36)

Der Konflikt zwischen dem institutionellen Zweck und dem Selbstverständnis der Sozialarbeiter

Wie bereits festgestellt wurde, ist Sozialarbeit Teil des Staatsapparates und dient ihrem Auftrag gemäß objektiv der Ruhigstellung und der Disziplinierung der Arbeiterklasse und anderer Teile der lohnabhängigen Bevölkerung. Sie dient damit der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. So schützt die Sozialarbeit den Status quo samt allen Ungerechtigkeiten und Unterprivilierungen. Unmittelbar oder mittelbar sorgt sie also dafür, daß weiterhin

- das Produktivvermögen in der Hand weniger bleibt,
- die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung gezwungen ist, ihre Arbeitskraft zu Bedingungen zu verkaufen, auf die sie keinen Einfluß hat,
- die Armut so verwaltet wird, daß sie nicht als Massenelend in Erscheinung tritt,
- die bestehenden Herrschaftsverhältnisse stabilisiert und soziale Probleme nicht bewältigt, sondern verschleiert werden.

Erst seit etwa 1968 wurde vielen Sozialarbeitern, im Zusammenhang mit der Studentenbewegung allmählich klar, daß ihr staatlicher Auftrag ein ganz anderer war als ihr bisheriges Selbstverständnis von Sozialarbeit. Es wurde ihnen damit bewußt, daß sie bisher ohnmächtig und teils bewußtlos an gesellschaftlichen Symptomen herumkuriert hatten und nicht an den eigentlichen Ursachen der Misere, daß die allgemeine Vernachlässigung ihres Berufsfeldes ein strukturelles Problem ist, bedingt durch ein System, in dem Profit und dessen private Aneignung an erster Stelle der gesellschaftlichen Prioritätsliste stehen. Es wurde damit klar, daß private Initiativen und privates Eigentum an Produktionsmitteln Vortritt haben vor kostenverursachenden sozialen Fragen. Mit dieser Erkenntnis wurde aber auch deutlich, daß es bei der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums für bessere soziale Verhältnisse letzten Endes um eine politische Auseinandersetzung geht, die die Sozialarbeiter allein als kleine Berufsgruppe jedoch nicht leisten können. Hinzu kommt noch, daß sie es bisher nicht gewohnt waren, Forderungen an die Verteiler der Mittel zu stellen. Auch ihre bisherige Ideologie des "Helfens und Dienens" machte ihnen bewußtseinsmäßig große Schwierigkeiten.

Insgesamt wurde allerdings der lange Zeit latent gebliebene Konflikt zwischen dem Anspruch des Helfenwollens, der Veränderung der schlechten Arbeitsbedingungen und der Realisierungschancen dieser Ansprüche virulent und drohte in den folgenden Jahren den institutionellen Rahmen zu sprengen. In dieser brisanten Situation kam es dann auf fast allen Ebenen der Sozialarbeit zu Kooperationsangeboten von seiten der vorgesetzten Sozialbehörden. Anhand eines Beispiels der Berliner "Modellbewegung" soll der Versuch gemacht werden, diesen Prozeß zwischen Auftrag und Anspruch kurz nachzuzeichnen.

Ein weiteres Moment muß dabei aber noch berücksichtigt werden: "Seit Jahren fordern Sozialarbeiter, daß ihre Arbeit Arbeit mit Menschen und nicht an der Akte zu sein habe, fordern sie höhere finanzielle Aufwendungen und Raum für die Anwendung neuer Methoden. Trotz der beständig geführten Diskussion neuer Arbeitsformen auf Tagungen und Fortbildungsveranstaltungen blieben die dort entwickelten Ansätze ohne Wirkung auf die Praxis." (37)
Der erste Schritt zu einer Veränderung der institutionellen Sozialarbeit wurde jedoch nicht von den Sozialarbeitern selbst, sondern von wissenschaftlich geschulten Spezialisten der höheren Sozialbehörden eingeleitet: als Reform von oben. Dieser Schritt war nicht allein auf den Druck der Basis hin geschehen, sondern war ebenfalls Ausdruck objektiver Tendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung, welche tradierte Arbeitsformen und bestehende Organisationsstruktu-

ren in Widerspruch zur geforderten Rationalität und Effektivität sozialarbeiterischen Handelns geraten ließen.

Möglichkeiten und Grenzen der Reformpolitik in Modellversuchen am Beispiel "Teamarbeit"

Den Modellen gemeinsam war zunächst die programmatische Forderung, Sozialarbeit künftig als "Teamwork" zu betreiben. Durch "Teamwork" sollten die Interessen der Sozialbürokratie und die Forderungen der Sozialarbeit auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden. Die Sozialbürokratie erhoffte sich von der "Teamarbeit" eine Effektivitätssteigerung der Sozialarbeit und die Beseitigung der Unzufriedenheit der Sozialarbeiter über ihre Arbeitssituation. Die Sozialarbeiter versprachen sich von dieser "Reform" den Abbau hierarchischer Strukturen, eine graduelle Entlastung in der Arbeit, die Aufhebung der bisherigen Vereinzelung am Arbeitsplatz und eine Solidarisierung mit den Interessen und Bedürfnissen ihrer Klienten. Nicht zufällig fiel gerade den "Teams" die allgemeine Funktion zu, den schwelenden Konflikt zwischen den emanzipatorischen Ansprüchen der Sozialarbeiter und dem sozialbürokratischen Auftrag nach Effektivierung der Arbeit zu schlichten, denn die "teams" signalisierten für die Sozialbürokraten vor allem Zweckrationalität. Der wesentliche Vorteil dabei sollte sein, daß der vorgegebene Zweck auf Grund reibungsloser Kooperation mit minimalem Kräfteaufwand erreicht werden sollte.

Das "Team" als Arbeitsorganisation ist aber keine Erfingung der Sozialbürokratie, es wurde vielmehr von jenen pfiffigen Sozialpsychologen entwickelt, die im Verlaufe ihrer experimentellen Untersuchungen bei den Hawthornewerken, einer Zweigstelle der Western Electric Company, zu der überraschenden Einsicht gelangten, daß Arbeiter eine Seele und soziale Bedürfnisse haben,und daß sie sich nicht alles gefallen lassen.
Bei Rationalisierungsmaßnahmen, so lautete ihre Lehre, habe ein Unternehmer stets zwei Faktoren zu berücksichtigen: Effektivitätssteigerung und Zufriedenheit der Arbeiter.
"Die Befolgung rationellster Arbeitsmethoden wirft zwangsläufig die Frage nach den einzelnen Menschen und ihren Beziehungen untereinander auf; ihre innere Einstellung, ihre Empfindungen und Gefühle müssen berücksichtigt werden. Vom technischen Standpunkt lassen sich viele Dinge in einem Unternehmen besser und rationeller gestalten, aber was bedeutet der Begriff "erhöhte Leistung", wenn die Einführung technischer Veränderungen letzten Endes einen Streik nach sich zieht." (38)
Das Arbeitsteam bewährte sich bei den Versuchen dabei besonders, weil es den entgegengesetzten Zwecken dient; die Arbeit der bislang isoliert Arbeitenden macht mehr Spaß und zugleich steigern sie dabei ihre Arbeitsleistungen, was für den Unternehmer wieder mehr Profit bringt.

Diese Bemerkungen mögen hinreichen, um zu verdeutlichen, welche Überlegungen sicherlich die sozialbürokratischen Reformer leitete, als sie durch Teamarbeit die Sozialarbeit "reformieren" wollten. Diese Angebote beschränken sich jedoch, wie bei den Hawthornewerken, auf

emotionale Zufriedenheit und Effektivierung der Arbeit, ohne die angestrebten Inhalte einer zur verändernden Sozialarbeit miteinzuplanen. Erklärtes Ziel von seiten der Sozialbürokratie aber war, die aufbrechende Unruhe und beginnende Politisierung der Sozialarbeiter zu kanalisieren, indem ihnen technokratische Modelle zum Herumwerkeln angeboten wurden.

Der Zehlendorfer Konflikt

An einem in der Praxis abgelaufenen "Modellversuch" sollen die Grenzen von "Teamarbeit", wenn sie sich nicht allein auf Effektivitätssteigerung und auf die Forderung nach "Teamarbeit" als zentralem Programmpunkt bornieren, aufgezeigt werden.

Zunächst soll am Modell (39) beschrieben werden, in welcher Form die dortigen Kollegen versucht haben, bei einer anstehenden Neubesetzung der Stelle eines Leitenden Sozialarbeiters mitzuwirken, es soll weiter beschrieben werden, wie ihre Bemühungen aus den unterschiedlichsten Gründen scheiterten.

Bei der Besetzung der Amtsleiterstelle selbst mitzuwirken, sollte unter anderem ein Versuch sein, sich politisch gegen die bestehenden Zwänge einer generationsalten Hierarchie auf unterster Ebene, deren geistiger Ursprung nichts mit den so viel gepriesenen Elementaransprüchen einer "demokratischen Gesellschaftsordnung" zu tun hat, gemeinsam zu wehren. Befehlen oder Anordnen auf der einen Seite und Gehorchen oder Ausführen auf der anderen Seite sind immer noch die beiden dominierenden Pole in einem hierarchischen System, so auch bei der institutionellen Sozialarbeit.
Die jetzige hierarchische Organisationsform behindert die fachliche Sozialarbeit darüber hinaus in vielfacher Weise:
"Der Instanzenweg bringt es mit sich, daß, obwohl nur der Sozialarbeiter Kontakt zu Klienten hat, die Entscheidungen über die Bewilligung eines Teils der von ihm befürworteten Hilfsmaßnahmen durch andere Instanzen der Verwaltung erfolgt, die die Probleme der Klienten nur aus den Akten kennen. Durch das Vetorecht des Vorgesetzten kann jede Arbeit des Sozialarbeiters gemaßregelt und jede Eigeninitiative zum Erliegen gebracht werden. Diese Struktur läßt dem bekannten Verhaltensmechanismus zwischen Weisungsbefugten und Weisungsverpflichteten entstehen. Es wird beständig die Meinung des Vorgesetzten reproduziert und entsprechend praktiziert. Auf diese Weise wird der Status quo der Verwaltungshierarchie aufrechterhalten und neue Kooperative und im Interesse der Klienten effektivere Arbeitsformen verhindert." (40)

Der konkrete Wunsch nach Demokratisierung der Amtsstruktur und nach Mitbestimmung hatte verschiedene Gründe. Überwiegend war er auf eine Entwicklung zurückzuführen, die das Amt seit 1969 genommen hatte. Nach einer Arbeitstagung mit den Leitenden der Abteilung, wo über die Problematik der Einführung von "Teams" und über die Situation am Arbeitsplatz im besonderen diskutiert wurde, gingen die Kollegen davon aus, daß in Zukunft alle Mitarbeiter gleichberechtigt, nach vorheriger Diskussion und Abstimmung, an allen wichtigen

Entscheidungen, die die Arbeit direkt betreffen, beteiligt werden sollten.

Folgende Ziele sollten gemeinsam angestrengt werden:
- Einführung von Teamarbeit
- Demokratisierung der Amtsstruktur im FaFü-Bereich
- Praktizierung der drei Methoden der Sozialarbeit
- Schwerpunktverlagerung von Kontrollaufgaben auf partnerschaftliche Arbeit mit den Klienten im Sinne von Verselbständigung und Emanzipation.

Aus diesen Zielkonzeptionen hatte sich unter anderem die Konsequenz ergeben, die Aufgaben des Leitenden Sozialarbeiters und seine veränderte Stellung innerhalb des Amtes zu überdenken. Die "Machtposition" des Leitenden setzt sich hauptsächlich aus seiner Unterschriftenbefugnis, dem Vetorecht bei allen wichtigen Entscheidungen und aus seinem Informationsmonopol zusammen. Außerdem hat er laut Geschäftsverteilungsplan die Aufsicht über die fachliche Arbeit der Sozialarbeiter zu führen. Gleichzeitig wird er bei den bestehenden Rechtsverhältnissen von den nächsthöheren Ebenen (Aufsichtspflicht) zur Verantwortung gezogen. Da eine Abschaffung der Leitenden in der Verwaltung - wegen der auszuübenden Kontrolle über die "Untergebenen" - nicht vorgesehen ist, hängt die Umsetzung von neuen Arbeitsinhalten und kooperativer Zusammenarbeit u.a. auch vom "Demokratieverständnis" des Leitenden auf der untersten Ebene der Amtshierarchie ab. Ein "progressiver Amtsleiter" erschien daher durchaus wünschenswert.

Als im Juni 71 die Stelle der Leitung neu im Amt zu besetzen war, hatten die Kollegen die bisherige Diskussion erneut aufgegriffen und bei der Abteilungsleitung die Mitwirkung an der Besetzung der Stelle gemeinsam gefordert. Zur Neubesetzung der Stelle wurden folgende Forderungen aufgestellt:

"1. Bekanntmachung aller Bewerber mit Lebenslauf, (alle 20 Stimmen der Anwesenden sind dafür).
2. Vorstellung der Bewerber in der FaFü unter Darlegung ihrer Konzeption von den Aufgaben eines Leiters des Amtes und ihrer Vorstellungen über die Zielsetzung von Sozialarbeit in der heutigen Gesellschaft und anschließende Diskussion (alle 20 Anwesenden stimmen dafür).
3. Personendiskussion und geheime Wahl innerhalb der Familienfürsorge. Die Wahl ist gültig, wenn einer eine 2/3 Mehrheit auf sich vereinen kann (18 der Anwesenden dafür, 1 Gegenstimme).
4. Mitwirkung bei der Besetzung der Stelle, d.h. Begründung des Wahlergebnisses der FaFü vor Personalrat und -ausschuß (18 der Anwesenden dafür, eine Enthaltung).
5. Grundsätzlich halten wir es für wünschenswert, daß der Leiter auf Zeit eingesetzt wird und abwählbar ist und bitten zu prüfen, ob dies innerhalb der beamtenrechtlichen Bestimmungen möglich ist (17 dafür, 2 Gegenstimmen)." (40)

Nachdem die genannten Forderungen der Abteilungsleitung zugegangen waren, wurden die Kollegen einige Tage später diskret darauf hingewiesen, daß nach dem bestehenden Beamtenrecht eine direkte Mitwirkung bei Personalbesetzungen ab Amtsratspositionen nicht möglich ist, höchstens die Herstellung eines "Meinungsbildes". Wieder einige Zeit

später hieß es dann sogar, daß die Funktion der Kollegenschaft höchstens in der "Mithilfe" bei der "eigenen Entscheidungsfindung" der Leitung bestehen könnte. Statt der bisher üblichen Praxis bei Vorstellungsgesprächen zwischen Dienstherren und Bewerber würde beim angestrebten Verfahren lediglich der Rahmen durch das Kollegium erweitert. Es wird den Kollegen jedoch versprochen, daß die "gemeinsam" erarbeiteten Empfehlungen an den Personalausschuß (Bürgerdeputation) und die Personalverwaltung (tatsächliche Einstellungsbehörde) von Seiten der Abteilungsleitung weitergegeben wird. Nach den bisherigen Erfahrungen, so wurde betont, wurde der Empfehlung der Fachabteilung immer entsprochen. Gegen den geforderten Verfahrensakt selber (persönliche Vorstellung, Personendiskussion, geheime Abstimmung) wurden keine Einwendungen gemacht.

Nach Eingang von 4 Bewerbungen wurde auf einer Dienstbesprechung durch den Büroleiter nach der vorhandenen Personalakte über die Namen der Bewerber und deren beruflichen Werdegang informiert. Die Vorstellungsgespräche wurden einzeln mit den Bewerbern über je 1 1/2 Stunden geführt. Anwesend waren die Abteilungsleitung, der Personalratsvorsitzende, ein Vertreter der Beamtengruppe im Personalrat und die gesamte Kollegenschaft. Nach der Vorstellung der 4 Bewerber erfolgte abschließend eine Personendiskussion mit den beiden Personalratsvertretern und der Abteilungsleitung.
Die geheime Abstimmung bringt folgendes Ergebnis: Von 20 Mitarbeitern erhält der Bewerber Y 14 Stimmen, der Bewerber Z 2 Stimmen, die Bewerber W und X erhalten keine Stimme. 2 Kollegen enthalten sich der Stimme, 2 schließen sich von der Abstimmung aus.

Nach der Abstimmung ging bald das Gerücht um, daß der Bewerber X, der keine Stimme von den Kollegen bekommen hatte, Favorit für die Stelle von Seiten der Bezirksamtsgremien wäre. Von diesem verspräche man sich am ehesten, daß er wieder Ruhe und Ordnung in das aufmüpfige Amt bringen könnte.

Nach der Personalausschußsitzung und der darauf folgenden Bezirksamtssitzung (Stadträte) werden die Kollegen offiziell davon unterrichtet, daß die maßgebenden Gremien entgegen dem Vorschlag der Mitarbeiter und der Abteilungsleitung für den Bewerber X gestimmt haben. Damit hatte sich das Gerücht bestätigt. Ein nach Meinung der Kollegen unqualifizierterer Bewerber würde von oben eingesetzt werden.
In dieser für die Kollegen deprimierenden Situation hatte man die Hoffnung, daß der Personalrat als "Vertreter der Bediensteten" die einzige Institution wäre, jetzt noch die legitimen Interessen der Sozialarbeiter zu vertreten. Zum ersten Mal wird auch diskutiert, ob es sinnvoll wäre, an die Öffentlichkeit zu gehen. Dieser Gedanke wurde jedoch wegen fehlender Solidarität untereinander wieder verworfen. Das Risiko, sich repressiven Maßnahmen auszusetzen, war in dieser Situation einigen Kollegen zu groß. Das Bezirksamt hatte nämlich durchsickern lassen, daß im - Falle einer Veröffentlichung - in ein "schwebendes Verfahren" eingegriffen würde, was automatisch für diejenigen disziplinarische Maßnahmen nach sich ziehen könnte.
Dem Personalrat wird eine schriftliche Stellungnahme zu den einzelnen Bewerbern übergeben. Der Personalrat lehnt dann auch schriftlich den vom Bezirksamt vorgeschlagenen Bewerber X ab. Warum die Ablehnung erfolgte, konnte mit Hinweisen auf das Personalvertretungsge-

setz (Schweigepflicht) nicht erfahren werden. Die Verhandlungen zwischen der Verwaltung und dem Personalrat scheitern, die Verwaltung bleibt jedoch bei ihrer Entscheidung.

In dieser Phase mußte der Hauptpersonalrat eingeschaltet werden. Bei der entscheidenden Sitzung zwischen Hauptpersonalrat und der Verwaltung hatte sich der örtliche Personalrat als Alternative zu dem Vorschlag der Sozialarbeiter nicht auf den Bewerber Y,sondern den Bewerber Z, der bis dahin überhaupt nicht im Gespräch war, als Kompromiß der Verwaltung vorgeschlagen. Auf Grund dieser Situation scheitert die Verhandlung ebenfalls. Von dieser Verhandlung sickert durch, daß der Hauptpersonalrat bei weiteren Verfahren die Einigungsstelle nicht anrufen will, wenn der örtliche Personalrat bei seinem Alternativvorschlag Z bleibt.

Kommt zwischen dem Personalrat und der PV keine Einigung zustande, nimmt der Hauptpersonalrat Verhandlungen mit der Abt. PV auf. Wenn hier keine Einigung erfolgt, entscheidet der Leiter der Abt. PV (§ 62 Abs. 1 Ziff. 4 PersVG). Diese Entscheidung bedarf jedoch der Genehmigung der obersten Dienstbehörde - hier SenInn (§62 Abs. 1 PersVG).
Hat der SenInn die Entscheidung des Bezirksamts genehmigt, kann der Personalrat innerhalb von 14 Tagen beim Hauptpersonalrat beantragen, die Einigungsstelle anzurufen (§ 63 Abs. 1 PersVG)!
Die Einigungsstelle wird beim SenInn gebildet und setzt sich zusammen aus 6 Beisitzern und einem unparteiischen Vorsitzenden = 1 Richter. Die Beisitzer müssen je zur Hälfte vom SenInn und dem Hauptpersonalrat für 4 Jahre gewählt werden (§ 634 PersVG).

Wenn die oberste Dienstbehörde - hier SenInn - nicht mit dem Beschluß der Einigungsstelle einverstanden ist, <u>kann</u> sie binnen eines Monats nach Zustellung die Entscheidung des Senats von Berlin beantragen, was in den letzten 21 Jahren in Berlin noch nicht vorgekommen sein soll.
Die Verwaltung übersendet ihren Vorschlag X zur Genehmigung an die obersten Dienstbehörde (Senator für Inneres). Nach einigen Wochen erfuhren die Kollegen, daß sich der Personalrat entschlossen hat, <u>nicht</u> von seinem Recht, die Einigungsstelle anzurufen, Gebrauch macht. Nun besteht keine Möglichkeit mehr, den Bewerber Y auf dem Wege der "Mitwirkung" durchzubringen.
Der Bewerber X bekam, wie vom Bezirksamt beschlossen, seine Stellung. Der konkrete Versuch, mehr "Demokratie" in der Jugendhilfeverwaltung zu praktizieren, war damit vorerst gescheitert.

<u>Lernprozesse in Reformauseinandersetzungen</u>

Die von der Sozialbürokratie eingeleitete Modellbewegung, die eine technokratische Reform in den Ämtern bedeutete, ohne gleichzeitig eine inhaltliche Veränderung einzuschließen, beschäftigte die Sozialarbeiter nur solange, bis sie diese Taktik durchschauten. Es wurde jedoch über mehrere Jahre hin erreicht, daß die politischen Aktivitäten der Sozialarbeiter auf inhaltliche Veränderungen ihrer Arbeit gebunden bzw. lahmgelegt wurden. In vielen Berliner Ämtern setzten

die Sozialbürokraten darüber hinaus durch, daß mit Einführung von Beratungsfürsorgern und Gruppenleitern eine weitere differenziertere Hierarchie entstand.

Ein Zitat aus der Vorstudie zum Berliner Sozialatlas macht das Gesagte noch einmal deutlich: "Aktuelle Notstände, gesellschaftlicher 'Wildwuchs', das Bestreben nach Verbesserung der bestehenden Verhältnisse motivieren die Sozialadministration, sich mehr oder weniger systematisch mit Planungsproblemen zu befassen. Dabei steckt häufig ein rein technisch-rationaler Ansatz in dem Wunsch nach Berechenbarkeit menschlichen Verhaltens. Systemrationalität soll durch wirkungsvolle Sozialtechnik (social engeneering) gesichert werden. Arbeitsuntersuchungen und Organisationsstudien sollen die zuständigen Verwaltungen in die Lage versetzen, die verfügbaren personellen und finanziellen Mittel <u>effizienter</u> einzusetzen, wobei Eiffizienz in der Regel an den Erwartungen gemessen wird, die 'die Gesellschaft' an die jeweilige Verwaltung stellt." (41)

Für den sozialen Bereich heißt das:
Innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise sind finanzielle Ausgaben in diesem Bereich tote Kosten. Sie müssen im Interesse des Systems so niedrig wie möglich gehalten werden. Da sich seit den 60er Jahren der finanzielle Spielraum des Staates tendenziell stark verengt hatte, ergab sich zwangsläufig, wie in anderen Bereichen auch, für die Spitzen der Sozialbürokratie die Tendenz zur Kompression, die sich u.a. in den Maßnahmen der Modellbewegung zur Effizienzsteigerung der Sozialarbeit verfestigte. Die Effizienzsteigerung mußte vor allem mit dem schon vorhandenen Personal erreicht werden. Dabei bot sich der schon im Produktionsbereich praktizierte Teambereich an.

An dem "Basismodell" wird zunächst einmal deutlich, daß Veränderungsvorstellungen der Sozialarbeiter mit einem Federstrich vom Tisch gefegt werden können. Daran kann unter den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen in den Ämtern auch durch sich politisch definierende Gruppen zunächst nichts geändert werden, da die übergeordneten Entscheidungsebenen als Machtinhaber bisher bis auf graduelle Nuancen die gleichen geblieben sind. Es wird weiter deutlich, daß sich die Verwaltung, als Teilbereich des bürgerlich-kapitalistischen Staates, dessen immanentes Hauptcharakterisitikum seine Rigidität ist, einem Wandel mit allen Mitteln widersetzt. Nur wenn gravierende Disfunktionen sich durch veränderte gesamtgesellschaftliche Verhältnisse herausbilden und somit keine anderen Alternativen mehr bleiben, wird sich in der Verwaltung etwas ändern. Gerade demokratische Forderungen gefährden die hierarchische Verwaltung aufs äußerste, weil sie grundsätzlich antibürokratische und antikapitalistische Inhalte haben.

Dies zeigte sich auch klar in dem geschilderten Modell, als bereits nach einigen Wochen das Bezirksamt (BVV) nach einer Vorlage der Personalverwaltung folgendes zur "Kenntnis" nahm:
Das Bezirksamt nimmt zur Kenntnis, daß die Auswahl und Entscheidung über die Einstellung und Beförderung von Dienstkräften allein dem Bezirksamt bzw. den durch die Geschäftsverteilung innerhalb des Bezirksamtes oder den durch den Geschäftsverteilungsplan dazu bestimm-

ten Dienstkräften obliegt. Bewerbungsvorgänge sind vertraulich zu behandeln; den Mitgliedern des Bezirksamtes oder den zu personellen Entscheidungen berufenen Dienstkräften bleibt es unbenommen, sich von einzelnen leitenden Mitarbeitern beraten zu lassen. Aus diesem Grunde und mit Rücksicht darauf dürfen in Personalangelegenheiten nur Dienstkräfte beteiligt werden, die auf Grund von Rechts- oder Verwaltungsvorschriften hierzu befugt sind. Die Vorlage Nr. ... wird damit gegenstandslos." (Unveröffentlichtes Protokoll)
Damit sind in diesem Bezirksamt auf Jahre alle Mitwirkungsmöglichkeiten, wenn keine anderen gesetzlichen Änderungen kommen, gestorben.

Auch das bestehende Personalvertretungsgesetz (Pers.VG), das angeblich die Interessen der abhängig Beschäftigten wahrnehmen soll, bietet tatsächlich keine Möglichkeiten, an Entscheidungen des Personalrats mitzuwirken. Es liegt somit im Ermessen des Personalrats, inwieweit er die berechtigten Interessen der Mitarbeiter vertritt und inwieweit er sie an Entscheidungen beteiligt. Aus dem Gang des Verfahrens wurde ebenfalls deutlich, daß die Mitglieder des Personalrats letzten Endes abhängig vom Bezirksamt waren, indem sie sich scheuten, die Einigungsstelle anzurufen. Außerdem sind sie durch das PersVG verpflichtet, die Friedenspflicht gegenüber dem Arbeitgeber zu wahren. Darüberhinaus schließen die nicht öffentlich gehaltenen Sitzungen und die Schweigepflicht den für eine Mitwirkung notwendigen Informationsfluß aus.

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß demokratische Veränderungen in einer bürokratischen Organisation von oben kommen und universell sein oder von unten durch Revolution oder eventuell durch "eine Kombination von Verhandlungsstrategien mit kalkulierten Gewaltakten" sein müssen. "Diese Kombination, sowie Radikalität und Kurzfristigkeit der Forderungen sind die einzigen Mittel, mit denen verhindert werden kann, daß ...Initiativen zu Scheingefechten auf falschem Terrain verkümmern." (42)
Gerade die letztgenannten Voraussetzungen werden durch die Einbindung der Sozialarbeiter in den Beamtenapparat und entsprechende Beamtengesetze unmöglich gemacht. So muß sich nach § 52 Abs. 2 des Bundesbeamtengesetzes der Beamte durch sein gesamtes Verhalten zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen und hat nach § 53 bei politischer Betätigung "diejenige Mäßigung und Zurückhaltung zu wahren, die sich aus seiner Stellung gegenüber der Gesamtheit und aus Rücksicht auf die Pflichten seines Amtes ergeben." In Klartext bedeutet dies, daß jedes entschiedene, den Status quo in Frage stellende Verhalten als nicht gemäßigt und nicht zurückhaltend genug eingestuft und mit Disziplinarmaßnahmen geahndet werden kann. Damit wird dieser Konflikt immer zugunsten von Institutionen entschieden. Wie sehr diese Vorschriften gerade gegen progressive Beamte eingesetzt werden, zeigen inzwischen viele Beispiele, nicht zuletzt auch am Neuköllner-Modell, wo sich die Kollegen für bessere Lebensbedingungen der Bevölkerung einsetzen wollten. (43)

Politische Aktionen der Sozialarbeiter bedeuten innerhalb der Bürokratie eine ansatzweise "Verselbständigung" von Teilen des Repressionsapparates, was eine Gefahr signalisiert. Es darf daher nicht geduldet werden, daß das Bestehende von denjenigen in Frage gestellt

wird, die von Berufs wegen als Beamte dieses Systems zu erhalten und zu schützen haben.

An der Modellbewegung wird aber auch deutlich, daß der "Sozialdemokratische Reformismus" als politische Strategie von oben zur Überwindung von Konfliktpotential aus sich heraus neue Widersprüche entwickelte. So gebar er z.B. die Forderungen nach Demokratisierung der Sozialarbeit und nach einer qualitativen Verbesserung der Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung.
Solange in der Modellbewegung, die ein relativ schwacher Reflex auf die Widersprüche im Sozial- und Arbeitsbereich ist, der bestehende Konflikt zwischen politischem Anspruch und institutionellem Auftrag nicht gelöst wird, wird jedoch das Widerspruchspotential von der Sozialbürokratie nicht zu integrieren sein. Gelingt es den Sozialarbeitern weiter, unabhängig von der Modellbewegung, ein politisches Programm zu entwickeln, dann besteht eventuell längerfristig die Möglichkeit, den sozialbürokratischen Reformismus zu überwinden. Der Ansatz einer solchen Strategie scheint in den Forderungen nach mehr Demokratie in den Ämtern und der qualitativen Lebensverbesserung der arbeitenden Bevölkerung zu liegen. Dazu ist es jedoch notwendig, die Widersprüche auf ihre Ursprünge zurückzuführen und die Erfolge und Mißerfolge mehr als bisher zu untersuchen, um anhand der Reaktion der Verwaltung die Rolle des Staates, als Produkt und die Äußerung der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze, näher zu untersuchen.
"Damit aber diese Gegensätze, Klassen mit widerstreitenden ökonomischen Interessen, nicht sich und die Gesellschaft in fruchtlosem Kampf verzehren, ist eine scheinbar über der Gesellschaft stehende Macht notwendig geworden, die den Konflikt dämpfen, innerhalb der Schranken der Ordnung halten soll; und diese, aus der Gesellschaft hervorgegangene, aber sich über sie stellende, sich ihr mehr und mehr entfremdende Macht ist der Staat." (44)

Für die Sozialarbeiter bedeutet dies auch, andere Problem- und Konfliktbereiche, die über die Sozialarbeiterbewegung hinausgehen, mit in die Auseinandersetzung einzubeziehen.
Die Sozialarbeiter, die in den Ämtern die Modellbewegung und ihre Grenzen praktisch am eigenen Leib erfahren haben, war die politische Erfahrung, sich einen Begriff vom Staatsapparat und den Kräfteverhältnissen zu verschaffen, wesentlich. Hier liegt auch der tatsächliche Gewinn ihrer Aktionen, nämlich erkannt zu haben, daß ihr unmittelbarer Gegner nicht das Kapital, sondern der Staat und seine behördlichen Träger ist.

Reformversprechen und Reformwirklichkeit: Referentenentwurf zum Jugendhilfegesetz

Was wir über Reformen im allgemeinen gesagt haben, gilt im speziellen für den Referentenentwurf des neuen JHG. An diesem "Reformgesetz" wollen wir drei Aspekte verdeutlichen, die uns auch für den praktischen Umgang mit dem Gesetz wesentlich erscheinen:
1. Reformen sind prinzipiell reaktiv, sie versuchen, neu auftretende oder sich verändert darstellende Konflikte nachträglich zu

regulieren.
2. Der Staatsapparat zeigt sich in der Ausarbeitung der Reformvorstellungen widersprüchlich, teils aus parteipolitischen Gründen, teils aufgrund der zeitlichen und räumlichen Ungleichheiten in der Entwicklung emanzipatorischer Bewegungen.
3. Der Konflikt, auf den das Gesetz eine Antwort ist, bleibt prinzipiell bestehen, da die Forderungen der Betroffenen in der Reform nicht aufgehen.

- Der reaktive Charakter des JHG -

Daß es dem Staatsapparat insgesamt um die Stabilisierung des Kapitalismus und nicht um die Bedürfnisse der Betroffenen geht, versteht sich aufgrund des Charakters des Staates von selbst. Wir verzichten darauf, es am JHG-Entwurf nochmals im Detail nachzuweisen. In den Info-Heften Nr. 6 u. 7 ist bereits das Nötige dazu gesagt worden.

Das JHG wurde von Personen ausgearbeitet, die nicht direkt mit diesem Gesetz arbeiten müssen und auch nicht von diesem Gesetz betroffen sind. D.h., es ist eine Maßnahme von oben, die von den Betroffenen schon vor der endgültigen Verabschiedung kritisiert worden ist. Der Veränderung des JWG's zum JHG ist, wie bei allen Gesetzen und ihren Änderungen, ein Konflikt vorausgegangen.
Insofern reicht es nicht aus, zu sagen, daß das JHG eine Reform von oben ist. Die Einbeziehung von Mitbestimmung, Wohngemeinschaften, die Formulierungen wie "junger Mensch", "Partnerschaft" etc. sind eine Reaktion auf die Proteste der Betroffenen, die sich nicht mehr mit einem durchgehend repressiven und sie zu Objekten machenden Gesetz herumkommandieren lassen.Der alte Konflikt, den das JHG regulieren will, betrifft die Familie, genauer gesagt: die nicht funktionierende Familie. Öffentliche Jugendhilfe ist subsidiär, d.h., in der Regel sieht der Staat Erziehung nicht als seine Aufgabe an, sondern nur dann, wenn die Institution Familie nicht in der Lage ist, ihre Aufgaben wahrzunehmen, springt der Staat ein.
Die Herkunft der Jugendwohlfahrtsbehörden aus Polizeifunktionen gibt einen Hinweis auf den Charakter der eingesetzten Mittel.Bis heute besteht die öffentliche Jugendhilfe vor allem aus "Maßnahmen, Eingriffen und Anordnungen". Wer ihr anheimfällt, ist diskriminiert. Im JWG hat der Staat ein Instrument, die Einhaltung bestimmter normativer Funktionen der Familie zu sichern.
Beim Referentenentwurf (RE) des JHG handelt es sich darum, dieses Instrument zu modifizieren: einerseits an eine bestehende gesellschaftliche Entwicklung, andererseits an die politischen Zielvorstellungen der herrschenden Parteien anzupassen.

Die wesentliche normative Funktion der Familie ist, Sozialisation als Integration in die bestehende Gesellschaft zu betreiben. Anders ausgedrückt: eine dem Stand der Produktivkraftentwicklung entsprechende Zurichtung der Arbeitskraft zu erzielen. Verschärfter Druck auf die Familie durch Intensivierung der Arbeit, Integration der Frau in die betriebliche Arbeit, lassen Familienprobleme anwachsen; neuere Entwicklungen des Arbeitsmarktes wie Kurzarbeit und verringertes Lehrstellangebot bedeuten einen realen Verlust an Integrationsmöglichkeiten.
Integrationsforderungen und die sie begleitende Aufstiegsideologie

geraten in Widerspruch zur offenkundigen Verschlechterung der Lebensverhältnisse großer Bevölkerungsteile.
In der Praxis der Sozialarbeit drückt sich diese "Krise der Familie" in Scheidungsprozessen, notwendigen Heimeinweisungen, Eingriffen bei Kindesmißhandlungen etc. aus.
Der Funktionsverlust der Familie zeigt sich nicht zuletzt daran, daß Kinder und Jugendliche als "Trebegänger" den Versuch machen, sich ihrer Familie und staatlichen Maßnahmen zu entziehen.

Daß es nicht bei spontanen und individuellen Versuchen bleibt, sondern Jugendliche in der Lage sind, einen Teil ihrer Lebensverhältnisse selbst zu bestimmen, zeigen Wohngemeinschaften und zeigt sich insbesondere am Georg-von-Rauch-Haus.

Die Entstehung von Jugendwohnkollektiven und Jugendwohngemeinschaften ist nicht zu trennen von der sich in den 60er Jahren immer stärker formierenden außerparlamentarischen Opposition. Die APO stützte sich kaum auf die Arbeiterbewegung und ihre Traditionen, sondern hauptsächlich auf die studentische Jugend und gesellschaftliche Außenseiter. Theoretischer Bezugspunkt waren vor allem die Schriften H. Marcuses, speziell seiner Randgruppentheorie.
Im Rahmen dieser damals weitverbreiteten Theorie entstanden auch die Heimkampagnen. Gruppen von Studenten, Lehrlingen und ehemalige Heiminsassen zogen vor und in die Erziehungsheime, diskutierten mit Jugendlichen über ihre beschissene Lage und stellten Forderungen zur Demokratisierung der Heime auf. Diese Aktionen führten zu Revolten in einigen Heimen und zur Massenflucht zur APO in die Großstädte.
In Frankfurt wurden 1968 die ersten 4 Kollektivwohnungen bezogen.
Immer mehr Jugendliche drückten ihren Protest gegen die bestehende Heimsituation aus, indem sie die Heime verließen. Auch Sozialarbeiter, die sich mit dem Problem der Heimerziehung auseinandergesetzt hatten, waren nicht mehr bereit, Kinder und Jugendliche in die staatliche Heimerziehung zu geben.

Aufgrund dieser gesellschaftlichen Entwicklung und der zum Teil erzielten Erfolge der Jugendwohngemeinschaften mußte die Sozialbürokratie die bisherige Heimsituation neu überdenken. Sie begriff die Jugendwohngemeinschaften als sozialpädagogisches Experiment und als Alternative zur bisherigen Heimerziehung.

Selbst wenn die Wohngemeinschaften erst vereinzelt entstehen konnten, zeigten sie doch einen Weg, aus der traditionellen und zum Zwangszusammenhang sich reduzierenden Familienkonstellation herauszukommen. Daher ist es nicht zufällig, daß jugendliche Arbeiter und Lehrlinge, wenn sie es zu Hause nicht mehr aushielten, in Wohngemeinschaften flüchteten. Vor der Studentenbewegung gab es für sie, wenn sie nicht mehr in ihrer Familie bleiben wollten, nur 2 Möglichkeiten: entweder ins Heim oder auf Trebe zu gehen. Die ständige Erfahrung, dort noch weniger zu sich zu kommen, machte die Wohngemeinschaft für sie so attraktiv. Jugendliche wollen nicht vor ihren Problemen flüchten und auch nicht als Anhängsel eines bürokratischen Apparats vereinnahmt werden, sie wollen ihre subjektiven Schwierigkeiten und Probleme mit den objektiven Bedingungen in Verbindung bringen, um die objektiven Bedingungen, die das individuelle Elend entscheidend beeinflussen, zu ändern.

Die Aufnahme von Wohngemeinschaften in den Maßnahmenkatalog des RE macht deutlich, worum es den Reformern geht:
eine gesellschaftlich fortgeschrittene Emanzipationsbewegung Jugendlicher, von einer Avantgarde praktiziert, soll, bevor sie sich naturwüchsig ausbreitet, gesetzlicher Regulierung unterworfen werden.

- Wiedersprüche im Staatsapparat -

In dem Versuch solcher Regulierung zeigt sich der Staat selbst widersprüchlich.
Das wird deutlich an einem Vergleich der zum Diskussionsentwurf des JHG abgegebenen Stellungnahme des Senators für Familie, Jugend und Sport Berlin mit den entsprechenden Paragraphen des RE.
Die Stellungnahme des Senats ziehen wir deshalb heran, weil sie der weitestgehende Versuch einer staatlichen Instanz ist, die Interessen der Betroffenen zu berücksichtigen.
Die Argumentation dort ist durchgängig auf zweierlei angelegt: einmal darauf, von der Objektstellung des Jugendlichen gegenüber den Behörden im alten JWG wegzukommen und zum anderen, Diskriminierungen zu vermeiden (vgl. dazu die Begründung zur in der Stellungnahme vorgeschlagenen Formulierung zum § 1 JHG). In der Stellungnahme wird dem "Recht auf Erziehung und Bildung" Verfassungsrang entsprechend Art.2, ABS. 1 GG eingeräumt. Der Zusatz "und Bildung" ist eine Neuerung gegegenüber dem JWG, im Referentenentwurf entfällt jedoch die "Bildung".
In diesem wesentlichen Punkt bleibt alles beim alten, d.h., im RE bleibt es dabei, daß auch der Erziehungsanspruch nur indirekt, als sog. Reflexrecht - wenn die Erziehungsberechtigten ausfallen - gesichert ist.
Hier wie auch an anderen für einen Subjektstatus des Jugendlichen wesentlichen Stellen hat die Stellungnahme des Senats und haben auch andere Stellungnahmen keine Berücksichtigung gefunden.
Sämtliche Formulierungen der o.g. Stellungnahme, die eine Einschränkung der Rechte von Erziehungsberechtigten, -personen und -einrichtungen vorsehen und diesen nur instrumentellen Charakter zubilligen und statt dessen den emanzipatorischen Charakter der Jugendhilfe betonen, entfallen im RE sang- und klanglos. Der RE läßt mit keinem Wort erkennen, daß die Stellungnahme des Senats vorsah, den Jugendlichen Subjekt-Status einzuräumen und selbstorganisatorischen Aktivitäten Priorität zu geben.

Die weitgehenden Vorschläge der Stellungnahme dürfen jedoch nicht darüber hinweg täuschen, daß auch hier in erster Linie eine Stärkung der Familienerziehung angestrebt wird.
Gleichzeitig werden jedoch die Tendenzen zur Selbstorganisation und Selbstbestimmung berücksichtigt.
Es ist sicher kein Zufall, daß die weitestgehenden Vorschläge aus Berlin kamen. Aktuelle Entwicklungstendenzen werden hier von einer bemühten Reformverwaltung aufgenommen.
Daß sie sich mit keinem ihrer Vorschläge durchsetzen konnte, macht die gegenwärtige Isoliertheit "progressiver" Reformer deutlich.

Nun reicht es nicht aus, zu sagen, der Staat wolle die Proteste für sich einkassieren und neutralisieren. Ohne Zweifel will er es und versucht es auch. Was dabei aber deutlich wird, ist, wie der "demokratische Staat" sich selbst in Widersprüche verwickelt, wenn

er vorgibt, sich für die Betroffenen einzusetzen, gleichzeitig sich ihnen gegenüber repressiv verhält.
Abgesehen davon, daß Verfassungstreue erste Voraussetzung für eine Förderung ist, kommt die wirtschaftliche Rentabilität oft genug ins Gesetz hinein (§§12, 16, 25).
Die Widersprüchlichkeit wird dadurch heruntergespielt, daß niemals von Elend oder Ausbeutung die Rede ist. Es ist von Wünschen des jungen Menschen (§ 25) die Rede, die bei der "Gestaltung der Hilfe" berücksichtigt werden sollen.
§ 25,2: "Bei der Gestaltung der Hilfe soll den Wünschen des jungen Menschen und der Erziehungsberechtigten entsprochen werden...". Es ist ein kreatives Konzept: es wird gestaltet, geholfen und gewünscht.
Wo bleiben da die realen ökonomischen und mit ihnen sozialen Verelendungen? Sie tauchen höchstens darin auf, daß "keine unvertretbaren Mehrkosten" entstehen dürfen, "wirtschaftlich" geholfen werden soll usw.

- Der Interessenkonflikt bleibt! -

Mitwirkung, Mitbestimmung, als auch partnerschaftliche und mitverantwortliche Zusammenarbeit sind Formulierungen, die unter anderem den Reformcharakter des neuen Gesetzes ausmachen sollen. "Partnerschaftliche und mitverantwortliche Zusammenarbeit" (§ 10) sollen auf neue Verhaltensformen zwischen Gesetzeshütern und Betroffenen hinweisen. Daß sich eben nur das Verhältnis und nicht die Verhältnisse (nämlich Betroffener zu bleiben) ändern, ist ebenfalls ein Ausdruck des Konservatismus. Eine partnerschaftliche Beziehung, wie sie formuliert wird, kann eben tatsächlich nur dann entstehen, wenn alle Beteiligten dieselben Möglichkeiten und Bedingungen haben.
Durch ein verändertes Verhalten - jetzt soll man partnerschaftlich sein - wird etwas vorgetäuscht, was real nicht da ist. Daß Jugendliche, oder wie es im Gesetz heißt "junge Menschen" als Partner angesehen werden sollen, scheint eine Reaktion auf die Widerstände der Jugendlichen zu sein.
Bisher wurde über sie mit "Kann-, Soll- oder Mußleistungen" verfügt. Dabei kam es vor, daß sich die Betroffenen nicht ohne weiteres unter einen Paragraphen subsumieren ließen, sondern versuchten, ihre Interessen auch gegen die Vorschriften der Paragraphen durchzusetzen. Insbesondere wurde von ihnen Mitbestimmung, wenn nicht gar Selbstverwaltung gefordert.

Jedoch kann der Staatsapparat nicht zulassen, daß es von ihm finanzierte Einrichtungen gibt, auf die er keinen Einfluß haben soll.
Es ist ihm bekannt, daß die Interessen der Betroffenen mit denen des Staates kaum identisch sind.
Daß dennoch auf einige Forderungen der Jugendlichen im Gesetz eingegangen wird, liegt nicht zuletzt an einer Partei, die als Wahlslogan "Mitbestimmung" propagiert hatte.
Das Mitbestimmungsmodell hat einen Vorläufer: im Betriebsverfassungsgesetz gibt es ebenfalls einen Paragraphen, der Mitbestimmung garantiert. An diesem Beispiel wird auch deutlich, wie weit Mitbestimmung reicht. Das Kapitalverhältnis kommt dadurch noch lange nicht ins Wanken.
Jedoch kann es ein Fortschritt sein, wenn gesetzlich festgelegt ist, daß Jugendliche mitbestimmen dürfen, denn das heißt gleichzeitig, daß sie informiert werden müssen über das, was man mit ihnen vor hat.

Es ist ein Unterschied, der allerdings nicht weitreichend genug ist, ob einfach etwas mit den Jugendlichen gemacht wird oder ob sie vorher informiert werden und begrenzte Möglichkeiten der Mitsprache haben.

In § 6 (2) heißt es: "In allen Einrichtungen der Jugendhilfe sind Mitwirkung und Mitbestimmung der jungen Menschen in einer der jeweiligen Altersstufe entsprechenden Weise sicherzustellen. In Einrichtungen, die junge Menschen nicht nur vorübergehend oder gelegentlich aufnehmen, insbesondere in Heimen, sind Jugendvertretungen auf Grund einer Satzung zu bilden, die Inhalt und Umfang der Mitwirkung und Mitbestimmung regelt...".
Die vagen Formulierungen lassen nicht nur für Interpretationen derjenigen, die auf Seiten der Herrschenden stehen, Raum, sondern auch für Aktivitäten der Betroffenen.
Es ist klar, daß diese immer einen Schritt weitergehen müssen, als es der Gesetzgeber in seinem Selbstverständnis gemeint hat. Gerade dieses Verhalten macht die Widersprüche eines reformerischen Gesetzes deutlich.

Partnerschaft wird auch denjenigen vorgeschrieben (Partnerschaft vorzuschreiben ist schon ein Widerspruch in sich), die mit dem Gesetz arbeiten. § 10: "Die Träger der Jugendhilfe... (sollen) mit ihnen (anerkannte Vereinigungen der Jugendhilfe, d.Verf.) bei der Durchführung dieses Gesetzes partnerschaftlich zusammenarbeiten." Das heißt, sie sollen nicht rigoros auf ihre Macht pochen, sondern - wenn auch begrenzt - zusammenarbeiten. Verunsichert wird durch die ungenauen Formulierungen natürlich auch der Verwaltungsangestellte, und gerade das sollte ausgenutzt werden. Bisher wurde ihm uneingeschränkte Machtbefugnis zugestanden. Jetzt soll er sich nach dem richten, über den er ein Urteil fällen soll. Er soll sogar den Wünschen des jungen Menschen entsprechen, natürlich wieder mit einer Einschränkung, nämlich "...soweit das dem Wohl des jungen Menschen dient und keine unvertretbaren Mehrkosten erfordert." (§ 25)

Daß der Staatsapparat erst durch die Kritik der Basis zur Reaktion gezwungen wird, weist darauf hin, daß vorausschauende Planung dem kapitalistischen Staat nicht möglich ist, sondern lediglich nachträgliche Konfliktregulierung.
Die Planer laufen der gesellschaftlichen Entwicklung nach. Ihr Traumziel Prophylaxe erweist sich als unrealisierbar.

Da die staatlichen Instanzen jedoch auf die gesellschaftlich fortgeschrittenste Bewegung reagieren, kann das, was in Frankfurt oder Berlin reaktiv ist, in Bayern oder Ostfriesland als prophylaktische Maßnahme erscheinen.
Zeitliche und örtliche Ungleichzeitigkeiten in der Entwicklung emanzipatorischer Bewegungen erzeugen den Schein der vorbeugenden "Reform". Die Frage ist, ob es durch das "neue" Gesetz gelingt, die Kritiker des alten wieder auf eine systemstabilisierende Praxis zu verpflichten.
Das gelingt bei denen nicht, die an der Wahrnehmung der Diskrepanz zwischen ihren Forderungen und den mageren "Zugeständnissen" des Gesetzes ihr Bewußtsein dafür schärfen, daß es nicht in erster Linie darum gehen kann, vom Staat "bessere" Reformen zu fordern, sondern

daß es darauf ankommt, emanzipatorische Bewegungen zu unterstützen. Ob das "neue" Gesetz dazu verbesserte Möglichkeiten bietet, wird sich erst in der praktischen Arbeit damit zeigen können.

Wir können hier zunächst nur festhalten, daß nicht das Gesetz fortschrittlich ist, sondern nur die Praxis der davon Betroffenen es sein kann. Die Erkenntnis, daß ihre praktische Kritik an Familie und Heimerziehung - die letztlich auf die Aneignung und Selbstbestimmung der eigenen Lebensverhältnisse zielt - im Gesetz nicht aufgeht, ist das weitertreibende Potential. Die Gespräche, die eine Gruppe Jugendlicher mit Katarina Focke über den Gesetzentwurf geführt hat (s.Info 7), sind ein Zeichen dafür, daß diese Erkenntnis bei den Betroffenen selbst bereits vor der Verabschiedung des Gesetzes vorhanden ist. Diejenigen, die ihre Lage erkannt haben, werden sich nicht aufhalten lassen. Für sie ist an dem neuen Gesetz nur noch interessant, welche Möglichkeiten sich trotz oder durch den differenzierteren Maßnahmenkatalog hindurch bieten. Es ist für sie notwendig, an den für richtig erkannten Zielen festzuhalten.

Die Kooperation mit denjenigen Kräften im Staatsapparat, die erkannt haben, daß Politik auf die Dauer nicht gegen die Interessen der Betroffenen zu machen ist, wegen Vereinnahmungsgefahr abzulehnen, wäre für die Linke perspektivlos. Kooperationsmöglichkeiten zu nutzen, setzt allerdings Selbstorganisation voraus. Nur dann ist es möglich, sich die Bedingungen der Kooperation nicht vorschreiben zu lassen, sondern diese selbst zu bestimmen.

5. REFORM ALS PROBLEM PRAKTISCHER POLITIK

Die westdeutsche Linke steht vor dem Dilemma, daß sowohl die objektiven Bedingungen, die eine revolutionäre Umwälzung unumgänglich machen, als auch die subjektive Bereitschaft seitens der Arbeiterklasse aufgrund des fehlenden bzw. sich erst langsam wieder entwikkelnden Klassenbewußtseins zur Veränderung fehlen. Die Gründe für diesen konstatierten Zustand sind hier wiederholt genannt worden. Sofern die auf Veränderung zielenden linken Kräfte nicht abseits stehen und warten wollen, bis durch die Verschlechterung der materiellen Lage das revolutionäre Subjekt zur revolutionären Umgestaltung gezwungen ist und gegenwärtig nicht abzusehen ist, wann dies schlüssig der Fall sein wird, und schon gar nicht anhand der geschichtlichen Erfahrungen feststeht, daß es sich folgerichtig in Richtung Sozialismus entscheiden wird, muß sich die Linke ein Konzept erarbeiten, das die Bedingungen und den Willen für die Notwendigkeit radikaler Veränderung fördert: d.h. "die Bedingungen schafft, durch die revolutionäre Massenaktionen möglich werden und die Kraftprobe mit der Bourgeoisie aufgenommen und gewonnen werden kann." (45)

Die Entwicklung und Durchführung einer solchen Strategie beinhaltet notwendigerweise die Einbeziehung der Widersprüchlichkeit von Reformen, weil gerade sie geeignet sind, sowohl die objektiven, als auch die subjektiven Voraussetzungen zu schaffen.

Reformen, als Zugeständnis des Kapitals an die Arbeiterklasse, verfolgen zuerst die Absicht, bestehende Widersprüche zu verdecken und wirken damit systemstabilisierend. In der Möglichkeit, mit Hilfe von Reformen die materielle Lage der werktätigen Bevölkerung zu verbessern, sind sie von Anfang an Teil des proletarischen Kampfes gewesen, in dem ökonomischer und politischer Kampf immer eng beieinander liegen. Die mit der Reform zu verbindende Möglichkeit der Verschärfung der Widersprüche und deren Verankerung im Bewußtsein der Arbeiterklasse haben tendenziell systemüberschreitenden Charakter, ohne daß sie geeignet sind, die wirtschaftliche und politische Macht des Kapitals in einem langfristigen Prozeß soweit auszuhöhlen, daß diese durch eine kontinuierliche Abfolge von Reformen zerstört würde. Nach wie vor gilt die Tatsache, daß der Kapitalismus solange nicht abtreten wird, nicht ohne Kampf aufgibt, solange er dazu nicht in einer revolutionären Massenaktion gezwungen wird.

Bei der Frage der Anwendung der Reformstrategie ist entscheidend, inwieweit sie geeignet ist, tendenziell systemüberschreitend zu wirken, weil, trotz der systemstabilisierenden Komponente, die weitertreibende mit Hilfe einer entsprechenden Politik der Linken stärker sein kann. Die Auseinandersetzung um die Reformstrategie wird deshalb vom eigentlichen Bezug abgehoben und mit vielen Emotionen über-

lagert geführt, weil die geschichtlichen Erfahrungen die Gefahr zeigen, daß eine ursprüngliche Reformstrategie innerhalb kürzester Zeit zum Reformismus verkommen und darüber hinaus nicht bei jeder Einzelreform exakt bestimmt werden kann, ob sie die Widersprüche fördert oder nur stabilisierend wirkt, weil dies nicht nur vom Inhalt der Reform, sondern auch vom politischen Kräfteverhältnis, von der Möglichkeit, die Widersprüche voranzutreiben, abhängt. Hinzu kommt, daß sich systemüberschreitende und rein reformistische gesellschaftliche Gruppen eben 'nur' daran unterscheiden, daß die reformistischen Kräfte sich auf Dinge richten, die der Staat von oben herab den Individuen gewährt, ohne die Ohnmacht gegenüber den gesellschaftlichen Bedingungen, die in der Produktionsweise liegen, ändern zu wollen, während die sozialistisch-kommunistischen Kräfte die Reform als Bestandteil einer Strategie zur Überwindung der bestehenden Ordnung begreifen und dieser elementare Unterschied im Kampf um Reformen nicht immer deutlich wird.

Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage in allen hochindustrialisierten westlichen Staaten macht die Anwendung der Reformstrategie nicht nur notwendig, sondern begünstigt sie auch, indem aufgrund der nachlassenden Prosperität, der sich verstärkenden Anzeichen von Krisen, auch die Möglichkeiten des Staates geringer werden, den minimalsten Reformbedarf zu befriedigen.
Die fehlenden finanziellen Möglichkeiten, notwendige und teilweise schon zugesagte Reformen zu realisieren, die Unmöglichkeit, Arbeitsplätze tatsächlich zu sichern, zwingen die Reformisten dazu, wieder einmal verstärkt die Parole von der Volksgemeinschaft, in der jeder zum 'Allgemeinwohl' Opfer bringen muß, auszugeben.
Der drohende Verlust des Arbeitsplatzes, "dem Fegefeuer, durch das man hindurch muß" ist immer verbunden mit dem Verlust des "Himmels des individuellen Konsums" (46). Gerade die Bedrohung der Realisierung individuellen Konsums - als Entschädigung für unerträgliche Arbeitsbedingungen - ist eine Bedrohung des Systems selbst, indem seine Herrschaftsverhältnisse deutlich und die Grenzen der Existenzsicherung für alle sichtbar werden, nämlich die Existenz von Klassengegensätzen, die antagonistischer Art sind. Immer dann, wenn die Befriedung mittels Reformen nicht mehr gelingt bzw. nicht möglich ist, weil die materiellen Voraussetzungen zur Realisierung von Reformen nicht aufgebracht werden können, sieht sich der Staat zum stärkeren Einsatz seines Repressionsinstrumentariums gezwungen.

Hier bieten sich einerseits Möglichkeiten für die Linke, den Staat als Herrschaftsinstrument politisch bewußt zu machen. Das allein reicht jedoch nicht aus, denn der Kampf um Reformen ist zugleich immer ein Kampf um das Erreichte. Die Desavouierung des Systems muß deshalb immer verbunden sein mit der Ausschöpfung aller Möglichkeiten, das in politischer Arbeit Erkämpfte zu halten und die politische Bewegung auch im Abwehrkampf zu stärken.
Die sich aus den Widersprüchen ergebenden Möglichkeiten der Agitation und der Mobilisierung führen auf der Gegenseite ebenfalls zu einer stärkeren Reaktion, so daß einePolarisierung innerhalb der Gesellschaft unvermeidbar ist. Die Sorge, daß die Organisierung der 'Linken' die 'Rechten' mobilisiert, kann deshalb nur so verstanden werden, daß es uns gelingen muß, möglichst viele Gruppen und Individuen auf die Seite der 'Linken' zu ziehen und darf kein Argument

für politische Inaktivität sein.

Die Anwendung der Reformstrategie in möglichst vielen Bereichen der Gesellschaft ist nicht nur im Hinblick auf die umfassendere Wirksamkeit erforderlich, sondern auch deshalb, weil der Grundwiderspruch in den einzelnen Bereichen unterschiedlich hervortritt und sich die Linke die bessere Erfahrbarkeit dieses Widerspruchs an den jeweiligen konkreten Konflikten nutzbar machen muß. Dies gilt auch für die Reformstrategie innerhalb der Sozialarbeit, sowohl im institutionellen, als im außerinstitutionellen Bereich. Die Agitation der Kollegen anhand der auftauchenden Konflikte, die Vermittlung der Notwendigkeit der Solidarität untereinander, muß längerfristig die Solidarität mit den von Sozialarbeit Betroffenen ermöglichen.

Hierbei bilden institutionelle und außerinstitutionelle Sozialarbeit (Arbeit im Stadtteil) eine notwendige Ergänzung. Die Unterstützung durch Sozialarbeit, die sich als antikapitalistische versteht, bei der Durchsetzung von Forderungen von Teilen der werktätigen Bevölkerung (Mieterinitiativen, Jugendkollektiven usw.) wird dann wirksamer, wenn sie innerhalb der Institution durch Sozialarbeit bestärkt und damit gegen Angriffe der Bürokratie geschützt werden kann, wobei die Wirksamkeit dieses Schutzes nicht nur vom Willen des Einzelnen, sondern wesentlich vom Stand der allgemeinen Klassenauseinandersetzung abhängt. Der Kampf um die Demokratisierung der Ämter ist unter dieser Prämisse eben nicht nur ein berufsspezifischer, sondern ermöglicht die Lernschritte der Kollegen. Ausgangspunkt dieser Strategie muß das Aufgreifen von Problemen sein, die möglichst viele Kollegen betreffen und deren Lösung von ihnen als unabdingbar angesehen wird. Unter den gegenwärtigen Bedingungen bedeutet dies eine Politik der kleinen Schritte, die nicht schon deshalb falsch ist, weil die mangelnde Solidarität spektakuläre Aktionen, wie sie auch in der Geschichte des AKS unternommen wurden, z.Zt. nicht oder nur in begrenzter Anzahl, von Berufsfeld zu Berufsfeld unterschiedlich, zuläßt. Entscheidend für die mobilisierende Wirkung ist zudem nicht die 'Größe' einer Aktion, sondern ausschließlich der Grad, in dem die Aktion und die Beteiligung der Sozialarbeiter an ihr bewußtseinsverändernd wirkt. Die konsequente Nutzung der benannten Freiräume, die der Staat der Sozialarbeit einräumen muß, um sie in seinem Interesse überhaupt wirksam werden lassen zu können, die konsequente Nutzung des Reformbedarfs und des Reformangebotes von oben, müssen diese Lernschritte ermöglichen, wobei längerfristig Forderungen gestellt werden müssen, die nicht voll integrativ sind.

Der Kampf um verbesserte Gesetze, die den Bedürfnissen der antikapitalistischen Sozialarbeiter selbst, aber auch in ihren Auswirkungen der werktätigen Bevölkerung besser entsprechen, sind Bestandteil der Strategie.
Die zunehmende und für viele frustrierende Erkenntnis, daß eine sozialistische Berufspraxis unter kapitalistischen Bedingungen nicht möglich ist, muß ergänzt werden durch die Erkenntnis, daß auch antikapitalistisch begriffene Sozialarbeit aufgrund der Einbindung der in ihr Tätigen in den Staatsapparat nur begrenzt möglich ist. Jedoch dort, wo sich die Möglichkeit dazu bietet, konsequent zu nutzen ist. Die Nutzung der sich bietenden Möglichkeiten in der Reformstrategie kommt dem Anspruch, 'Verbündeter des Proletariats' zu sein, für die praktische Arbeit entgegen.

6. LITERATURVERZEICHNIS ZUM GESAMTEN SCHWERPUNKTTHEMA DIESES INFOS

(1) Kursbuch 31, Berlin 1973, S. 85
(2) Lenin , W.I., Hefte zum Imperialismus, Berlin 57, S. 250
(3) Zit. nach: Müller/Neusüß, die Sozialstaatsillusion, in: SOPO 6/7, Berlin 70, S. 52
(4) Mit dem Begriff des Reformismus ist eine Strömung innerhalb der Arbeiterbewegung bezeichnet, die davon ausgeht, daß allein durch Reformen die kapitalistische in eine sozialistische Gesellschaftsordnung übergeführt werden könne.
Weiter Literatur zum Reformismus:
G. Fülberth, zur Genese des Revisionismus in der deutschen Sozialdemokratie, in: Das Argument 63/März 71
Lenin, W.I., Gegen den Revisionismus, Berlin 1959
und: Eduard Bernstein, die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Hamburg 1970
Bernsteins Voraussetzungen einer Neubestimmung der SPD-Politik sind weniger theoretisch gewonnen als empirisch. B. stützt seine Argumentation im Wesentlichen auf - die relative Stabilität des Kapitalismus, - die Tendenz zur Demokratisierung des Staates, wofür Wahlrecht und Sozialversicherungen als Indiz genommen werden. Bernsteins Intention war vor allem, der Partei durch Fallenlassen des "Verbalradikalismus" größere Chancen eines Bündnisses mit den Liberalen Parteien und Mittelschichten zu eröffnen. Wie allerdings Stimmengewinne in politische Macht umzusetzen seien, blieb eine offene Frage.
(5) Wolfgang Abendroth, Aufstieg und Krise der Sozialdemokratie, Frankfurt/M. 1959, (vgl.)
(6) Rosa Luxemburg, Sozialreform oder Revolution, Leipzig 1970,S.34ff
(7) Franz Eulenburg, die Klassenverschiebung nach dem Krieg, Jena 1926, S. 105f
(8) ebenda, S. 102
(9) ebenda, S. 183
(10) Autorenkollektiv SDS/KU, der Untergang der Bildzeitung, ohne Ort u. Jahr, S.16
(11) Zit. nach: ebenda, S. 18ff
(12) vgl. Kursbuch 31, S. 29 ff
(13) Kogon/Abendroth u.a., der totale Notstandsstaat, Frankfurt/M.1965
(14) SPD-Redaktionskollektiv, Wem nützt die Modellbewegung, SPK Nr. 12/13, Berlin 1970
(vgl. dazu auch:) Bergmann u.a., Rebellion der Studenten, Hamburg 1968
(15) Müller/Neusüß, Die Sozialstaatsillusion, a.a.O. S. 68
(16) Friedrich Engels, Der Ursprung der Familie des Privateigentums und des Staates, in: MEW 21, S. 165
(17) vgl. dazu: Lenin, der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus

(18) Andrê Gorz, Der schwierige Sozialismus, Frankf. 1968, S. 90
(19) Wolfgang Lefêvre, Zum historischen Charakter und ... (siehe Lit.Verzeichnis) in diesem Zusammenhang interessiert der "Exkurs zur Staatskategorie, S. 65-87
(20) vgl. dazu: Dieter Läpple, Staat und allgemeine Produktionsbedingungen, Westberlin 1973, 1. Teil
(21) Gorz, a.a.O. Sl 73
(22) Marx/Engels, Manifest der kommunistischen Partei
(22a) Jürgen Kuczynski, Klassen und Klassenkämpfe, Berlin 1972, S.143
(23) vgl. dazu SPK Nr. 14, Sozialstaat oder Klassengesellschaft, Berlin 1970
(23a) J. Kuczynski, a.a.O., S. 148
(23b) Autorenkollektiv Darmstädter Studentenzeitung, SPD und Staat, S. 30 Berlin 1974
"Bezogen auf die Umweltverschmutzung und -zerstörung bedarf es heute nicht einmal allein der wissenschaftlichen Analyse, sondern es genügt oft der Augenschein, bzw. tiefes Durchatmen, um festzustellen, daß die - wie die herrschenden Ideologen behaupten - durch hohes Wirtschaftswachstum erreichte Lebensqualität wieder vernichtet wird. Offensichtlich passierten wir bereits einen Wendepunkt in der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise, von dem an weiteres Wachstum umfassend die natürlichen und gesellschaftlichen Lebensbedingungen der Massen in Frage zu stellen beginnt. Die gewaltigen Produktivkräfte, die durch die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise entfaltet wurden, wenden sich destruktiv gegen ihre Träger, die vom Kapital gesellschaftlich, arbeitsteilig und kooperativ organisierte Klasse der produktiven Arbeiter - bzw. gegen alle, die in den hochentwickelten kapitalistischen Metropolen leben und nicht das Privileg idyllischer, grüner, Tessiner Wohlstandsinseln innerhalb einer verdreckten Umwelt genießen."
(24) Kursbuch 31, a.a.O., S. 48
(25) vgl. dazu, Karl Marx, Das Kapital I, 23. Kapitel
(26) Autorenkollektiv, Gefesselte Jugend, Frankf./M. 1971, S. 43
(27) Hollstein/Meinhold, Sozialarbeit unter kapitalistischen Produktionsbedingungen, S. 18ff
(28) Hans Achinger, Soziale Sicherheit, Stuttgart 59
(29) G.F. Hegel, Politische Schriften, Berlin 1912, S. 11-12
(30) SPK Nr. 23, Aussageverweigerungsrecht für Sozialarbeiter, Berlin 1972
(31) AKS Berlin Red. Kollektiv, in: Hollstein/Mainhold a.a.O.S.232 ff
(32) ebenda, S. 233
(33) vgl. SPK Nr. 31/32, zur Kritik der integrativen Methode, Berlin 1973
(34) A. Salomon, soziale Berufsarbeit, S. 39
(35) ebenda, S. 46 f
(36) vgl. dazu SPK Sondernummer Nr. 7, Berlin 1970
(37) Wem nützt die Modellbewegung? - SPK Nr. 12/13, Berlin 1970
(38) F.J. Roethlisberger, Betriebsführung und Arbeitsmoral
(40) ebenda - Dokumentation
(41) Vgl. Vorstudie zum Sozial-Atlas - SPK Nr. 20, Berlin 1971
(42) Claus Offe, Bürgerinitiativen und Reproduktion, Fischer, Band 1233, S. 163
(43) Politische Disziplinierung von Sozialarbeitern in Neukölln, SPK Nr. 30, Jahrgang 1973/Info Sozialarbeit Nr. 5

(44) Engels, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, Berlin 1971, S. 191
(45) Andrê Gorz, Der schwierige Sozialismus, Frankfurt 1969, S. 169
(46) ebenda, S. 142

BÜCHERLISTE ZUM SCHWERPUNKTTHEMA

Abendroth, Wolfgang - Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, Frankfurt/M 1969
Autorenkollektiv Darmstädter Studentenzeitung - SPD und Staat,Bln.1974
Autorenkollektiv - Gefesselte Jugend, Fürsorgeerziehung im Kapitalismus
Autorenkollektiv SDS/KU - Der Untergang der Bildzeitung, ohne Ort und Jahr
Bergmann und andere - Rebellion der Studenten, Hamburg 1968
Fülberth, Georg - Zur Genese des Revisionismus in der deutschen Sozialdemokratie von 1914, in Argument Nr.63, 13 Jg./März 71
Gorz, Andrê - Der schwierige Sozialismus, Frankfurt/M 1965
Hollstein, W./Meinhold - Sozialarbeit unter kapitalistischen Bedingungen, Frankfurt/M 1973
Kogon/Abendroht u.a. - Der totale Notstand, Frankfurt 1965
Kuczynski, Jürgen - Klassen und Klassenkämpfe, Bln. 1972
Kuhn, Hans-Martin - Der Institutionalismus als Strategie, Dissertation FUB 1971
Läpple, Dieter - Staat und allgemeine Produktionsbedingungen, West-Berlin 1973
Lapinski, P. - Der Sozialstaat, Etappen und Tendenzen seiner Entwicklung, ohne Ort und Jahr
Lefêvre, Wolfgang - Zum historischen Charakter und zur historischen Funktion der Methode bürgerlicher Soziologie, Frankfurt/M 1971 (Insbesondere der Exkurs zur Staatskategorie, S. 65-87)
Lenin, W.I. - Staat und Revolution, Berlin 69
Lenin, W.I. - Gegen den Revisionismus, Berlin 59
Lenin, W.I. - Hefte zum Imperialismus, Berlin 57
Luxemburg, Rosa - Politische Schriften, Leipzig 1970
Marx, Karl - Das Kapital 1 Bd. MEW 23, Berlin 62
Müller/Neusüß - Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital, in: SoPo 6/7, Berlin 1970
Rabehl, Bernd - Geschichte und Klassenkampf, Berlin 1973
Rote Hilfe West-Berlin - Staatsgewalt, Reformismus und die Politik der Linken, Kursbuch 31, Kursbuch Verlag/Wagenbach 1973
Streisand, Joachim - Deutsche Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart, Köln 1972

REPRESSIVE MASSNAHMEN IM SOZIALBEREICH

Fall 1: 4 Entlassungen im Jugendamt Mannheim

In Mannheim leben über 62 000 Jugendliche im Alter zwischen 6 und 21 Jahren. Für diese Jugendlichen sieht die Stadt im Bereich der Freizeit hauptsächlich folgende "Maßnahmen" der Jugendarbeit vor:
- Ein Dauerangebot innerhalb der Jugendfreizeitheime und
- Sonderaktionen, wie z.B. die Sommerferienspiele.

Die Stadt unterhält dafür 6 Freizeiteinrichtungen für Kinder und Jugendliche. Davon fallen praktisch 3 aus:
- Das Jugendgästehaus Sandhofen ist für die Jugendlichen des Stadtteils nicht zugänglich. Dort finden nur noch Tagungen statt.
- Das Jugendheim Schönau wird renoviert und das seit fast einem Jahr. Hier gibt es nur gedrosselte Öffnungszeiten. Das Angebot beschränkt sich auf Kurse im Fotografieren, Kochen, Basteln und Malen. Jugendliche, die dabei nicht mitmachen wollen, dürfen nicht ins Haus.
- Auf der Vogelstang ist seit letzten Herbst die "Jugendbaracke" weggefallen. Es gibt dort nur noch den "Jugendladen", ein Raum von ca. 30 qm.

Dem miserablen Raumangebot und der ungenügenden finanziellen Ausstattung hat nun das Jugendamt durch die plötzliche Entlassung von 4 Mitarbeitern des Nachbarschaftshauses Rheinau am 2.5.74 die Spitze aufgesetzt.

Das Nachbarschaftshaus Rheinau ist eine Einrichtung der Stadt Mannheim. Es wird hauptsächlich von Kindern und Jugendlichen besucht. Die durchschnittliche Besucherzahl pro Woche beträgt 800 Kinder und Jugendliche. Diese kommen zu einem großen Teil aus kinderreichen Arbeiterfamilien. Sie können ihre Freizeit nicht in den zu kleinen Wohnungen verbringen und sind deshalb auf das Jugendfreizeitheim angewiesen. Hinzu kommt, daß meist beide Elternteile arbeiten. Das Taschengeld reicht auch nicht aus für den Besuch teurer Discotheken in der Stadt.
Für die Betreuung der Besucher des Nachbarschaftshauses Rheinau waren im letzten halben Jahr 2 1/2 festangestellte Mitarbeiter tätig. Dazu kamen 1 Praktikant und 10 Mitarbeiter, die nur stundenweise beschäftigt waren, sogenannte Honorarkräfte. Von diesen wurden jetzt vier rausgeschmissen. Sie wurden rausgeschmissen,
- weil sie die Selbstverwaltungsversuche der Jugendlichen unterstützten;
- weil sie sich als "Berater" und nicht als "Aufpasser" anboten;
- weil sie auf die Interessen der Jugendlichen und Kinder mehr eingingen, als auf die Vorstellungen des Jugendamtes, das für die städtische Jugendpolitik verantwortlich ist.

(Dokumentation: C.Lenz, 68 Mannheim,Lange Rötterstr. 23)

Fall 2: Landesjugendring Bremen wehrt sich gegen Eingriffe des Senates

Am 18. Juni wurde der Vorstand des "Landesjugendring Bremen e.V." vom Senator für Soziales, Jugend und Sport aufgefordert, die bei ihm angestellten Bildungsreferenten "vorsorglich" zum 31.12.74 zu kündigen. Diese Maßnahme wurde folgendermaßen begründet: "Die Anstellung der Bildungsreferenten war eine Übergangslösung bis zum Inkrafttreten des neuen Jugendbildungsgesetzes am 1.1.75." (Bisher war die außerschulische Jugendarbeit durch ein Referentenprogramm vorläufig geregelt) Im Rahmen des neuen Gesetzes - so der Senator - sei z.Zt. "völlig offen, ob künftig noch der Landesjugendring ...Anstellungsträger für Bildungsreferenten sein wird". (Schreiben des Senators vom 18.6.74)

Der Vorstand des Landesjugendringes dagegen geht davon aus, daß er auch weiterhin Träger außerschulischer Jugendbildung sein wird, und die Arbeit der Bildungsreferenten im Sinne des neuen Gesetzes fortgesetzt werden könne. Er lehnte daher die sogenannte "vorläufige" Kündigung der Referenten, die ihm und der Verwaltung laut Senatsbegründung "Handlungsfreiheit...zur Lösung der anstehenden inhaltlichen und strukturellen Probleme" sichern sollte, mit dem begründeten Hinweis ab, daß die Kündigung de facto endgültig sei, da sie die Betroffenen zwinge, sich um neue Stellen zu bemühen.

In einem offenen Brief an seine Mitglieder sowie Parteien und Presse wies der LJR Bremen darauf hin, daß die Behandlung von Personalfragen in Form des behördlichen Kündigungsdekrets ohne vorherige Erörterung in den zuständigen Gremien, grundsätzlich im Widerspruch zu demokratischen Gepflogenheiten stehe und daß er darin "einen gravierenden Eingriff in die Autonomie freier Träger" sehe, der nur als "Einschränkung des politischen Handlungsspielraums der Jugendverbände und ihrer hauptberuflichen Mitarbeiter" bewertet werden könne.
Der Konflikt ist derzeit unentschieden.

(Landesjugendring Bremen, 28 Bremen, Kalkstr. 6)

Fall 3: Jugendamt Bremen entläßt Fortbildungsreferenten

"Nach sorgfältiger Prüfung teilen wir Ihnen mit, daß wir die Zusammenarbeit mit Ihnen und Ihrem Team in unseren Fortbildungsseminaren innerhalb der Abteilung Jugendförderung nicht fortsetzen können."

So beginnt ein vom 12.6.1974 datiertes Schreiben des Leiters des Jugendamtes der Stadt Bremen, Marschner. Empfänger sind Dr. Christian Marzahn, Hans Kamp und Christel Schütte, die seit einem Jahr ein Fortbildungsprogramm unter dem Thema: "Politische Bildung im Jugendfreizeitheim", im Auftrage des Bremer Jugendamtes mit Kollegen der Jugendfreizeiteinrichtungen durchführten.

Die Fortbildungsarbeit gliederte sich in drei Lehrgänge:
- im ersten ging es um die schichten- und klassenspezifische Arbeits- und Lebenssituation der Jugendfreizeitheimbesucher, um die Funktion, die die Freizeit zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse hat und die Frage, an wessen Interessen sich eine Freizeitarbeit orientieren muß, die sich dieser Funktion nicht unterwerfen will;
- im zweiten wurde über die institutionellen Gesetzmäßigkeiten und Widersprüche gearbeitet und Konsequenzen für die Durchsetzung von Arbeitsbedingungen im Interesse der Freizeitheimbesucher entwickelt;
- der dritte Lehrgang schließlich diente der Auswertung inzwischen begonnener Aktivitäten und der Ausarbeitung weiterer praktischer Ansätze eines Konzepts politisch verstandener Jugendfreizeitarbeit.

Eben an diesem Punkt hielt dies die Leitung des Jugendamtes Bremen für nicht mehr vertretbar, da *"der Inhalt und die Methoden Ihrer Arbeit* (die des Fortbildungsteams, d. Verf.) *zu einer zunehmend einseitigen politischen Ausrichtung eines Teils der Mitarbeiter und damit zu einer politischen Polarisierung innerhalb der Arbeit der Abteilung Jugendförderung geführt haben"*, wie der Jugendamtsleiter in bewußtem Brief formuliert.

War die Entwicklung der Fortbildungsveranstaltungen schon sehr bald mißtrauisch von der Bürokratie beäugt worden, sah man sich seitens des Jugendamtes in dem Moment zum Abbruch der Fortbildung veranlaßt, als sich herausstellte, daß die gemeinsame Arbeit über die objektiven Widersprüche und Konflikte im Bereich der Jugendfreizeit nicht im Theoretischen verblieb, wie man es aus sonstigen konformen Veranstaltungen her kennt, sondern praktische Konsequenzen hatte, nämlich den Versuch, die Arbeitssituation zu verändern.
Als sich die Kollegen der Fortbildungsreihe mit anderen von der Bürokratie disziplinierten Mitarbeitern einer Freizeiteinrichtung solidarisierten - obwohl Herr Marschner dies ausdrücklich verboten hatte - sah dieser keine "Möglichkeit einer Zusammenarbeit mehr."

In ihrem Antwortschreiben haben die drei Betroffenen des Teams die Vorwürfe zurückgewiesen und dargelegt, daß in dieser Fortbildungsveranstaltung gerade nicht manipuliert wurde:
"Abgesehen davon, daß hinter dieser Meinung (die Polarisierung sei das Ergebnis politischer Indoktrination, die Verf.) *die ebenso gängige, wie falsche Auffassung von der politischen Verführbarkeit vieler durch einige wenige zu stehen scheint - die wir nicht teilen, weil sie politische Unmündigkeit und Verführbarkeit der Menschen unterstellt, wo die Bedingungen angegeben werden müßten, die politisches Lernen ermöglichen oder verhindern - scheinen Sie unsere Fortbildungsarbeit doch erheblich zu überschätzen. Die wissenschaftliche und politische Diskussion um die Funktion und die Orientierung der Jugendarbeit hat ja nicht erst mit unseren Fortbildungsseminaren begonnen; sie ist selbst ein Produkt der objektiven Widersprüche und Konflikte, denen Jugendarbeit unter unseren gesellschaftlichen Bedingungen ausgesetzt ist."* (aus dem Antwortschreiben der Teammitglieder, vom 18.6.74).

Ob Herr Marschner diese Aussage begriffen hat, erscheint zweifelhaft. Unzweifelhaft hingegen ist, daß er sich gemäß seiner staatlichen Funktion verhält und erkannt hat, daß es ausschließlich mit Hilfe von Repression z.Zt. noch möglich ist, eine Infragestellung seiner Legitimation zu verhindern - und nicht nur seiner.

Die Teammitglieder planen die Herausgabe einer Dokumentation über die Fortbildungsarbeit.

Fall 4: Teilnehmer der Sozialistischen Aktion fristlos entlassen

---

Die Saat einiger Gruppierungen innerhalb der Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ) trägt ihre ersten Früchte. Ende Mai 1974 benutzte die AGJ die Vorbereitungen der Sozialistischen Aktion zum Jugendhilfetag als Vorwand, um den Jugendhilfetag 1974 abzusagen und einer inhaltlichen Auseinandersetzung auszuweichen (siehe "links" Nr. 52, 56, 57 und Info Sozialarbeit Nr. 6 und 7). In diffamierender Form - die Berufsverbote und politischen Disziplinierungen einkalkuliert - stellte sie in ihren Veröffentlichungen die Teilnehmer der Sozialistischen Aktion als "chaotische, intolerante, undemokratische und die freiheitlich-demokratische Grundordnung bekämpfende" Gruppe dar.

Die ersten Entlassungen ließen dann auch nicht lange auf sich warten: 2 Mitarbeitern der Victor-Gollancz-Stiftung (VGSt) in Frankfurt, einer bundeszentralen, vom BMFJG finanzierten Fortbildungsinstitution für Sozialarbeiter/Sozialpädagogen, wurde fristlos gekündigt.

Welche Duplizität der Ereignisse - am 29.5. stimmt der 1. Vors. dieser Stiftung, ohne vorherige Absprache mit der Mitgliederschaft und unter Ausschaltung der demokratischen Organe für die Absetzung des Jugendhilfetages;
- am 17.6. wird der Geschäftsführer der AGJ als Mitglied der VGSt kooptiert und sofort in den Vorstand gewählt,
und vier Wochen später erfolgt die Kündigung der beiden Kollegen H. Bott und H. Swoboda (beide hatten an dem Vorbereitungstreffen der Sozialistischen Aktion in Hamburg teilgenommen). Als Gründe für die Entlassung müssen "Unregelmäßigkeiten in der Arbeit" herhalten, durch die das Vertrauensverhältnis zwischen dem 1. Vors. und den beiden Mitarbeitern zerstört sei.

Die VGSt verfügte bisher - aufgrund ihrer "demokratischen Struktur" (?) und ihres an den Interessen der "Klienten" und der Sozialarbeiter/Sozialpädagogen orientierten Fortbildungsansatzes, bei Sozialarbeitern/Sozialpädagogen an der Basis über ein sehr großes Ansehen - Bundesjugendministerium, die Trägerverbände und Chefs in den Verwaltungen beobachteten die Fortbildungsinstitution und die Veröffentlichungen der verschiedenen Arbeitsgruppen zunehmend skeptischer; erst vor wenigen Monaten erhielt der konservative Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge die Zusage des BMFJG zur Durchführung eines Modellprojektes zur Fortbildung im Elementarbereich - die Vertreter der großen Verbände Caritas, Diakonisches Werk, Städtetag hatten sich gegen das vorhandene Konzept der VGSt durchgesetzt, ohne selbst ein inhaltliches Konzept entwickelt zu haben.

Die Kündigungen stellen daher nicht nur eine Disziplinierung von Teilnehmern der Sozialistischen Aktion dar, sondern leiten eine Einschränkung des fortschrittlichen Fortbildungskonzeptes, das sich durch seinen konsequenten Theorie-Praxis-Bezug auszeichnete, ein. Nicht ganz von der Hand zu weisen sind Vermutungen, wonach es einige Vertreter der Trägerverbände und auch das BMFJG gern sähen, wenn die VGSt als Fachabteilung in den Deutschen Verein eingegliedert werden würde. Noch ist es aber nicht soweit, und der Widerstand an der Sozialarbeiterbasis regt sich allenthalben.

Mitglieder der VGSt, ehemalige Lehrgangsteilnehmer, Pädagogen und Wissenschaftler, Sozialarbeiter/Sozialpädagogen protestierten bereits gegen diese Disziplinierung und fordern die sofortige Rücknahme der Kündigung.

Genossinnen, Genossen, Kolleginnen und Kollegen! H. Bott und H. Swoboda, die beide gegen diese Kündigung vor das Arbeitsgericht gehen, benötigen unsere Solidarität. Schreibt an den Vorstand und die Mitglieder der VGSt, 6000 Ffm., Wilhelm-Leuschner-Str. 25, und fordert ihn/sie auf, unverzüglich die fristlose Entlassung der beiden Kollegen zurückzunehmen und keine Abstriche des Fortbildungskonzeptes vorzunehmen. Durchschriften bitte an das Redaktions-Kollektiv Info Sozialarbeit im Sozialistischen Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591.

Fall 5: Bewohner von Obdachlosensiedlungen kämpfen für ihre Rechte

---

"UNS REICHTS! WIR WOLLEN MENSCHLICH WOHNEN!
WIE LANGE WERDEN WIR NOCH VERSCHAUCKELT? NUR WEIL WIR "ASOZIALE" SIND?"

So beginnt ein Flugblatt von Bewohnern Frankfurter Obdachlosensiedlungen,mit dem sie sich am 28.9.74 unterstützt von Sozialarbeitern und der Initiative Mieterbund-Unione Inquilini an die Öffentlichkeit und den Kommunalpolitischen Parteitag der Frankfurter SPD wandte.

Vor ca. 2 Jahren beschloß man im Magistrat in einem groß angelegten Sanierungsplan die Auflösung aller Obdachlosensiedlungen: Einweisungsstopp für Notunterkünfte, den derzeitigen Bewohnern sollte nach und nach normaler Wohnraum zur Verfügung gestellt werden (siehe Info Sozialarbeit Nr. 2)

Den Bewohnern der "Ahornstr.", die oft schon länger als 10 Jahre in "solchen Behausungen leben":
"- immer schief angeguckt zu werden,
- pro Person nur 9 qm Wohnraum,
- mit 6-7 Familien auf einem Flur,

- keine abgeschlossene Wohnung zu haben,
- miserable sanitäre Anlagen etc."

wurden für dieses Jahr neue Sozialwohnungen versprochen. Seit 7 Monaten hatten sie eine Zusage, gemeinsam haben sie sich auf den Umzug vorbereitet, neue Möbel angeschafft und auf die Zusage der Stadt vertraut.

Doch aufeinmal wollte man im Sozialdezernat und im Wohnungsamt davon nichts mehr wissen - "besonders Sozialdezernent Berg wollte nur 15 von 35 Familien einziehen lassen, der Rest sollte vertröstet bzw. auf Altbau- und Dachwohnungen irgendwo verteilt in der Stadt abgespeist werden.

Berg hatte aber seine Rechnung ohne die Bewohner gemacht, sie verstanden,für ihre Rechte zu kämpfen, sie zogen zum kommunalpolitischen Parteitag, machten ihre Rechnung auf und forderten die Einhaltung der Versprechungen.
Durch die gemeinsamen Diskussionen und Vorbereitungen auf den Umzug hatten sie erfahren, daß sie nur gemeinsam etwas erreichen konnten, sie wollten nicht isoliert voneinander wohnen, sie wollten, daß ihre Kinder in den gewohnten Kindergarten und die Schule gehen konnten und auch ihren Arbeitsplatz in der Nähe nicht aufgeben:
"DAS ALLES LASSEN WIR UNS NICHT NEHMEN! WIR WOLLEN IN DIE AUSGESUCHTEN UND BEREITS ZUGESICHERTEN SOZIALWOHNUNGEN EINZIEHEN, WIE ES DAS RECHT JEDER "NORMALEN" FAMILIE IST!"

Den Sozialdemokraten blieb nichts anderes übrig - denn wer läßt sich vor den Landtagswahlen schon nachweisen, daß Versprechen nicht eingehalten werden - diese Forderungen anzuerkennen und ihren Sozialdezernenten zurückzupfeifen.
Der gemeinsame Kampf der Bewohner hatte Erfolg - ein Grund für sie zu feiern.

(Dokumentation Fritz Reidenbach ., 6 Ffm., Sigmund-Freud-Str. 103)

JUGENDCLUB SUCHT MITARBEITER

Wer hat Lust innerhalb der Initiativgruppe Eulenkopf mit den Jugendlichen einer Randsiedlung zu arbeiten?
Es sind auch Stellen frei für Jahrespraktikanten.

<u>Anfragen und Bewerbungen an:</u>
Christine Tute, 63 Giessen,Hardtallee 29

JUGENDHILFE IN DÄNEMARK

Eine Dokumentation (1oo S.) über eine Studienfahrt von Heimerziehern,FHS-Studenten und Dozenten.
Berichtet wird über Jugendhilfeeinrichtungen(insbes.Heimerziehung), Alternativmodelle und die Vor- und Nachbereitung der Studienfahrt.

Zu beziehen gegen Voreinsendung von DM 3,-- + Porto(ab 1o Hefte 2o% Rabatt) bei: Marie-Luise Buchzcik, 6 Frankfurt 1,Zeißelstr. 8
PSCHA Frankfurt Nr. 18 19 83 - 6o2

Fall 6: Jugendhaus in Frankfurt-Bockenheim besetzt
Polizei inszeniert Straßenschlacht

Seit 1 1/2 Jahren kämpfen die Jugendlichen der "Jugendhausinitiative Bockenheim"für ein Jugendhaus. In den vergangenen Jahren wurde ihnen ein Haus nach dem anderen zugemacht: das Nachbarschaftsheim brannte 1972 ab und wurde bis heute nicht wieder aufgebaut, die Räume des Jugendclubs v. Jugendsozialwerk und der Markus-Gemeinde wurden 1973 aufgekündigt.

Die Jugendlichen aus den geschlossenen Jugendclubs haben sich daraufhin zu einer Jugendhaus-Intiative zusammengeschlossen: "Wir wollen nicht nur in der Freizeit, sondern auch in Elternhaus, Betrieb und Schule unsere Rechte durchsetzen, denn wir wollen nicht in Ohnmacht und Abhängigkeit aufwachsen, sondern lernen, selbst zu bestimmen, was wir wollen und machen. Dazu brauchen wir ein Jugendhaus, das von uns selbst gestaltet und verwaltet wird - ein selbstverwaltetes Jugendzentrum!"

Die Jugendlichen haben Briefe an das Jugendamt geschrieben und 20 geeignete, leerstehende Häuser vorgeschlagen, sie haben durch eine Reihe verschiedener Aktivitäten weitere Jugendliche angesprochen und mit den Initiativen aus anderen Stadtteilen zusammengearbeitet, da sie bald merkten, daß sie von der Stadt (Jugendamt) gegeneinander ausgespielt wurden.
Vom Jugendamt wurden sie immer wieder vertröstet und mit der Bemerkung abgespeist, es sei kein Geld für das Jugendhaus in Bockenheim vorhanden. Die Jugendlichen ließen aber nicht locker und am 5.7.74 wurde ein seit 2 Jahren leerstehendes Haus (ehemalige Sozialstation in der Varrentrapstr. bei einer öffentlichen Begehung mit der Sachgebietsleiterin Abt. "Jugendpflege" und einem Vertreter des Schulamtes (das Haus untersteht dem Schulamt) als für geeignet befunden. Wer nun gehofft hatte, die Jugendlichen würden bald das Haus erhalten, sah sich getäuscht - Jugendamt und Schulamt schoben sich gegenseitig die Verantwortung zu und praktizierten Hinhaltetaktik.

Verschaukeln wollten sich die Jugendlichen aber nicht lassen: nach einem Fest am 18.10. in der Sozialstation Bockenheim, zogen über 200 Jugendliche zu dem leerstehenden Haus und besetzten die sich im tadellosen Zustand befindende Sozialstation.
Gegen 23 Uhr - (die Verhandlungen zwischen den Jugendlichen und dem zuständigen Jugendamtsleiter Faller - "so könnt ihr es doch nicht machen" - dauerten nicht lange) rückte die Polizei mit einer Hundertschaft und zwei Wasserwerfern an, sperrte die Straße und räumte nach und nach das besetzte Haus. Ca. 150 Jugendliche wurden brutal im Polizeigriff in U-Haft abgeführt.

Mittlerweile hatten sich auf der Hamburger Allee eine Menschenmenge angesammelt - Jugendliche, Studenten und Anwohner diskutierten diese Räumung, empörten sich über die Vorgehensweise der Polizei, insbes. als bekannt wurde, daß das Jugendhaus in den nächsten Tagen übergeben werden sollte und schon 80 000 DM im Etat eingeplant sind.

Aber Diskussion und Empörung sind der Polizei schon zuviel, ohne Vorwarnung fing die Polizei an, Straßen und Bürgersteige mit ihren Wasserwerfern zu säubern. "Dann gabs Wasser, Tränengas, Steine, Wasser, Tränengas, Steine. Die Bullen kamen nicht auf die Straße raus, wir hielten die Kreuzung besetzt und immer wenn sie sich vorwagten, wurden sie dick mit Steinen eingedeckt. Nach einer Stunde hin und her wurde es uns zu bunt, daß die Wasserwerfer uns daran hinderten, in die Straße vorzudringen. Wir schoben einen am Straßenrand stehenden Bauwagen über die Kreuzung in die Straße rein auf die Wasserwerfer zu. Dies wurde mit Tränengaskerzen beantwortet, die einem ganz schön zum Heulen brachten und oben auf dem Haus stand ein Genosse und schwenkte eine rote Fahne. Die Tränengaswerfer fuhren vor und versuchten, den Bauwagen von der Kreuzung zu schieben, der fiel aber um und wurde von dem tonnenschweren Fahrzeug teilweise zerquetscht und oben auf dem Dach stand ein Genosse.....
Die Bullen gingen dazu über, kleine Greiftrupps aus Zivilen zu bilden, das war für uns das Zeichen zum Rückzug."

(aus dem Flugblatt der Jugendhaus-Initiative/Informations-Dienst v. 20.10.74)

LESERBRIEF/REDAKTIONSMITTEILUNG

In den vergangenen Wochen und Monaten bekamen wir sehr viele Zuschriften, in denen wir um Auskunft nach Anti-Psychiatrie-Gruppen, Wohngemeinschaften etc. in der BRD und dem Ausland gefragt wurden. Eine Genossin, die damals dringend Kontakte zu solchen Gruppen gesucht hatte, hat uns nun in einem sehr langen und ausführlichen Brief über ihre Kontaktaufnahme zu Gruppen in England berichtet. Die wichtigsten Teile dieses Briefes drucken wir hier ab. Weiterhin möchten wir eine Liste ähnlicher Gruppen und Beratungsstellen in der BRD zusammenstellen. Wir bitten daher alle Gruppen, Kontakt- und Beratungsstellen, die sich mit diesen Fragen beschäftigen und auseinandersetzen, uns kurz ihre Anschrift, Konzeption und Arbeitsweise mitzuteilen. Eine zusammengestellte Liste würde dann im Info Sozialarbeit und Info Gesundheitswesen erscheinen können bzw. auf Anfrage Betroffenen mitgeteilt werden.

"Ich war nun für 2 Wochen in London und hatte auch das Glück, die richtigen Leute zu treffen. Erstmal schreibe ich Euch die Adressen auf:

1. "COPE" heißt die Gruppe, die sich selbst so definiert:
"We are a group of people who see the need in our present fucked-up society for a new, different, alternative, noncapitaliste approach to peoples' freakauts, bad nerves, madness label it as you will."
("Wir sind eine Gruppe von Leuten, die die Notwendigkeit sieht, in unserer heutigen abgefuckten Gesellschaft auf eine neue, alternative, nichtkapitalistische Weise an das Ausgeflipptsein, die schlechten Nerven, die Verrücktheit, nennt es wie Ihr wollt, der Leute heranzugehen.")

Sie sind eine ganz junge Gruppe, die erst grad jetzt die erste Wohngemeinschaft anlaufen ließen, wo "Patienten" aufgenommen werden können. Sie haben aber schon seit längerer Zeit ein Zimmer eingerichtet, wo fast rund um die Uhr einer sitzt, wo man hingehen kann oder anrufen, wenn man glaubt, es geht nicht mehr weiter.

Über "COPE" kann man alle Bücher über Anti-Psychiatrie und alternative Psychologie, die noch nicht ins Deutsche übersetzt sind, billig beziehen. Buchlisten kann man anfordern.

Die Adresse ihres Büros:
COPE, 15 Acklam Road, London W 10 - tel.: 2778786

2. MPU - Mental Patients Union - arbeitet stärker im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit gegen die Zustände in den Psychiatrischen Krankenhäusern (PK) und organisiert sowas wie Betriebszellen in den PK's, um die Interessen der "Patienten" dort besser vertreten zu können. Sie scheinen radikaler zu sein als alle anderen Gruppen und lehnen zum großen Teil alle Therapien ab.
Die Adresse:
MPU 37 Mayola Road, Clapton, London, E 5 - tel.: 9865251

3. Anti-Psychiatrie-Gemeinschaften, die die ganze Sache in London anfingen, wo auch R.D. Laing noch dabei ist:

- Philadelphia Association
  74 a Portland Road, London W 11 - tel.: 2890215
  Sie haben 4 Wohngemeinschaften im Moment, von denen nichts weiter zu sagen ist, als das jede sich ihre eigenen Regeln gibt. Die Psychiater und Sozialarbeiter, die in dieser Organisation sind, wohnen nicht mit in diesen Gemeinschaften. Sie haben nur beratende Funktion. Es ist noch zu sagen, daß sie ihre Wartelisten haben, d.h. wenn die Frage ganz dringend auftaucht, entweder Anstalt oder "Philadelphia-Gemeinschaft", sehen die Chancen sehr mies aus.
- Arbours Association
  55 Dartmouth Park Rd., London NW 5 - tel.: 2670304
  Eine Organisation, die vor allem ein Kurz-Zeit-Krisenzentrum unterhält, wo Leute also für ein paar Wochen Zuflucht nehmen können, damit sie nicht in eine Anstalt müssen.
  Sie verlangen aber pro Tag ziemlich viel Geld von den Patienten, was sehr beschissen ist.
- PNP (People not Psychiatry)
  18 Russel Garden Mews, London W 14
  Eine Organisation, die über ganz England ein Telefonnetz hat, dieses veröffentlicht, so daß man in vielen Städten Englands Leute anrufen kann, über die man dann Kontakte finden kann.
  In London haben sie Therapiegruppen, die auf der der Gestalttherapie von F. Perls aufbauen (und meiner Meinung nach sehr gut sind). Soviel ich jetzt, 3 Monate nach meiner Englandfahrt, gehört habe, gibt's PNP nicht mehr, zumindest laufen in London die Therapiegruppen von Ihnen nicht mehr. Warum und wieso sie kaputt gegangen sind, trotz der guten Therapie, die sie gemacht haben,und inwieweit das mit ihrem fehlenden politischen Anspruch zusammenhing, kann ich Euch vielleicht ein anderesmal mitteilen. (aus einem folgenden Brief)

4. Was ich Euch vor allem irgendwie mitteilen wollte ist, wie gut dort in London all diese Alternativen Gruppen zusammenarbeiten und sich gegenseitig tolerieren: Da gibt's eine Organisation - CLAP. Die geben einmal im Monat ein Blatt heraus, wo alle neuen und alten Gruppen und Organisationen, die irgendwelche Alternative-Arbeit leisten, aufgeführt sind und was sie machen und vorhaben (von Frauengruppen, Maoisten bis zu den Landkommunen, die biologisch-dynamisches Zeug anbauen usw.)
Jede Gruppe gibt einen bestimmten Betrag ihres Geldes an CLAP, das es dann wieder verteilt, so daß die erst neu entstandenen Gruppen, die noch von nirgendwo Geld bekommen, auch Geld bekommen, um sich weiterentwickeln zu können. Eine Sache also, die das Sozialistische Büro für Deutschland irgendwann einmal übernehmen müßte, könnte, sollte, was meint ihr?

Alle Informationen über Kontaktadressen zu sozialistischen und sonstigen spontanen Alternativ-Gruppen und Organisationen sind über den BIT-Information 146 Great Western Rd. London W 11 zu erfahren. Alle Infos über alternative Arbeit im Bereich des Gesundheitswesens und speziell der Psychiatrie eher über "COPE".

Tschüss, macht's weiter gut. Gabi W."

2.Arbeitsseminar "Sozialarbeit im Knast" Februar 1975

Das 1. Arbeitsseminar 1975 soll sich mit dem Thema "Sozialarbeit im Knast" beschäftigen. Ein vorläufiges Strukturierungspapier für das Arbeitsseminar und den Info Sozialarbeit Nr.9 kann allen Interessierten zugesandt werden.
Wir fordern alle Gruppen und Einzelne, die in diesem Bereich arbeiten und an einer Mitarbeit interessiert sind, auf, uns Berichte,Fragestellungen,Materialien,Hinweise etc. zu-zuschicken.
Die Koordination für dieses Arbeitsseminar hat eine Göttinger Gruppe übernommen.Kontaktadresse: Dörthe Uhlendorf,34Göttingen,Ruhstrathöhe7

3.Jugendpolitisches Forum 6. - 8.12.1975 in Frankfurt

Die in der Initiative Jugendpolitisches Forum zusammenarbeitenden Gruppen - Bund Demokratischer Jugend/BDP-Deutsche Jungdemokraten-Naturfreundejugend Hessen-Sozialistische Aktion - haben die Vorbereitungen aufgenommen.

Anmeldung und weitere Informationen über: Initiative Jugendpolitisches Forum-Koordinationsbüro-, 6 Frankfurt 9o, Hamburger Allee 49 IV

Das Sozialistische Büro unterstützt diese Initiative und gibt ein "links"-Extrablatt zum Jugendpolitischen Forum heraus.
Das Extrablatt kann gegen Vorauszahlung(in Briefmarken) sofort bezogen werden.

INFORMATIONSDIENST DES SLB (Sozialistischer Lehrerbund)

Sozialistische Lehrer arbeiten heute vereinzelt, in kleinen oder größeren Orten, an Grund-, Haupt-, Real- und Berufsschulen, an Gymnasien und Gesamtschulen ohne ausreichenden Kontakt zueinander. Sie werden oft konfrontiert mit Problemen und Konflikten, mit denen andere Gruppen schon ihre Erfahrungen gesammelt haben. Der SLB-Info soll der Information und Kooperation zwischen sozialistischen Lehrern und deren Organisierung dienen.

Folgende Info-Ausgaben sind zur Zeit noch erhältlich:
Ausgabe 12 (Doppelnummer): In dieser Ausgabe sind die wichtigsten Beiträge aus den davor erschienenen Infos zusammengestellt.
Ausgabe 13: Schwerpunktthema "Grundschule"
Ausgabe 14: Schwerpunktthema "Gesamtschule"
Ausgabe 15 (Doppelnummer): Schwerpunktthema "Berufsschule"
Ausgabe 16 (Doppelnummer): Schwerpunktthema "Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft"
Ausgabe 17: Schwerpunktthema "Hauptschule"
Ausgabe 18: Zur neuen Funktion des Info - Thesen zur Situation und Aufgabe von sozialistischen Lehrern - Materialien zur GEW-Arbeit.

Einfachnummer DM 3.--, Doppelnummer DM 5.--
Jahresabo DM 1o.-- + DM 2.8o Porto
Auch Probehefte können nur gegen Bezahlung abgegeben werden.
Bezug: Verlag 2ooo GmbH, 6o5 Offenbach 4, Postfach 591

NEUER INFO IM SOZIALISTISCHEN BÜRO INFORMATIONSDIENST GESUNDHEITSWESEN, Heft 1

Im März 1974 hat sich ein Arbeitsfeld Gesundheitswesen im Sozialistischen Büro konstituiert. Die erste Ausgabe eines neuen Info Gesundheitswesen dient einer (gewiss noch unvollständigen) Bestandsaufnahme der bisherigen theoretischen und praktischen Aktivitäten des Arbeitsfeldes. Der Info bringt: Arbeitsberichte von Uni-Gruppen aus Marburg, Frankfurt, Münster und Mainz; einen Praxisbericht aus München der "Sozialmediziner Hasenbergl" (Stadtteilarbeit); einen Beitrag eines Berliner Genossen zur Strategie im Gesundheitswesen; Einschätzungen und Konsequenzen aus der ÖTV-Tarifrunde im Gesundheitswesen in Westberlin; Briefe und Kurzberichte aus Erlangen, Essen, Würzburg, Papenburg und München; Aufruf zur Bildung einer Projektgruppe Arbeitsmedizin.

In späteren Ausgaben des Info sollen Ansätze politischer Praxis in der stationären Versorgung (Probleme am Arbeitsplatz Krankenhaus, Tendenzen und Alternativen der stationären Versorgung) sowie Ansätze einer Stadtteilarbeit in der ambulanten Versorgung behandelt werden.

Verlag 2ooo GmbH, 6o5 Offenbach 4, Postfach 591 (Preis DM 3.--)

1.) Achtung Berufsverbote
Wer möchte an der Neufassung der Berufsverbotsbroschüre des Sozialistischen Lehrerbundes mitarbeiten?

In der Reihe Roter Pauker wurde als Heft 3 Anfang 1973 die Broschüre "Disziplinierung von Lehrern" erstellt.
Seitdem haben Berufsverbote (Nichteinstellungen, Einstellungsverzögerungen und Entlassungen) - nicht nur von Lehrern - gewaltig zugenommen: Waren es vorher noch einzelne 'Fälle', so wird in den letzten zwei Jahren die Berufsverbotspraxis gezielter betrieben.
Zur Unterstützung des Kampfes gegen die Berufsverbote halten wir eine Neubearbeitung der Berufsverbotsbroschüre für notwendig, Material dazu wird bereits gesammelt.
Wer zu dieser Broschüre mit Dokumentationen, Zeitungsausschnitten u.ä. beitragen möchte, schicke diese Papiere bitte an den SLB im Sozialistischen Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591. Einzelgenossen oder Gruppen, die sich mit dieser Sache bereits beschäftigen und interessiert sind, an einer Neufassung der Berufsverbotsbroschüre mitzuarbeiten, wenden sich bitte ebenfalls an den SLB.

2.) Wohngemeinschaften. Treff v. 28.2. - 8.3.1975

Die Katholische Hochschul-Gemeinde Würzburg organisiert ein Wohngemeinschaftstreffen vom 28.2. - 8.3.1975 auf der Burg Rothenfeld bei Marktheidenfeld für Mitglieder von Wohngemeinschaften in der BRD und Westberlin. Ein vorläufiges Programm sieht vor: Gespräche in Gruppen, Referate und Diskussionen über "Das Leben in der Wohngemeinschaft" - "Die gesellschaftliche Bedeutung von Wohngemeinschaften" - "Entwicklung von Kooperationsformen".
Genaue Auskunft und Anmeldung: Elmar Senghaas c/o KHG, 87 Würzburg, Hofstallstr. 4

3.) Jugendarbeitslosigkeit

Wie im gesamten Bundesgebiet ist auch in Köln die Arbeitslosigkeit gestiegen. Sie hat sich gegenüber dem Vorjahr nahezu verdoppelt: von 2 295 Arbeitslosen im Juli 1973 auf 5 579 im Juli 1974. Dabei sind vor allem die Baubranche, Angelernte und Jugendliche betroffen. Von den rund 11 000 Schulabgängern dieses Jahres blieben rund 700 ohne Arbeitsplatz oder Ausbildungsvertrag (trotz gegenteiliger Behauptungen Kölner Rathausparteien) 3 500 wurden in Lehrstellen vermittelt, der Rest besucht weiterführende Schulen.
Kummer macht dem Arbeitsamt vor allem, daß die Jugendlichen trotz

Arbeitslosigkeit und "Not" gar keine Lust haben, zu arbeiten oder irgendeinen Job anzunehmen.
Der Leiter des Kölner Arbeitsamtes, Feller, klagte, den betroffenen Jugendlichen mangele es nicht so an der Fähigkeit, sondern vor allem am Willen, zu arbeiten. Regional gesehen, ist NRW das Bundesland mit der höchsten Arbeitslosenrate. In Teilen des Ruhrgebietes liegt die Rate bereits über der der Rezession von 1966/67 (Gelsenkirchen über 5 %).

(aus Kölsche Klüngel, Sept. '74)

4.) Wirtschaftskrise - Ansteigen der Sozialhilfeempfänger - Zu wenig Beamte für zu viele Sozialhilfeempfänger -

"Die Zahl der Sozialhilfeempfänger vergrößert sich in Frankfurt jedes Jahr um weitere zehn Prozent. 1963 waren es noch etwa 3500 Frankfurter, die in Sozialstationen für ihre Beihilfen anstanden - heute sind es, wie man im Sozialamt ausgerechnet hat, um die 7000.
Der Wirtschaftslage, den ständig steigenden Lebenshaltungskosten und Mieten wird in der Sozialverwaltung die Schuld an der wachsenden Not gegeben.

Die Not in der Sozialstation Obermain, zum Beispiel: Hier warten manchmal sechzig, manchmal achtzig Leute im Gang vor der Tür für "Wirtschaftliche Sozialhilfe". Sie warten drei Stunden und länger in diesem Gang ohne Fenster und Lüftung - Schwangere sind darunter, Frauen mit Kindern, Gebrechliche, Trinker, psychisch Kranke.
Manchem Sozialhilfeempfänger wird inzwischen sein Geld zwar überwiesen, aber bei allen gehe das nicht, weil bei einigen die Gefahr bestehe, daß sie das Geld nicht für ihren Lebensunterhalt benutzen. Diese Leute müssen manchmal viermal im Monat anstehen. In der Sozialstation Obermain fehlen gegenwärtig bei 11 Stellen drei Mitarbeiter in der "Wirtschaftlichen Sozialhilfe" - 13 Stellen wären nötig."

(aus Frankfurter Rundschau)

5.) Und noch ein Verband

Ein Verband Sozialarbeiter/Sozialpädagogen im Beamtenbund wurde in Stuttgart gegründet. Sein nächstes Ziel: Eingangsstufe 10 für alle FHS-Absolventen und Alt-Absolventen; Außendienstzulage.

6.) Bundesjugendministerium reagiert auf Kritik am Jugendhilferecht

Nach Beratungen im Bundeskabinett wurde das Jugendhilfegesetz von der Tagesordnung dieser Legislaturperiode abgesetzt.
Der Referentenentwurf soll noch einmal gründlich(?) überarbeitet werden und dann der Ministerpräsidentenkonferenz vorgelegt werden,weil große finanzielle Belastungen auf Länder und Kommunen zukommen.
Ob allerdings das Sprichwort 'Was lange währt, währt gut' hier zutrifft, muß allen Ernstes bezweifelt werden.

MATERIALIEN

1.) Nachrichtendienst der Gefangenenräte - Berichte und Briefe aus in- und ausländischen Gefängnissen. Nr. 3 und 4 Gefangenenrat, 6 Frankfurt, Glauburgstr. 75 a
2.) Informationsdienst der AG Knast "Thema Strafvollzug" an der FHS Darmstadt berichtet über den Strafvollzug in der BRD, über Isolationsfolter und bringt aktuelle Nachrichten. Der Info erscheint unregelmäßig und wird kostenlos verteilt. AG Knast c/o AStA der FHS, 61 Darmstadt, Schöfferstr. 3
3.) JUGENDHILFE (insbes. Heimerziehung) - Eine Dokumentation über die Studienfahrt von 15 Heimerziehern und 5 Studenten nach Dänemark im Herbst 1973.
Berichtet wird über die Eindrücke aus mehr als 10 Schul-, Kinder-, Jugend-und heiltherapeutischen Heimen, über neue Modelle öffentlicher Erziehung, sowie über Vor- und Nachbereitung der Studienfahrt.
Die Broschüre (100 S.) ist gegen Vorauszahlung von DM 3.-- + Porto (ab 10 Hefte 20 % Rabatt) zu beziehen über:
Marie-Luise Buchzcik, 6 Frankfurt 1, Zeißelstr. 8
PSCHA Ffm. Nr. 18 19 83 - 602
4.) Fachliche Informationen zur Jugendförderung Nr. 7/74 enthält Zahlen und Fakten zur Beruflichen Bildung, einen Aufsatz "Zur Bildungssituation der Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag" - Ergebnisse einer Studie des BBF Berlin, Nachrichten etc.
Kostenlos zu erhalten: Arbeiterwohlfahrt Bundesverband 53 Bonn, Ollenhauerstr. 3
5.) Kölner Info Linker Leute "Kölsche Klüngel" enthält: Widerstand ist/war möglich: Chile 1973/Ehrenfeld 1943, Zum Thema Knast, Die wirklichen Spaltungen in der Roten Hilfe, Sozialistisches Büro Köln, Nachrichten etc.
Den Klüngel gibt's im ABo DM 10.- und erscheint monatlich
Kölsche Klüngel, 5 Köln 1, Luxemburgerstr. 55
6.) Politische Arbeit als Berufsschullehrer - Seminarpapiere aus einem Arbeitsseminar der AG Berufsschule im Lehrerzentrum Aachen. Die Protokolle (ca. 25 Seiten) sowie regelmäßige Informationen aus dem Lehrerzentrum sind gegen Voreinsendung von DM 1.- zu erhalten: Lehrerzentrum Aachen, 51 Aachen, Mauerstr. 92
7.) Berichte aus der Zeltlagerarbeit der Falken in ARBEITERJUGEND Nr. 8-9/74 SJD Die Falken, 53 Bonn, Kaiserstr. 71
8.) Stadtteilzeitung PERLACH AKTUELL Nr. 6 und 7 u.a. "Sozialzentrum-Konfliktzentrum"/"Schulmisere in Neuperlach" gegen Voreinsendung von je DM -.50 + Porto zu erhalten bei:
Klaus Bürner, 8 Mü 83, Karl-Marx-Ring 51
9.) Neben dem Referentenentwurf zum neuen Jugendhilferecht hat der Bund Deutscher Pfadfinder auch den sehr umfangreichen Text der Begründung zum JHR (ca. 250 Seiten) nachgedruckt.

Zu erhalten gegen Voreinsendung von DM 6.- + Porto beim BDP, 6 Frankfurt, Hamburger Allee 49

10.) Neue Filme im Zentral Film Verleih Hamburg
- 'Allein machen sie Dich ein' Ein Film des Georg v. Rauch-Haus-Kollektivs Westberlin, 16 mm, 72 min.
- 'Die Fabrik ist da, wo die Arbeiter sind' Dokument der Bedingungen und Ausdrucksformen des Kampfes der Lip-Arbeiter. Besonders deutlich wird dabei die Bedeutung der Frauen im selbstorganisierten Kampf, 16 mm, 50 min.
- 'Pack an' - Eltern, Kinder und Studenten kämpfen im Bremerhavener Obdachlosengebiet Grünhöfe um den Erhalt einer Kinderschule. Sie lernen, gemeinsam gegen die Interessen von Kirche und Behörden vorzugehen. 16 mm, 28 min.
- 'Sexualität und K(l)assenkampf' - Lehrlinge und Schüler diskutieren über die Erfahrung, daß ihre Bedürfnisse unterdrückt werden und wie man sich dagegen wehren könnte. 16 mm, 30 min.
Die Filme werden verliehen von:
Zentral Film Verleih, 2 Hamburg 36, Karl Muck Platz 9, Tel.345544

11.) RESO - INFO Nr. 4:
Berichte aus den Regionalgruppen, Entwurf eines Konzeptes für das neue Jugendwohnzentrum der AW, Würzburg, Bericht SSK etc.
Herausgeber: AG SPAK - Bundesgeschäftsstelle - 8 München 80, Elsässerstr. 9

12.) Dokumentation "Ausbeutung im Knast"
Strafgefangene der JVA Kaisheim beschreiben die Produktionsverhältnisse im Knast und untersuchen die ökonomische und politische Funktion des Knastes. Am Ende des Berichtes wird versucht, eine politische Perspektive der Knastarbeit und -kritik zu entwickeln.
Die Dokumentation ist erhältlich bei Vorauszahlung von DM 2.50 + Porto: Peter Schult, 8 München 90, Gemmersheimerstr.26

13.) Informationsdienst Berliner Undogmatischer Gruppen
Der Info erscheint wöchentlich - in den letzten Heften Nr. 23 - 26 wird sehr viel über die Situation im Knast berichtet.
Preis -.50 DM. Info-BUG 1 Berlin 21, Stephanstr. 60

14.) Jahrbuch der Arbeiterwohlfahrt
Es enthält Berichte und Hinweise u.a. - Das Institut für Sozialarbeit/Sozialpädagogik - Kinderspielplätze - Theorie und Praxis außerschulischer Jugendbildung - Übersicht über Zeitschriften zu Fragen sozialer Arbeit-.
Zu beziehen über: AWO Bundesverband e.V.,53 Bonn,Ollenhauerstr.3

15.) Einführung in Theorie und Praxis der Sozialarbeit
von Karam Khella , erschienen im Theorie und Praxis-Verlag
2 Hamburg 76, Hofweg 59/66

16.) Sondernummer 1 der Jugendzeitschrift "Fragezeichen" bringt:
Kinderarbeit in Jugendlagern(Erfahrungsberichte),Spontaneität u. Frustration, Auseinandersetzung um die Politik der SDAJ.
Bezug gegen DM2,-- in Briefmarken:Schriftversand Peter Moch, 3 Hannover, Kurz Kampstr. 12c

17.) Lohnrunde und Krise
Vierseitiges Extrablatt der Express-Redaktion und Plakat-Gruppe; Gegen Voreinsendung von DM 2,-- für 2o Stück: Verlag 2ooo GmbH, 6o5 Offenbach 4, Postfach 591

KLEINANZEIGEN

Student der Sozialpädagogik sucht Materialien und Erfahrungsberichte aus der Praxis mit Hauptschülern (Bildungsarbeit und Schulsozialarbeit)
Elsbeth Gummy, 61 Darmstadt, Schleiermacherstr. 12

FHS-Student sucht für Examensarbeit Kontakte, Material, Literaturhinweise zum Themenbereich Abenteuerspielplätze-Sozialarbeit
Martin Huesmann, 44 Münster, Kettelerstr. 29

Sozialpädagoge im Anerkennungsjahr sucht interessante Tätigkeit in der Jugendarbeit insbes. Jugendwohnkollektive
Christian Andohr, 43 Essen-Frintrop, Oberhauser Str. 93

FHS-Studentin sucht für Examensarbeit Kontakte, Material zum Themenbereich: Evangelische Jugendarbeit in der BRD seit 1949, insbes. Krit. Auseinandersetzungen mit der kirchl. Jugendarbeit, Ideologie und Selbstverständnis, Konzepte f.d. HOT-Arbeit etc.
Gabriele Hartl, 61 Darmstadt, Jahnstr. 4

Im Marburger Jugendamt ist die Stelle eines Sozialarbeiters frei, die nicht ausgeschrieben ist, aber bei Bewerbung besetzt werden soll.
Informationen H. Wolff, 355 Marburg, Haspelstr. 4

Wir - 3 Sozialarbeiter/innen - möchten in 2-3 Jahren eine fortschrittliche Heimerziehung aufbauen, und zwar als Team ein Heim (Pflegenest o.ä.) bauen oder mieten für Kinder zwischen 6 - 14/16 Jahren. Wer möchte mitarbeiten? Wer hat Informationen über Organisation, Finanzierung und Erfahrung aus ähnlichen Projekten?
Kontaktadresse: Waltraud Mantej, 463 Bochum, Hofsteder Str. 75

Sozialarbeiterin, z.Zt. Studium der Soz.Pädagogik sucht Kontakt zu Basisgruppen im Raum Münster/Krefeld/Wesel/Kleve, die am Sozialistischen Büro sich orientieren.
Zuschriften an Redaktion Info Sozialarbeit im Sozialistischen Büro.

Diplom-Sozialpädagogin (24 J.) sucht ab 1.12.74 oder später interessante Tätigkeit im Großraum Frankfurt.
Marie-Luise Buchczik, 6 Ffm., Zeisselstr. 8

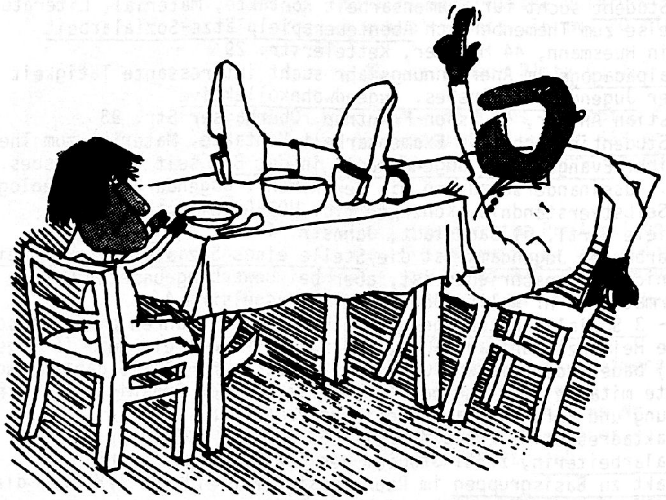
Sozialarbeiter(in) mit Anerkennungsjahr oder Erzieher(in) für ABENTEUERSPIELPLATZ gesucht. Anstellung zum 1.10. oder später. BAT Va/IVb; Zuschriften an Elterninitiative Heerstr. Nord e.V. c/o Manfred Krüger, Berlin 20, Pillnitzer Weg 22

Wir suchen für unsere kollektive Arbeit über Motivation, Intension und Realität von Wohngemeinschaften geeignetes Material. Wer über Seminarpapiere, Zeitschriften, Protokolle etc. zum theoretischen oder empirischen Problemfeld des Themas verfügt, wende sich bitte an Bernhard Schäfer, 355 Marburg, Steinweg 35

Ich bin 32, seit 1969 im Knast, und suche Kontakt nach draußen. Ich habe in der Knast-Zeit Hauptschulabschluß, Abitur und Funkkolleg "Pädagogische Psychologie" sowie zwei Semester in Heimarbeit abgeschlossen. Es reicht aber nicht, sich selbst politisch zu erziehen. Wer schreibt mir? Werner Plamann, 28 Bremen, Sonnemannstr. 2

INFORMATIONSDIENST ARBEITERBILDUNG

Schwerpunktthema:
BILDUNGSARBEIT MIT LEHRLINGEN IN EINEM PARTNERSCHAFTSBETRIEB



"Immer mit der Ruhe, junger Mann! Wir sind zwar ein Partnerschaftsbetrieb, aber solange Du Deine Beine unter meinem Tisch hast, hältst Du Dich mal brav zurück!"

Dieser Info Arbeiterbildung Nr.8 (96 S. DM 5,--) dokumentiert den Bericht über einen "Betriebsunterricht" mit etwa 3o Lehrlingen in der Firma Joh.Friedrich Behrens, Ahrensburg und vermittelt somit Materialien zur Bildungsarbeit in Partnerschaftsbetrieben.

Im Rahmen dieses "Betriebsunterrichts" wurde ein Film gedreht:
HIER MÜSSEN DIE LEHRLINGE SELBST AKTIV WERDEN
(Lohnverhandlungen 73/74 in einem Partnerschaftsunternehmen)

Anfragen bezüglich des Films an das Redaktionskollektiv des Info Arbeiterbildung, c/o Sozialistisches Büro, 6o5 Offenbach 4, Postfach 591 (bitte nur schriftlich); die Anfragen werden an das Produzenten-Kollektiv weitergeleitet, das euch benachrichtigt.

Für unsere Projektarbeit (GWA) in einer Frankfurter Obdachlosensiedlung suchen wir Sozialarbeiter(in) mit dem besonderen Aufgabengebiet Familienberatung. Außerdem suchen wir Studenten für Kinderarbeit in Familien und Spielstuben (kann als theoriebegleitendes Praktikum anerkannt werden).
Kontaktadresse: U. Blonski, Tel.: 0611/5481924

Student der Sozialarbeit sucht Praktikumstelle in einem fortschrittlichen Kinderheim (FE, FEH, Heilpäd. Heim o.ä.) für ca. 6 Monate ab Februar 1975.
Uwe Lohse, 593 Hüttental, Dillnhütten, Setzer Str. 3

Die Projektgruppe Arbeitnehmer in Kiel betreut Gastarbeiterkinder. Wir wollen einen Deutschunterricht für Türken aufbauen. Welche Gruppe kann uns mit einer geeigneten Konzeption und Erfahrung weiterhelfen?
Kontakt-Adresse: Jens Myrau, 23 Kiel, Freiligrathstr. 11

Beim Aufbau eines nach demokratischen Gesichtspunkten organisierten Jugendtreffpunktes suchen wir, eine Hamburger Juso-Gruppe, dringend Hilfe. Vor allem benötigen wir Materialien und Projektberichte, die sich mit Fragen der Organisation, der Selbstbestimmung und mit der rechtlichen Problematik (Trägerschaft, öffentliche Mittel usw.) befassen.
Kontakt: J. Pape, 2 Hamburg 73, Boytinstr. 17

Zur Organisation eines Erfahrungsaustausches von Gruppen der Mieterselbstverwaltung wird Kontaktaufnahme mit Mieterbeiräten von Wohnungsbaugesellschaften, Mieterräten, Mieterinteressengemeinschaften und Mietervereinen gesucht bzw. um Vermittlung von Anschriften solcher Zusammenschlüsse gebeten.
J. Wolf, 46 Dortmund, Püttbeckenstr. 49

Alten-Selbstorganisation in Gruppen, Wohngemeinschaften und Altersheimen. Wer hat Erfahrungen gemacht? Wer kann uns mit Berichten und Literaturhinweisen helfen?
Adresse: Georg Solms, 4 Düsseldorf, Berger Allee 3

Wir suchen dringend im Rahmen eines Projektes Materialien, Erfahrungs-Praxis-Berichte u.ä. von 1. Initiativgruppen für Jugendzentren, 2. Arbeitsgruppen über Lehrlingsprobleme und Sexualität innerhalb der Jugendarbeit.
Adresse: Fachschaft Pädagogik, Universität Trier, Scheidershof, Projekt-Jugendzentrum.

Berufspraktikant sucht Materialien und Erfahrungsberichte zur Arbeit in Sanierungsbüros (Träger: Kommune) mit dem Anspruch, mit den betroffenen Gruppen zu arbeiten.
Adresse: Hanne Loser, 5804 Herdecke, Hauptstr. 104

Suche zum Thema Betriebliche Interessenvertretung der Arbeiterjugend historisches und aktuelles Material, Literaturhinweise, Arbeiten u.ä. bzw. bin am Austausch interessiert.
Adresse: K. Nattin, 2 Hamburg 20, Eppendorfer Landstr. 49

Suche dringend Materialien und Erfahrungsberichte über Selbsterfahrungs-, C.R.- oder Gesprächsgruppen in der Frauenbewegung.
Sabine Häderle, 55 Trier-Zewen, Alzenachstr. 12

Die Sozialistische Jugend Deutschlands "Die Falken", Kreisverband Köln, sucht für die Jugendarbeit in Köln ab sofort einen Jugendsekretär. Voraussetzungen sind mindestens 21 Jahre alt, abgeschlossene Berufsbildung oder abgeschlossenes Studium als Sozialarbeiter, Lehrer usw. Die Bewerbungsunterlagen sind zu schicken an:
SJD Die Falken, 5 Köln 1, Severinswall 32

Schulabgänger (mittlerer Bildungsabschluß) sucht Lehrstelle als Buchhändler bzw. Arbeit in einem Buchladen (keine Vorkenntnisse). Adresse: Urs Bürkle, 7 Stuttgart, Wilhelm-Blos-Str. 54

Jugendzentrum Mühlacker e.V. in Selbstverwaltung, sucht dringend eine(n) qualifizierte(n) Sozialarbeiter(in), der/die Erfahrung in der Arbeit mit Jugendlichen, Gruppenpädagogik etc. haben sollte und die Selbstverwaltung des JZ unterstützt.
Jugendzentrum Mühlacker e.V., 713 Mühlacker 1, Stuttgarter Str. 5

Jugendgemeinschaftsprojekt in Hamburg benötigt für das Team noch eine(n) ausgebildete(n) Erzieher(in) oder Sozialarbeiter(in). Kleine 2-Zimmer-Wohnung vorhanden. Telefon: 040/6445570

Sozialpädagogin graduiert sucht zum 1.10.74 eine Planstelle möglichst in oder Raum Braunschweig, evtl. Lehrlingsarbeit:
Renate Krusekopf, 33 Braunschweig, Wilhelm-Rose-Str. 2

Ich suche Veröffentlichungen (Bücher, Examensarbeiten etc.) zum Thema Aggression bei Arbeiterjugendlichen. Meine Examensarbeit soll etwa lauten: Darstellungsformen von Aggression bei Arbeiterjugendlichen. Adresse: Stephan Potting, 5 Köln 9, Olpenerstr. 31

Die Initiativgruppe des Winsener Jugendzentrums sucht einen Jugendpfleger. Kontaktadresse: Andrea von Helms, 209 Winsen/Luhe, Winser Baum 33

Studentisches Projekt sucht ab sofort zur Arbeit mit Kindern im Vorschulalter im Obdachlosenviertel staatlich geprüfte(n) Erzieher(in). Teamarbeit und Mitwirken bei Entwicklung einer pädagogisch-politischen Konzeption.
Anschrift: Ingrid Koop, 55 Trier, Simeonstr. 10

Wir suchen eine qualifizierte Bezugsperson (männlich bevorzugt) zur Betreuung der Kleinkindergruppe in unserem Kinderhaus (Elterninitiative, 60 Kinder in vier Gruppen). Möglichst mit Erfahrung in der Elternarbeit. Gleichberechtigtes Erzieherteam.
Adresse: Kinderhaus e.V. in der Schokoladenfabrik,
2 Hamburg 50, Winterstr. 9-11

Wohngemeinschaft - Problem oder Lösung? Steve B. Peinemann lebt seit Jahren in Wohngemeinschaften. Kritische illusionslose Auseinandersetzung mit Formen kollektiven Wohnens und Lebens. Außerdem Literaturliste, Adressen, praktische Tips, viele Bilder. Volkspreis DM 3.50 c/o LOG-Zeitung, 6234 Hattersheim, Lindenstr. 26

Wer kennt ein Studienreferendar-Seminar und/oder eine Schule in Niedersachsen oder Umgebung, wo man was lernen kann(evtl.mit Genossen)? Wir wollen nächstes Jahr mit der Lehrerausbildung(Teil II) anfangen. D.u.R. Bähr, 34 Göttingen, Mühlenstr. 4

Suchen fortschrittliche Bewerber für Hochschullehrerstellen in Familien-,Arbeits-,Betriebs- und Freizeitsoziologie .Außerdem sind 2(Ober)-Lehrstellen für Sozialpädagogik und je eine Stelle für Freizeit- und Schulpädagogik frei. Näheres über das Sozial. Büro

Wir arbeiten an einer Dokumentation über Wohngemeinschaften.Dazu wollen wir eine Fragebogen-Aktion durchführen. Wir bitten deshalb Wohngemeinschaften-gleich welcher Zusammensetzung- einen Fragebogen anzufordern bei: Initiativgruppe Homosexualität Stuttgart (IHS), 7Stuttgart 1, Postfach 358;Teilnehmer erhalten Auswertungsexemplar.

Dokumentarfilm über Chile

Ab Mitte September kann über das Sozialistische Büro auch ein Dokumentarfilm mit dem Titel „Chile — der Kampf geht weiter!", den eine Genossin des Westberliner Chile-Komitees und ein SB-Genosse während eines Chileaufenthaltes im Frühjahr 1973 gedreht haben, ausgeliehen werden. Der Film ist in folgende drei Teile gegliedert:

1. Allgemeine Information über Chile:

Geographisch, historisch und sozioökonomisch. Chiles Geschichte als eine Geschichte fortwährender Ausbeutung und Abhängigkeit. Ursachen und Folgen der Unterentwicklung. Zur Entwicklung und Rolle der chilenischen Arbeiterbewegung. Bürgerlicher Reformismus unter der Regierung Frei.

2. Die Periode der Unidad Popular: Maßnahmen der UP-Regierung. Gegenoffensive der Bourgeoisie und des Imperialismus. Entwicklung und konkrete Ausdrucksformen der „Volksmacht", das heißt der autonomen revolutionären Basisbewegung. Dieser Teil enthält ein Originalinterview mit einem Minenarbeiter sowie Ausschnitte aus Reden eines Gewerkschaftsvertreters und eines Bauernführers.

3. Der Putsch. Aufruf zur aktiven Solidarität.

Der Film hat eine Laufzeit von 45 Minuten, ist zum größten Teil in Farbe, Format 16 mm, Magnetton. Die Leihgebühr beträgt incl. Portokosten für eine einmalige Vorführung DM 30,—, für jede weitere Vorführung DM 20,—. (Falls der Film nicht rechtzeitig nach der jeweiligen Vorführung an uns zurückgeht, müssen wir für jeden Tag Verspätung ebenfalls DM 20,— berechnen.) Der Film wird grundsätzlich nur gegen Vorauszahlung der Leihgebühr zugesandt. Wir bitten alle Gruppen und Einzelgenossen, die den Film für Chile-Veranstaltungen bestellen wollen, uns rechtzeitig zu benachrichtigen, damit wir die Termine koordinieren können. Bestellungen gelten erst nach einer Terminbestätigung unsererseits und sind an Dieter Esche, c/o Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591, Telefon (0611) 832593 zu richten.